



Dr. Ulrich Reuter:

Erfahrungsaustausch der lokalen Bündnisse

Das Engagement für Familien wird im Landkreis Aschaffenburg vom dortigen Landrat nach besten Kräften unterstützt.

Seite 16



Christa Stewens:

Jugendsozialarbeit an Bayerns Schulen

Die Sozialministerin setzt sich ein für die Förderung der sozialen, schulischen und beruflichen Integration von jungen Menschen.

Seite 3



Hanns Dorfner:

High-Tech und Lebensqualität

Der Passauer Landrat rührte gemeinsam mit Vertretern aus seiner Region die Werbetrommel in der Bayerischen Vertretung in Berlin.

Seite 15

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 6. Dezember 2007

58. Jahrgang / Nummer 23

CSU-Landesgruppe in Ingolstadt:

Einsatz für die Kommunen

Faire Chancen für Städte und Ländliche Räume
Nach zweijähriger Regierungsverantwortung und einer erfolgreichen Halbzeitbilanz diskutierte die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag in Ingolstadt unter der Leitung ihres Vorsitzenden, Dr. Peter Ramsauer MdB, mit kommunalen Mandatsträgern und Vertretern der Spitzenverbände die Grundzüge einer fairen Partnerschaft zwischen Bund und Kommunen.

Die Mitglieder der CSU-Landesgruppe erörterten dabei besonders die bundespolitischen

Ziele und Erfolge in der Finanz- und Sozialpolitik und für den ländlichen Raum.



Dr. Peter Ramsauer, MdB.

Erfreuliche Rahmendaten

Nach Grußworten von CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer und Ingolstadts Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann, der mit erfreulichen Rahmendaten seiner Stadt aufwartete - u. a. erreichte Ingolstadt im September dieses Jahres mit 4,8 Prozent die geringste Arbeitslosenquote einer deutschen Großstadt - gab Peter Ramsauer eine kurze Einführung in das Tagungsmotto „CSU-Landesgruppe: Im Bund für die Kommunen erfolgreich“.

(Fortsetzung auf Seite 4)



„Eine Winterkur wirkt wie zwei Sommerkuren...“ lehrte Pfarrer Sebastian Kneipp. Barfuß durch den Schnee stapfen, mit heißen Heusäcken Körper und Seele wärmen, bei sanften Massagen entspannen, gesunde Winterluft tanken. Auf der Website www.bayern-tourismus.de gibt es viele interessante Angebote im ganzen Freistaat. Unsere Aufnahme zeigt den heilklimatischen Kurort Oberstaufen. Dort hat man sich etwas Besonderes einfallen lassen: Die Gäste von rund 230 Hotels, Gaststätten, Ferienwohnungen und Campingplatz dürfen ab April 2008 sämtliche Bergbahnen, die Sommerrodelbahn, das Erlebnisbad, das Freibad, den Gästebus, den Minigolfplatz, die Miniwelt, das Heimatmuseum und zahlreiche Parkplätze kostenfrei nutzen.

Foto: Oberstaufen Tourismus Marketing

Finanzausgleich 2008:

Akzeptabler Kompromiss

Verfassungsgerichtshof fordert mehr Klarheit und Transparenz

Vor dem Hintergrund der vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof verfügten Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs bis Ende 2009 haben sich Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände auf den Finanzausgleich 2008 geeinigt.

Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke bekommen vom Freistaat 6,17 Mrd. Euro überwiesen. Das sind 11,8% mehr als

früher beurteilt. SPD und Grüne verlangen Änderungen und Nachbesserungen politisch wie im (Fortsetzung auf Seite 2)



„Einigkeit macht stark“. Das war wohl das Motto, unter dem sich die Repräsentanten der vier kommunalen Spitzenverbände auf Einladung des Chamer Landrats und Präsidenten des Bayerischen Landkreistages trafen, um ihre Positionen für die Finanzausgleichsverhandlungen mit dem Freistaat vorzubereiten. Unser Bild zeigt (v. l.): Manfred Hölzlein, Hans Schaidinger, Theo Zellner und Dr. Uwe Brandl.

heuer. Im Landtag wurde diese von allen Verhandlungspartnern als Kompromiss eingestufte Einigung von der CSU positiv und von der Opposition als unbefriedigend beurteilt.

KPV-Bundesvertreterversammlung in Berlin:

Chancen und Perspektiven für mehr Beschäftigung

Auf der diesjährigen Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU in Berlin wurden Chancen und Perspektiven aktiver Kommunalpolitik für mehr Beschäftigung entwickelt. Wie der mit überwältigender Mehrheit wieder gewählte KPV-Bundesvorsitzende, MdB Peter Götz feststellte, habe seine Vereinigung die aktuelle Legislaturperiode auf Bundesebene unter das Motto „Starke Kommunen – Starkes Deutschland“ gestellt.

Mit dem Kommunalkongress 2005 in Hamburg sei man gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel gestartet und könne jetzt eine positive Bilanz ziehen. Götz: „Der Wandel ist geschafft. Den Kommunen geht es heute wesentlich besser als unter Rot/Grün.“

Heute, im Jahr 2007, würde

die Aufmerksamkeit auf die großen Möglichkeiten kommunaler Beschäftigungspolitik gelenkt und Chancen aufgezeigt, wie die günstige Konjunkturlage Entwicklung für mehr Beschäftigung vor Ort genutzt werden kann. Gemeinden und Regionen könnten einen aktiven Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten und dazu beitragen, Arbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen. Zu den Erfolg versprechenden Maßnahmen gehörten nicht nur die Qualifizierung und Wieder-



Peter Götz, MdB.

lenkung und Chancen aufgezeigt, wie die günstige Konjunkturlage Entwicklung für mehr Beschäftigung vor Ort genutzt werden kann. Gemeinden und Regionen könnten einen aktiven Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten und dazu beitragen, Arbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen. Zu den Erfolg versprechenden Maßnahmen gehörten nicht nur die Qualifizierung und Wieder-

eingliederung von Arbeitssuchenden; Arbeitsmarktpolitik, so Götz, sei auch ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaftsförderung und ein Teil lokaler Entwicklungsstrategien. Als Arbeitgeber und Auftraggeber hätten Kommunen die Möglichkeit, direkt und indirekt Beschäftigung in die Region zu bringen.

Arbeitsmarktpolitik

Folgende vielfältige Möglichkeiten nachhaltiger kommunaler Arbeitsmarktpolitik wurden in einer von der Bundesvertreterversammlung einstimmig verabschiedeten „Berliner Erklärung“ aufgezeigt:

1. Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik muss mit kommunaler und regionaler Wirtschafts- und Standortpolitik enger verzahnt werden. Statt zentraler Vorgaben sind funktionierende dezentrale Strukturen mit eigener politischer Legitimation und daraus resultierender Bürgernähe notwendig. Die Schnittstellen zu Kinder- und Jugendförderung ebenso wie zum Bildungssektor müssen auf erfolgreiche Integration in Erwerbstätigkeit ausgerichtet werden.

2. Flexible und an den Betroffenen ausgerichtete Lösungen für mehr Beschäftigung und soziale Integration müssen in den Kommunen und Regionen erarbeitet werden. Die Arbeitslosengeld II-Bezieher (Fortsetzung auf Seite 3)

Bayern im Bundesvorstand

Bayerische Vertreter im KPV-Bundesvorstand sind Landrat Luitpold Braun (Stellvertreter), Landrat Georg Huber und Bürgermeister Gerhard Weber.

Kleiner Parteitag der BayernSPD in Augsburg:

Bekennnis zur Kommunalwirtschaft

„Kommunalwirtschaft - sichern statt privatisieren“ lautete das Motto des Parteitags der bayerischen SPD in Augsburg, mit dem die Partei den Kommunalwahlkampf einläutete.

Die Genossen machten dabei deutlich, dass landes- und kommunalpolitische Themen zusammen gehören, egal ob in der Bildungs-, Wirtschafts-, Familien-, Umwelt-, Frauen- oder Sozialpolitik. Zudem stellten sie die „fundamentalen Unterschiede der kommunalpolitischen Gestaltung zur CSU“ heraus.

Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Mit einem deutlichen „Nein“ zum Transrapid und einem klaren Bekenntnis zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge will die Bayern SPD bei den Kommunalwahlen 2008 um Wählerstimmen werben. Die beiden Hauptredner, Augsburgs Oberbürgermeister Paul Wengert und der Fraktionschef im Bayerischen Landtag, Franz Maget, sprachen sich vehement gegen die Privatisierung von Stadtwerken, öffentlichen Wohnungen, Nahverkehr und anderen

kommunalen Unternehmen aus.

OB Wengert warnte die Delegierten vor Profilierungsversuchen von konservativen und liberalen Politikern: „Die Privatisierung ist kein Rezept zur Lösung kommunaler Finanzkrisen.“ Im Gegenteil, denn „ob sauberes Wasser, preisgünstige Energie, ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr“ (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabina



Im vorweihnachtlichen Konsumtrubel raten unsere Vorzimmerperle und ihr Chef dazu, das „Prinzip Eichhörnchen“ nicht aus den Augen zu verlieren. Etwas sparen sollen wir in der anhaltenden Aufschwungphase, damit in den Zeiten, in denen es vielleicht nicht so gut läuft, von unseren Vorräten zehren können. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Dr. Karl Hillermeier feierte 85. Geburtstag	Seite 2
Kommunen wachen über den Wohnraum	2
GZ-Kolumne Maximilian Gaul: Mehr Achtung und Aufmerksamkeit für die Kommunalpolitik	3
Bauern sind Schlüssel zur Zukunft	3
Kompetenzpartnerschaft zur Stärkung des ländlichen Raums	3
GZ-Fachthemen: Wasser Abwasser	5-8
Abfall Recycling	9/D
Kommunalfahrzeuge	11-13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Akzeptabler Kompromiss...

(Fortsetzung von Seite 1)
Sinne des höchstrichterlichen Urteils. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat Frist bis Ende 2009 gesetzt.

Finanzminister Erwin Huber und Innenminister Joachim Herrmann zeigten sich nach den entscheidenden FAG-Verhandlungen mit den Spitzenverbänden zufrieden. Herrmann sprach von einem respektablen Ergebnis, das bei den Bürgern praktisch ankommen werde. Huber nannte die Erhöhung der allgemein verfügbaren Schlüsselmasse auf 2,4 Mrd. Euro (+13%) sensationell. Weiterer Schwerpunkt sei die Stärkung der kommunalen Investitionen um 102,7 Mio. (+10%) Staatszuschuss. Der Minister erwähnte den Schulbau mit 215 Mio. Euro (+25,6) Straßenbau und -unterhalt mit 246,1 Mio. (+32,1 Mio.), Krankenhausfinanzierung und Krankenhausbau mit 477,6 Mio. (+25 Mio.). Abwasseranlagen mit 141,3 Mio. (+20 Mio.). Er räumte einen gewissen Nachholbedarf der Kommunen ein. Durchgesetzt haben sie die Anteilserhöhung bei der Kfz-Steuer von 42,8% auf 50%.

Enge Zusammenarbeit

Städtetagsvorsitzender OB Hans Schaidinger würdigte als Sprecher der vier Spitzenverbände vor der Presse das Bemühen des Freistaats, den Finanzausgleich im Verhältnis zum Staatshaushalt überdurchschnittlich zu steigern. Zu den unbefriedigenden Zahlen rechnete er die um nur 10 Mio. Euro auf 263 Mio.

Wir gratulieren

ZUM 80. GEBURTSTAG

Altlandrat Otto Ammon
91301 Forchheim-Reuth
am 8.12.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Heinrich Schmalbach
86676 Ehekirchen
am 19.12.

Bürgermeister Gerold Hümmel
96269 Großheirath
am 23.12.

Bürgermeister Fritz Tischner
83101 Rohrdorf
am 24.12.

Bürgermeister
Alfred Schwarzmaier
94113 Tiefenbach
am 24.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Stahr
82438 Eschenlohe
am 17.12.

Bürgermeisterin Brigitte Meyer
86504 Merching
am 24.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Christl
93477 Gleißenberg
am 12.12.

Bürgermeister
Reiner Rosenberger
63829 Krombach
am 13.12.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Paul Frech
82387 Antdorf
am 15.12.

Bürgermeister
Willhelm Kieslinger
91598 Colmburg
am 18.12.

Bürgermeister Thomas Kreil
95517 Emtmannsberg
am 22.12.

Bürgermeister Alois Wenig
94259 Kirchberg i. Wald
am 24.12.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Hahn
95652 Waldsassen
am 11.12.

Bürgermeister Alfred Lang
93491 Stamsried
am 19.12.

Euro erhöhten Mittel für die Schülerbeförderung. Alles in allem sei ein Kompromiss herausgekommen, mit dem es sich leben lasse. Man gehe jedoch davon aus, dass nächstes Jahr ein deutlicher Anstieg des FAG erfolge. Das Urteil des Verfassungsgerichtshofs sei für die kommenden Verhandlungen hilfreich. Huber und Herrmann boten den Spitzenverbänden enge Zusammenarbeit an.

Warmer Regen

Dass die höheren Schlüsselzuweisungen (+280 Mio.) den Gemeindegeldern zugute kommen, würdigte Gemeindegeldspräsident Dr. Uwe Brandl als „warmen Regen für all' jene Kommunen, die von den allgemein besser sprudelnden Steuereinnahmen nichts spüren“. Brandl begrüßte auch das die staatlichen Fördermittel für die kommunalen Investitionen angehoben werden. Vor allem die zusätzlichen 20 Millionen für die Abwasserförderung hob er hervor.

Verbandspräsident Manfred Hölzlein lobte das Plus für Bayerns Bezirke. Um 15 Millionen Euro steigt nach den Verhandlungen der Sozialhilfeausgleich für die Bezirke auf nunmehr 580 Millionen Euro. „Dadurch werde es den Bezirken erleichtert, trotz der unterschiedlichen Einnahme- und Ausgabesituation landesweit ihre moderate Hebesatzpolitik für die Bezirksumlage fortzusetzen und damit für eine nicht unerhebliche Entlastung der Umlagezahler, den Landkreisen und kreisfreien Städten, zu sorgen“, so Hölzlein.

Landkreise zufrieden

„Auch wenn das Verhandlungsergebnis nicht alle Erwartungen erfüllt, können die Landkreise mit dem Ergebnis zufrieden sein. Unsere Hauptziele sind jedenfalls erreicht worden“. Dies ist das Fazit von Landkreistagspräsident Theo Zellner, der ebenfalls den deutlichen Anstieg der Schlüsselzuweisungen lobte. „Das hilft den Landkreisen und den finanzschwachen Gemeinden und war unser oberstes Ziel“, stellte Zellner fest.

Kommunen wachen über den Wohnraum

Bayern überträgt diese Aufgabe zunächst für 5 Jahre

Ab Juli nächsten Jahres haben die bayerischen Kommunen in eigener Verantwortung zunächst fünf Jahre lang dafür zu sorgen, dass Wohnraum nicht über Gebühr zweckentfremdet wird. Bislang gab es dazu ein Bundesgesetz. Durch die Föderalismusreform wurde diese Aufgabe den Ländern übertragen. Bayern gibt sie weiter an die Kommunen. Es geht insbesondere um die Ballungsräume mit München an der Spitze. Von den besonders betroffenen 28 Städten und Gemeinden liegen 27 in Oberbayern; dazu kommt Markt Oberdorf.

Das Gesetz leiste einen sachgerechten Beitrag zur Deregulierung und zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, erläuterte Innenstaatssekretär Jürgen Heike in der abschließenden Beratung im Landtagsplenum. Ob in einer Stadt oder Gemeinde ein Wohnraummangel bestehe bzw. die Zweckentfremdung von Wohnraum etwa die Hälfte des Angebots erreiche, könnten die Verantwortlichen vor Ort am besten selbst beurteilen. Berichterstatter Eberhard Rotter (CSU) stimmte dem zu und teilte mit, die kommunalen Spitzenverbände hätten keine Einwände mehr, der Gemeindegeldtag habe das Gesetz ausdrücklich befürwortet.

Daran zweifelte die Opposition. Ihre Kritik konzentrierte sich bei grundsätzlicher Zustimmung auf die Bestimmung, dass das Gesetz Ende Juni 2013 wieder außer Kraft tritt. Rainer Volkmann (SPD) sah darin eine Unsicherheit für die Kommunen, die letztlich am staatlichen Gängelband gehalten würden. Von heuer verabschiedeten 24 Gesetzen würden sei eine Befristung nur hier vorgesehen. Christine Kamm (Grüne) meinte, diese laufe auf eine Entrechtung der Kommunen hinaus. Ihre Satzungen für den Wohnraumerhalt zu überprüfen, müsse den Städten und Gemeinden selber überlassen werden.

Die CSU berief sich auf die Zusicherung Heikes, es sei nicht beabsichtigt das Gesetz heimlich und geräuschlos aus dem Rechtsgut verschwinden zu lassen. Gegen die Oppositionsstimmen wurde der Regierungsentwurf mit kleinen Änderungen in Kraft gesetzt. **rm**

Als besonderen Erfolg bezeichnete Zellner auch die Anhebung des kommunalen Anteils an der Kraftfahrzeugsteuer von 42,8 % auf 50 %, die mit 108 Mio. € anzusetzen ist. Das eröffnet Spielräume auch für kommunale Investitionen, sei es bei Schulen oder Kreisstraßen. Anzuerkennen sei zudem die höhere staatliche Beteiligung an der Krankenhausfinanzierung.

„Leider ist es nicht gelungen, den Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund (derzeit 11,7 %) zu erhöhen. Dies haben wir für den nächsten Doppelhaushalt 2009/2010 aber vorgeplant. Alles in allem können wir Landkreise mit dem Ergebnis zufrieden sein“, so die zusammenfassende Bewertung von Präsident Zellner.

KPV-Forderungen erfüllt

Der KPV-Landesvorsitzende, Landrat Luitpold Braun, zeigt sich mit der Einigung zufrieden. „Das Ergebnis ist für die bayerischen Kommunen gut! Die Mittel für die Schlüsselzuweisungen steigen und der Anteil am Kfz-Steuerverbund auch“, so Braun nach der Einigung. Damit seien zentrale Forderungen der KPV erfüllt worden, die der Landesvorstand dem Finanzminister in einem Gespräch im Vorfeld dargelegt hatte.

CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid sprach von einer guten Ausgangsbasis für die FAG-Neuordnung. Das Urteil sei ein inhaltlicher Sieg für das Landesparlament. Er sagte, die Kommunen seien ein Teil des Staates, könnten aber keinen Vorrang in der Finanzierung beanspruchen. An den Verhandlungen im Finanzministerium war

Dr. Karl Hillermeier feierte 85. Geburtstag:

Erfolgreiche Ära

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein hat dem langjährigen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Karl Hillermeier ganz herzlich zum 85. Geburtstag am 1. Dezember gratuliert. Beckstein: „Viele Bürgerinnen und Bürger im Freistaat verbinden

der Landtag durch Manfred Ach (CSU), den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, beteiligt.

Kritik von der Opposition

Die kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Helga Schmitt-Bussinger, kam zum Ergebnis, der Finanzminister habe sich als kommunaler Geizhals entpuppt. Die Schwerpunktsetzung sei bei Schulen und Kindergärten nicht ausreichend. Zwar sei das angesichts steigender Steuerquellen steigende FAG-Volumen zu begrüßen, doch habe Bayern bei nach wie vor nur 11,7% Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund die mit großem Abstand niedrigste Quote unter allen deutschen Flächenländern. Das Urteil sei eine deftige Ohrfeige für die Staatsregierung. Das Kabinett Beckstein müsse den Finanzausgleich umgehend auf neue Beine stellen. Ein akzeptabler Beitrag für die kommunale Finanzausstattung wäre es, den Anteil der Kommunen am Steueraufkommen auf 15 Prozentpunkte zu erhöhen.

Ähnlich äußerte sich Christine Kamm für die Grünen. Bisher seien die Verhandlungen um die Steuerverteilung ein unsägliches Gemaschel gewesen. Dem habe der Verfassungsgerichtshof einen Riegel vorgeschoben.

Finanzminister Huber entgegnete, das Gericht habe die Position des Freistaats bestätigt. Den von den Bezirken Schwaben und Oberbayern, von schwäbischen und oberbayerischen Landkreisen sowie von rund 70% der schwäbischen kreisangehörigen Gemeinden erhobenen Vorwurf, das FAG-System sei teilweise verfassungswidrig, habe das höchste Gericht zurückgewiesen, aber mehr Klarheit und Transparenz verlangt. Dem werde man nachkommen. **rm**

mit dem Namen Karl Hillermeier zu Recht eine große Ära bayerischer Politik.“ Ausdrücklich hob Beckstein die fachliche Breite und große Kompetenz



Dr. Karl Hillermeier. □

Hillermeiers hervor, der der Bayerischen Staatsregierung mehr als 20 Jahre angehörte. Beckstein: „Mit Weiblichkeit und außerordentlicher Kompetenz hat er als Innenminister, Justizminister und Sozialminister großen Anteil an der außerordentlich erfolgreichen Entwicklung und sozialen Stabilität unseres Landes.“

Beckstein wies auf den Vorbildcharakter von Karl Hillermeier für sein eigenes politisches Leben hin: „Du bist für mich nicht nur ein herausragender bayerischer Politiker, sondern auch ein persönliches Vorbild. Du hast als Innenminister im Bereich der inneren Sicherheit jenen Kurs mitgeprägt, der zu einem Markenzeichen bayerischer Politik geworden ist. Du wusstest einen liberalen und weltoffenen Geist stets zu verbinden mit Deiner unmissverständlichen und klaren Haltung, wo es um Angriffe auf unsere rechtsstaatliche und demokratische Ordnung ging.“ □



Ab in den Schneeee!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen
direkt im Internet unter
www.1a-preisvergleichreisen.de

Aufhebung des Sammlungsgesetzes:

Spenderschutz bleibt gesichert

Der Schutz der Spender ist in Bayern auch nach Aufhebung des Sammlungsgesetzes gewährleistet. Das haben Innenminister Joachim Herrmann und sein Staatssekretär Jürgen Heike versichert, nachdem der Landtag das seit 1963 gültige Gesetz in abschließender Lesung zum 1. Januar 2008 aufgehoben hat.

Die Opposition hatte in Ausschüssen und im Plenum ihre Sorge betont, jetzt werde unseriösen bis kriminellen Spendensammlern das Unwesen erleichtert.

Minister und Staatssekretär verwiesen darauf, dass auch ohne eigenes Gesetz betrügerisches Verhalten bei Haus- und Straßensammlungen im Wege der Strafverfolgung sanktioniert werde. Seien öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht, könnten Polizei und Sicherheitsbehörden einschreiten. Bei gemeinnützigen Organisationen werde, wie bisher - die Verwendung der Spenden nach der Abgabenordnung geprüft. Sie verwiesen auch auf die Änderung auf dem Spendenmarkt. Der weitaus größte Teil der jährlichen Privatspenden stamme seit Jahren nicht mehr aus erlaubnispflichtigen Haus- und Straßensammlungen, sondern aus nicht regulierten Formen, z. B. aus TV-Spendenaufrufen, Telefonmarketing und Internetwerbung.

Die Opposition blieb bei ihren Bedenken gegen die Gesetzesaufhebung. Die Spender würden verunsichert und auf der anderen Seite werde es den legitimierte Wohlfahrtsverbänden schwerer, das Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger gegen Sammlungen zu zerstreuen, sagte Jürgen Dupper (SPD). Christine Stahl (Grüne) bezog ihre Bedenken auch auf die Erfahrungen von Landräten und Bürgermeistern. Ohne Genehmigung könnten Polizei und Staatsanwälte erst nach der Tat eingreifen. Auch die kirchlich-caritativen Organisationen befürchteten weitere Einnahmeausfälle.

Jakob Schwimmer (CSU) entgegnete, Betrug werde auch durch ein Sammlungsgesetz nicht verhindert. Man könnte sich vom Spendensammler immer den Ausweis zeigen lassen. Für die Kommunen ergebe sich durch Deregulierung und Entbürokratisierung eine beachtliche Einsparung. Die Gesetzesaufhebung wurde von der CSU gegen die Stimmen der Opposition gebilligt. **rm**

Bayerisches Krankenhausbauprogramm

Stewens: Finanzspritze von über 26 Millionen kommt 20 bayerischen Krankenhausbaumaßnahmen zugute

„Mit über 26 Millionen Euro mehr als ursprünglich veranschlagt erhalten bayerische Krankenhäuser zum Jahresende nochmals eine kräftige Finanzspritze. Insgesamt 20 Kliniken werden davon profitieren“, teilte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens mit.

„Die Gelder fließen in Bauprojekte in ganz Bayern, die bereits fertig gestellt sind. Damit werden die Krankenhäuser Träger spürbar von Finanzierungskosten entlastet“, ergänzte die Ministerin.

Möglich werde die „vorweihnachtliche Finanzspritze“ durch die Umverteilung vorhandener Restmittel über die Fortschreibung des Jahreskrankenhausbauprogramms 2007. „Mit dieser Mittelumschichtung gewährleisten wir, dass die für die Krankenhausfinanzierung bereit stehenden Gelder auch tatsächlich in voller Höhe an die Kliniken fließen“, erläuterte Stewens. Die Gelder kommen Bauprojekten in München (Deutsches Herzzentrum, Krankenhaus Barmherzige Brüder, Maria-Theresia-Klinik), dem Kreiskrankenhaus Erding, dem Klinikum Freising, dem Deutschen Zentrum für Kinder- und Jugendrheumatologie in Garmisch-Partenkirchen, dem Klinikum Landsberg am Lech, der Orthopädischen Kinderklinik in Aschau i. Chiemgau, dem Klinikum des Landkreises Degendorf, dem Kreiskrankenhaus Pfarrkirchen, dem Krankenhaus Barmherzige Brüder in Regensburg, dem Klinikum Bamberg

am Michelsberg, der Klinik München, dem Krankenhaus Selb, dem Klinikum Nürnberg-Nord, der Frankenalb-Klinik Engenthal, der Klinik Bad Windsheim, dem Julius-Spital Würzburg, dem Klinikum Kaufbeuren sowie dem Klinikum Kempten-Oberallgäu zugute. „Die Krankenhäuser Träger haben bereits seit Jahren die Last der Vorfinanzierung übernommen. Die Finanzierung der Vorhaben soll nun in Kürze abgeschlossen werden“, so Stewens.

Der Freistaat stellt im Jahr 2007 insgesamt rund 253 Millionen Euro für größere Umbau- und Sanierungsprojekte an bayerischen Krankenhäusern zur Verfügung. Stewens: „Bayern stellt seine Finanzverantwortung für die Krankenhausinvestitionen erneut unter Beweis. Mit diesem stattlichen Investitionsvolumen sichern wir die hohe Qualität der stationären Versorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus stärken wir erneut die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in Bayern.“

Die Fortschreibung des Jahreskrankenhausbauprogramms 2007 ist unter www.sozialministerium.bayern.de/krankenhausbau abrufbar. □

Beckstein bei der BBV-Landesversammlung in Herrsching:

Bauern sind Schlüssel zur Zukunft

Auf der Landesversammlung des Bayerischen Bauernverbandes in Herrsching hat Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein vor rund 200 Delegierten auf weitere Verbesserungen bei der Neugestaltung der Erbschaftsteuer für Unternehmen und Landwirte gedrängt. Beckstein: „Bayern wird bei der Erbschaftsteuerreform auch künftig an der Seite von Mittelstand und Bauern stehen und mit aller Kraft weitere Verbesserungen für Betriebserben einfordern. Die Belastungen für die Erben, die ein Unternehmen oder den Hof weiterführen wollen, müssen so gering wie möglich gehalten werden. Wir wollen deshalb, dass die Steuerlast bei Fortführung des Betriebs früher endgültig wegfällt als jetzt vom Bundesfinanzminister geplant. Und wir wollen keine Benachteiligung von landwirtschaftlichen Betrieben, die Flächen verpachten.“

Der Ministerpräsident betonte, dass Bayern auch künftig der zuverlässige Partner und Anwalt der Bauern bleibt. Dies gelte nicht nur für die Reform der Erb-

meinschaftsleben einbringen, in die Kirchen, in das Brauchtum, in die Gestaltung der Dörfer. Das ist gelebter Gemeinsinn und das darf nicht verloren gehen.“ Bay-

ern liefern zu den zentralen Herausforderungen in unserer Welt wichtige Lösungen“, erklärte bvv-Präsident Gerd Sonnleitner. Angesichts der wachsenden Weltbevölkerung, eines zunehmenden Wirtschaftswachstums sowie leergelegter Lagerbestände seien die Bauern als Produzenten von hochwertigen Lebensmitteln und Bioenergie gefragter denn je. Außerdem sei die Land- und Forstwirtschaft der einzige Wirtschaftsbereich, der durch seine eigentliche Produktion einen nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz leiste.

Um für die zukünftigen Herausforderungen gerüstet zu sein, setzt der Bauernverband auf Aus- und Weiterbildung der Betriebe. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse seien hierfür wichtige Grundlage.

Agrarwissenschaftliches Kompetenzzentrum

Allerdings sei die agrarwissenschaftliche Ausbildung und Forschung am Hochschulstandort Weihenstephan systematisch vernachlässigt und stillschweigend ausgehöhlt worden. „Die sinkenden Studentenzahlen sprechen hier eine deutliche Sprache, und das in Bayern als größtem Agrarlandesland in Deutschland“, sagte Sonnleitner und bat Ministerpräsident Beckstein um ein klares Signal für ein eigenständiges agrarwissenschaftliches Kompetenzzentrum. „Denn Agrarforschung ist Zukunftsforschung und sichert unseren Wohlstand.“ **DK**

Anzeigen in der

GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

schaftssteuer, sondern vor allem auch für die Diskussion um den sog. Health Check der EU-Kommission zur Agrarreform. Beckstein: „Den Landwirten wurden bei der EU-Agrarreform verlässliche Rahmenbedingungen bis 2013 zugesagt. Daran muss sich die EU beim Health Check ohne Einschränkungen halten. Unsere Bauern brauchen Verlässlichkeit und Planungssicherheit.“ Bayern lehnt daher den Vorstoß aus Brüssel klar ab, die Direktzahlungen an die Landwirte weiter zu kürzen und vor allem die Milchmenge durch eine Quoten-erhöhung aufzustoßen.

ern als das Heimatland der bäuerlichen Landwirtschaft wird, so Beckstein, von 2007 bis 2013 rund 3,5 Milliarden Euro – und damit mehr als jedes andere Land – in eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft investieren.

„Unsere Bäuerinnen und Bau-

Chancen und Perspektiven für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

brauchen selbstverantwortliche Ansprechpartner, die die Zeit und die Möglichkeiten zur individuell abgestimmten Hilfe, Beratung und Unterstützung haben. Bestehende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen flexibel ausgestaltet werden können.

3. Die Ansiedlung von Unternehmen mit neuen Arbeitsplätzen in der Region können Kommunen eher ge-

meinsam schaffen. Mit interkommunaler Zusammenarbeit sind die Chancen im europäischen und globalen Wettbewerb größer, die Herausforderungen des demographischen Wandels besser zu meistern. Schlanke Genehmigungsverfahren möglichst aus einer Hand, die persönliche Betreuung von Unternehmen und die sachgebietsübergreifende Nutzung vorhandener Stärken können eine aktive Standortwerbung unterstützen.

4. Gute Ausbildungsmöglichkeiten und berufliche Perspektiven können gerade junge Menschen an die Kommune oder in der Region langfristig binden und für Familien einen wichtigen Standortfaktor darstellen. Dazu gehören auch die guten Möglichkeiten der überbetrieblichen Ausbildung und die Qualität der Berufsschulen. Familie und Beruf müssen miteinander vereinbar sein. Kommunen müssen verschiedene Angebote von unterschiedlichen Betreuungs- und Bildungsangeboten organisieren. Die bereitgestellten Mittel des Bundes müssen zügig eingesetzt werden – hier können Wettbewerbsvorteile errungen werden.

5. Die Felder gemeinnütziger Beschäftigung müssen vor Ort konsequent genutzt und erschlossen werden. Dem Gemeinwohl dienende Arbeit kann den betroffenen Menschen eine große Bestätigung und neuen Halt geben, sowie den Weg in den Arbeitsmarkt ebnen. Überall dort, wo wir ehrenamtliches Engagement einfordern, können wir mit gemeinnütziger Beschäftigung unterstützen. (Beispiel: Bürgerarbeit)

6. Dort, wo die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen zum Einkauf wünschenswerter Angebote und Leistungen nicht ausreicht, sollten in Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung Mög-

lichkeiten eingeräumt werden, den Wert öffentlicher Gebäude zu erhalten sowie wirtschaftliche Betätigung zu fördern. Demokratisch legitimiert und kontrolliert kann so in Zusammenarbeit – nicht etwa in Konflikt – mit der örtlichen Wirtschaft ein Beitrag zum Gemeinwohl geleistet werden. (Beispiele: öffentliche Förderung für Kinderbetreuung, Parken, Gepäckaufbewahrung)

7. Gerade für Geringqualifizierte müssen neue sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten gefunden werden. Immer weniger Arbeitsplätze stehen einer immer größeren Anzahl von Geringqualifizierten gegenüber. Diese Menschen brauchen aber langfristig aus Sicht der Betroffenen wie volkswirtschaftlich sinnvolle Beschäftigungsverhältnisse. Reguläre Beschäftigungsverhältnisse dürfen dabei nicht ersetzt werden, aber in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und freien Trägern müssen die Kommunen neue Möglichkeiten entwickeln. Es kann sich beispielsweise lohnen im ÖPNV Begleit- oder Bahnhofspersonal zu bezahlen, statt die Kosten von Vandalismus zu tragen. Die Steigerung der örtlichen Lebensqualität durch Hilfskräfte ist hierbei erwägenswert (Beispiele: Auffinden defekter Straßenbeleuchtung, Präsenz auf öffentlichen Plätzen für Service und zur Prävention vor Vandalismus und Müll).

8. Kommunen und kommunale Unternehmen können als Arbeitgeber, Auftraggeber und Zuwendungsgeber neue Beschäftigung vor Ort schaffen. Auch wenn die regionale Verteilung der kommunalen Einnahmen sehr unterschiedlich ist, sind viele Kommunen in der Lage, den Investitionsstau zu beseitigen. Aufträge von Kommunen und den kommunalen Unternehmen müssen verstärkt der regionalen Wirtschaft zu gute kommen.

ordnete von Bund und Land, die ja alle auf den vorderen Rängen ihren Platz haben, sogar bei der Rede des Parteivorsitzenden Akten wälzen, Zeitung lesen und sich munter unterhalten, so als würden sie sich wirklich bloß alle Parteitage einmal treffen.

Es mag ja sein, dass man alles schon hunderttausendmal gehört und erörtert hat, dennoch verdient die Diskussion und Beschlussfassung eines kommunalen Leittrags für die wichtigen Kommunalwahlen 2008 mehr Achtung und Aufmerksamkeit als sie bei Phoenix herübergekommen sind.

Ich weiß, dass die Tagesordnung bei unseren Parteitagen in einem zeitlich knappen Fenster stattfindet. Gerade deshalb wären echte Pausen, in denen man sich auch informell treffen und etwas zu sich nehmen kann, kein Luxus.

Auch wenn der Leittrags sicherlich viele Allgemeinplätze enthält, so hat er doch Bedeutung: es gibt zwar keinen schwarzen Kanal und keine rote Gemeindestraße in unseren Gemeinden, es ist aber notwendig, dass unsere Wählerinnen und Wähler wissen, aus welchem Menschenbild heraus wir in der CSU Politik auch in den Kommunen machen. Gerade das unterscheidet uns ja auch von der Beliebigkeit freier Wählergruppen.

Wir sind als CSU-Mitglieder stolz in einer Partei wirken zu dürfen, die Politik von der Kommune bis in die europäische Ebene aus einem Guss bietet, aber das sollte man auch auf einem Parteitag durch aktive Mitwirkung und Anwesenheit zum Ausdruck bringen. Jeder weiß, dass in einer Mediengesellschaft Bilder Eindrücke vermitteln.

Thr
Max. Gaul

GZ

Kolumne
Maximilian Gaul



Liebe Leser

„Die Christlich-Soziale Union ist die Kommunalpartei Bayerns“. So steht es in den Leitlinien zur Kommunalwahl 2008. Einstimmig beschlossen auf dem Kleinen Parteitag in Würzburg. Und selbstbewusst dürfen wir auch in den Kommunalwahlkampf gehen. Leider haben die Delegierten des Kleinen Parteitags den Journalisten und den Fernsehzuschauern aber kein besonders tolles Bild geboten. Und auch uns wohlgesonnene Tageszeitungen haben dies zu Recht kritisiert. Anscheinend trifft Kommunalpolitik doch nicht so auf das große Interesse bei den Delegierten, obwohl die KPV mit ca. 14.000 Mandatsträgern schließlich in der Partei die Grundlage und

Mehr Achtung und Aufmerksamkeit für die Kommunalpolitik!

das Rückgrat für unseren Erfolg in Bayern liefert und den Slogan „CSU - näher am Bürger“ erst so richtig wahr macht. Gibt es zu wenige aktive Kommunalpolitiker bei den Delegierten oder wissen diese nicht, welche Bilder und Reportagen das Image unserer „Kommunalpartei“ nach einem solchen Ereignis prägen?

Man ist schon betroffen, wenn man die leere Halle bei der Beratung des Leittrags zur Kommunalpolitik sieht und auch verärgert über die Delegierten, die wir ja von der Parteibasis dorthin schicken, damit sie uns repräsentieren und die Interessen aller politischen Ebenen vertreten.

Der Fernsehzuschauer hat übrigens auch mitbekommen, dass man die Delegierten sogar zur Rede unseres Parteivorsitzenden in den Saal bitten musste!

Es macht auch keinen guten Eindruck, wenn Mitglieder des Parteivorstands, meist vielbeschäftigte Minister, Staatssekretäre und Abge-

9. Die Gestaltung und Verbesserung der Lebenssituation für Menschen mit sozialen Bedarfs- und Problemlagen ist ein zentrales kommunales Anliegen, da die Struktur und Situation der Einwohner die Kommunen prägt. Zugleich sind Menschen mit sozialen Bedarfslagen erheblich weniger

mobil wie solche, die erfolgreich im Berufsleben stehen. Somit gewinnt die Gesellschaft am konkretesten in der Kommune dadurch, dass Bürger unabhängig von staatlichen Leistungen werden und selbst bestimmt ihr Auskommen durch Erwerbstätigkeit sichern können. **DK**

Jugendsozialarbeit an Schulen:

Ausbau des Förderprogramms

Stewens gibt 32 neue Stellen an 44 Schulen bekannt
Weitere 67 Stellen folgen ab Schuljahr 2008/09

„Die Förderung der sozialen, schulischen und beruflichen Integration von jungen Menschen mit schwierigen persönlichen oder familiären Rahmenbedingungen ist ein jugendpolitischer Schwerpunkt der Bayerischen Staatsregierung. Die Jugendsozialarbeit an Schulen hat sich hier als überaus wirksam erwiesen. Im Jahr 2008 werden weitere 32 Stellen der Jugendsozialarbeit an insgesamt 44 Schulen mit finanzieller Unterstützung des Freistaats starten können.“ Mit diesen Worten gab Bayerns Familienministerin Christa Stewens die 44 neuen Standorte bekannt.

„Der Handlungsbedarf an den Schulen ist das wichtigste Kriterium bei der Projektauswahl. Insgesamt 23 Stellen der Jugendsozialarbeit werden an 31 Hauptschulen eingesetzt. Zudem werden sechs Berufsschulen mit fünf Stellen sowie sieben Förderschulen mit vier Stellen berücksichtigt. Mit Jahresbeginn 2008 können die Projekte starten“, ergänzte die Ministerin.

Für 2008 sind bayernweit Anträge für über 70 Stellen eingereicht worden. „Dies ist ein deutliches Signal für die breite Akzeptanz der Jugendsozialarbeit an Schulen - und zwar sowohl bei den Jugendämtern als auch bei den Schulen. Die hohe Zahl an Anträgen belegt zudem den großen Bedarf. Auch für Anträge, die in der aktuellen Auswahlrunde nicht berücksichtigt werden konnten, bestehen gute Aussichten: ab dem Schuljahr 2008/2009 werden nochmals 67 Stellen in das Förderprogramm aufgenommen“, teilte Stewens mit. Stewens: „Die sozialpädagogi-

sche Fachkraft ist das 'Scharnier' zum Jugendamt und bringt in der Schule ihr spezifisches Jugendhilfe-Know-how ein. Sie unterstützt junge Menschen bei gravierenden Problemen, wie etwa bei Konflikten mit Eltern, Mitschülern oder Lehrkräften. Die Zusammenarbeit mit den Eltern ist eine weitere wichtige Säule, denn nur hierdurch können in Erziehungsfragen nachhaltige Änderungen erreicht werden.“

Durch das Förderprogramm „Jugendsozialarbeit an Schulen“ sollen bis 2013 insgesamt 350 Stellen an bis zu 500 Schulen geschaffen werden. Ab Jahresbeginn 2008 werden insgesamt 158 Stellen staatlich gefördert. „Ich freue mich, dass wir die bayerischen Jugendämter in diesem wichtigen Handlungsfeld maßgeblich entlasten können. Kaum ein anderes Bundesland unterstützt die Kommunen wie Bayern mit einem solchen Regelförderprogramm“, betonte die Ministerin. **DK**

Kompetenzpartnerschaft zur Stärkung des ländlichen Raums

Fraunberg, Lkr. Erding - Mit dem neuen Bayerischen Zukunftsprogramm Agrarwirtschaft und Ländlicher Raum (BayZAL) will Landwirtschaftsminister Josef Miller die Zukunft der ländlichen Räume sichern. Vor allem die Stärkung vitaler Dörfer und der Erhalt einer flächendeckenden Landbewirtschaftung durch wettbewerbsfähige Betriebe steht laut Miller im Vordergrund.

„Die Kompetenzpartnerschaft mit den Bürgern, den landwirtschaftlichen Betrieben und den Gemeinden muss fortgeführt werden.“ Bei einem Fachgespräch in Fraunberg diskutierte Miller mit fast 200 Teilnehmern, darunter hochrangigen Vertretern der Gemeinden, des bäuerlichen Berufsstandes und der Wissenschaften Perspektiven und Kooperationsmöglichkeiten, die sich aus dem neuen Zukunftsprogramm ergeben.

Gemeindeübergreifende Herausforderungen können laut Miller nur durch interkommunale Zusammenarbeit gelöst werden. „Dabei müssen die Kräfte in guter Nachbarschaft gebündelt, aber gleichzeitig die Eigenständigkeit und Identität der einzelnen Gemeinden gewahrt werden“, so der Minister. Erfolgsgarant sei dabei die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger in einer gemeinsamen Verantwortung, wie sie in der Ländlichen Entwicklung seit mehr als 20 Jahren selbstverständlich sei. „Nur aufgrund einer guten Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten, den berührten Verwaltungen und Planungsträgern können die Fördermittel und Programme des Freistaats den ländlichen Raum optimal stärken“, machte Miller deutlich.

Für die Dorferneuerung und damit für vitale Dörfer und Gemeinden als Rückgrat des ländlichen Raumes stehen dieses Jahr über 60 Millionen Euro bereit - ein neuer Höchststand, so Miller. Wesentliche Beiträge zur Unterstützung der kommunalen Entwicklung und einer flächendeckenden Landbewirtschaftung leistet die Flurneuordnung. Auch beim Lückenschluss in der Breitbandnutzung werden die Gemeinden in Gebieten mit Dorferneuerung und integrierter ländlicher Entwicklung in den kommenden drei Jahren mit insgesamt neun Millionen Euro gefördert, erklärte der Minister. **DK**



Von links die Bundestagsabgeordneten Klaus Hofbauer, Marlene Mortler und Thomas Silberhorn, KPVLandesvorsitzender Luitpold Braun und Alexander Dobrindt, MdB.

Einsatz für die Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Der Vorsitzende verwies zunächst darauf, dass die Erfolge der CSU Gemeinschaftsleistungen darstellten: Durchsetzungskraft in Berlin und Brüssel sowie die Verankerung in Bayern und in seinen Kommunen stellten zwei Seiten der gleichen Medaille dar. Bundes- und Kommunalpolitik sei in vielfältigen Fragen miteinander verflochten. Die CSU-Landesgruppe im Bundestag und in der CDU/CSU-Fraktion fungiere „nicht nur als Treuhänder des Föderalismus, sondern auch als Anwalt vor allem der bayerischen Kommunen“.

Schwarze Null

Der Trend hin zu einer erfreulichen Entwicklung der Kommunen sei offenkundig, bemerkte Ramsauer: Zum einen wachse der öffentliche Schuldenberg 2007 zum ersten Mal nicht weiter an - Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen erzielten zusammen eine „schwarze Null“. Zum anderen sei die wieder erstarkte Investitionskraft der Kommunen ein wichtiger Beitrag, die Aufschwungkräfte zu verstetigen. Bei der Reform der Unternehmenssteuer sei den Gemeinden die Gewerbesteuer als eine starke wirtschaftsbezogene Einnahmequelle erhalten geblieben. Zudem trügen Bund und Länder die Entlastung bei der Körperschaftsteuer von 5 Mrd. Euro. Auch beim Ausbau der Kinderbetreuung werde der Bund die Länder und Kommunen massiv unterstützen: So wurden im Nachtragshaushalt 2007 für diese wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe 2,15 Mrd. Euro bereitgestellt.

Horst Seehofer, Bundesminister für Ernährung, Landwirt-

schaft und Verbraucherschutz, machte in seinem Impulsreferat „Faire Chancen für Städte und Ländliche Räume“ eingangs deutlich, dass Stadt und Land nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Sie seien aufeinander angewiesen, bräuchten einander. Mit anderen Worten: „Stadt und Land, Hand in Hand.“

Perspektiven schaffen

Kürzlich, so der Minister, sei eine Studie erschienen, die die Beurteilung des Lebens im ländlichen Brandenburg zum Gegenstand hat und zu dem Ergebnis kommt, dass sich die Aufrechterhaltung der Infrastruktur vielerorts nicht mehr lohne. Deswegen schlage die Studie eine Prämie für diejenigen vor, die freiwillig „das Land verlassen“. Eher, so Seehofer, seien wohl die Urheber der Untersuchung von allen guten Geistern verlassen. Für den ländlichen Raum gelte es, Perspektiven zu schaffen, statt ein Flucht-Geld auszusetzen, nehme dieser doch den Großteil der Gesamtfläche Deutschlands ein.

Seehofer begrüßte in diesem Zusammenhang den Entschluss der Bundesregierung, aus dem Bundeshaushalt 2008 16,6 Millionen Euro Fördermittel für den Ausbau moderner Breitbandanschlüsse im ländlichen Raum zur Verfügung zu stellen. Breitbandanschlüsse seien die Voraussetzung für eine schnelle Datenübertragung im Internet und somit heute ein wesentlicher Standortfaktor. Darüber hinaus plädierte der Minister für den zügigen Aufbau einer Infrastruktur für Bioenergie. Es müsse mehr Biogas ins öffentliche Netz gespeist werden. Gefragt seien insgesamt neue Strukturen in der kommunalen Energieversorgung, finanzielle Unterstützung und steuerliche Erleichterungen für Biosprit. Hier kämen auf alle Beteiligten in den Gemeinden große Herausforderungen zu.

Neben einer flächendeckenden medizinischen Versorgung stelle das Bildungsangebot einen wichtigen Anker ländlichen Lebens dar, fuhr Seehofer fort. Kindergärten, Betreuungseinrichtungen und Freizeitmöglichkeiten seien hierbei wichtige Indikatoren für die Lebensqualität einer Region.

Gleichgewichtige Lebensbedingungen

Wie der Minister abschließend betonte, sei ein „klares Bekenntnis zu gleichgewichtigen Bedingungen in Stadt und Land“ unabdingbar notwendig. Der „Systemsprung hin zur Subsidiarität“ müsse auch in Bayern gewagt werden. Vonnöten sei eine klare „Entscheidungs- und Sachautonomie“.

In drei anschließenden Gesprächsrunden, moderiert von Thomas Silberhorn, Vorsitzender des Arbeitskreises Auswärtiges, Verteidigung, Angelegenheiten der EU der CSU-Landesgruppe, wurden die Themenblöcke „Kommunen und Finanzpolitik“, „Kommunen und Sozialpolitik“ sowie „Kommunen und Ländlicher Raum“ behandelt. Dabei zeigte

sich zunächst Dr. Bernhard Gmehling, Oberbürgermeister der Stadt Neuburg an der Donau, mit den Ergebnissen des Spitzengesprächs zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und Finanzminister Erwin Huber zum kommunalen Finanzausgleich 2008 „im Großen und Ganzen zufrieden“. Dennoch blieben einige Wünsche offen, wie Gmehling bemerkte. Dazu zählten die (Kosten-)Frage der Schülerbeförderung sowie das Thema Anreizregulierung. Diese sollte für kleine Stadtwerke abgeschafft werden, ginge doch ansonsten die Lebensqualität in den Mittelzentren verloren. Zudem plädierte der OB für die Abschaffung der Zweitwohnungssteuer.

Sozial ist, was Arbeit schafft

Laut Max Straubinger, Vorsitzender des Arbeitskreises Arbeit und Soziales, Gesundheit, Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CSU-Landesgruppe, hat der Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ voll gegreift. In punkto ärztliche und ambulante Versorgung im ländlichen Raum erklärte der MdB, dass man mit der dualen Finanzierung der Krankenhäuser in der Vergangenheit gut gefahren sei. Daran werde man trotz mancher Erwägungen, die Krankenhäuser aus einer Hand zu finanzieren (Monistik) festhalten. Das Pflegeversicherungsgesetz habe die Kommunen entlastet, zentralistischen Lösungen in einem Präventionsgesetz erteile Straubinger eine klare Absage.

Finanzautonomie

Dr. Hans-Peter Friedrich, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Verkehr, Bau, Stadtentwicklung, Tourismus und Kommunalpolitik, setzte sich seinerseits für die „Verstärkung der kommunalen Finanzen“ ein. „Finanzautonomie sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite“ laute die Maxime. Weiterhin müsse das Augenmerk auf eigenwirtschaftliches Handeln der Kommunen gelegt werden. Friedrich wandte sich in diesem Zusammenhang gegen Bestrebungen der europäischen Ebene, natürliche Monopole vor Ort in die Hände von internationalen Privatkonzernen zu geben. Die Zukunft der Kommunen sieht Friedrich letztlich in der „Realisierung der Bürgergesellschaft“. Es gelte, den ländlichen Raum hervorzuheben, da dort noch geordnete, soziale Strukturen vorherrschen.

Gewerbesteuer

Stephan Mayer, Vorsitzender des Arbeitskreises Innen, Recht, Kommunalpolitik, Sport und Ehrenamt, Kultur und Medien der CSU-Landesgruppe, verwies auf den „massiven und erfolgreichen Einsatz“ seiner Partei, die Gewerbesteuer weiter aufrechtzuerhalten, weshalb es vielen Kommunen finanziell besser gehe. Dies allerdings mit Einschränkungen, wie Mayer betonte: Viele kreisfreie Städte hätten stärker von der Gewerbesteuer profitiert als kreisangehörige Städte. Darüber hinaus werde sich die Landesgruppe dafür einsetzen, dass die Bundespolizei nicht aus dem ländlichen Raum abgezogen wird.

Leistungserbringer

Bartholomäus Kalb, Vorsitzender des Arbeitskreises Finanzen und Haushalt der CSU-Landesgruppe, verwies auf die enge Verzahnung von kommunaler Finanzsituation und Bundespolitik. „Aus Unterstützungsempfängern müssen wieder Leistungserbringer werden!“ forderte Kalb, der im Übrigen froh wäre, „wenn die Parlamente öfter mit kommunalpolitisch erfahrenen Leuten besetzt wären“.

Manfred Hölzlein, Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke und Bezirkstagspräsi-

dent von Niederbayern, rief dazu auf, in die politische Diskussion auch den Begriff der Personalität mit einzubeziehen. Nicht immer dürfe nur die Kostenfrage gestellt werden. Die Würde des Menschen bezeichnete Hölzlein als hohes Gut; im Übrigen seien Behinderte keine Sozialhilfempfänger. Für Hans Schaidinger, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags und Regensburger Oberbürgermeister, drückt der Schuh wiederum beim Thema Grundsicherung im Alter, bei der die „Städte zum Rentenversicherungsträger degradiert“ worden seien, zudem bei der dramatischen Entwicklung in der Krankenhausfinanzierung, beim Kostenentlastungsgesetz (steigende Belastungen bei den Jugendhilfe- und Sozialhilfeausgaben), bei der Privatisierung und schließlich beim Krippenausbau – „eine Absepfung mit Förderung ohne das Konnexitätsprinzip“.

Sozial ist, was Arbeit schafft

Laut Max Straubinger, Vorsitzender des Arbeitskreises Arbeit und Soziales, Gesundheit, Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CSU-Landesgruppe, hat der Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ voll gegreift. In punkto ärztliche und ambulante Versorgung im ländlichen Raum erklärte der MdB, dass man mit der dualen Finanzierung der Krankenhäuser in der Vergangenheit gut gefahren sei. Daran werde man trotz mancher Erwägungen, die Krankenhäuser aus einer Hand zu finanzieren (Monistik) festhalten. Das Pflegeversicherungsgesetz habe die Kommunen entlastet, zentralistischen Lösungen in einem Präventionsgesetz erteile Straubinger eine klare Absage.

Starkes Selbstbewusstsein des ländlichen Raums

Luitpold Braun, Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU und Landrat von Weilheim-Schongau, plädierte für ein starkes Selbstbewusstsein des ländlichen Raums. Zu oft werde dieser gleichgesetzt mit dem Begriff der Provinzialität. Aufgrund der veränderten Demografie sei auch ein anderes Urlaubsverhalten feststellbar, sagte Braun. Ältere Menschen gingen öfter im Jahr in Kururlaub – eine Chance für den ländlichen Raum, der hier einiges zu bieten habe. An der Initiative „Auerbergland“, einem erfolgreichen landkreis- und regierungsbezirkübergreifenden Zusammenschluss von Kommunen, machte Braun deutlich, dass ein Landkreis „nicht die natürliche Grenze eines Lebensraums“ darstellt, weshalb ländlicher Raum und Metropolregionen durchaus kooperieren könnten.

Für Alexander Dobrindt, Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft und Technologie, Tourismus, Bildung und Forschung der CSU-Landesgruppe, ist die Kommune die „Keimzelle für Gemeinschaftssinn“. Es gelte, das ehrenamtliche Engagement zu stärken. Da sich der technische Fortschritt immer schneller drehe – siehe DSL-Debatte –, sei es sinnvoll, hier ein Gesamtkonzept vorzulegen. „Arbeitsplätze brauchen Innovation“, so Dobrindt.

Keine Resträume der Metropolregionen

„Ländliche Räume sind keine Resträume der Metropolregionen, sondern bedeutende Lebens- und Wirtschaftsräume“, erläuterte Klaus Hofbauer, Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft und Technologie, Tourismus, Bildung und Forschung der CSU-Landesgruppe. Im Bereich der Verkehrspolitik

Bekenntnis zur...

(Fortsetzung von Seite 1)

fentlicher Nahverkehr oder saubere Straßen: Gemeinde- und Stadtwerke sorgen sich um das Wohl aller Bürger. Und dass Bayern so lebenswert ist, ist auch ein Verdienst der kommunalen Unternehmen“, steht im einstimmig verabschiedeten Leittrag „Kommunalwirtschaft stärken - Zukunft der Städte und Gemeinden sichern“.

Wie Augsburgs Stadtoberhaupt betonte, sei die SPD keineswegs gegen Wettbewerb - im Gegenteil: „Wir stellen uns dem Wettbewerb, weshalb Kommunen auch effizient und leistungsfähig, reformbereit und modernisierungswillig sein müssen“. Synergien müssten genutzt werden; ebenso sei die „Kleinstaaterei“ - etwa bei Wasserversorgung und auch im Sparkassenwesen - zu beenden. Wengert: „Da müssen Größenordnungen durchgesetzt werden, die im Wirtschaftsleben lebensfähig sind. Und da muss auch ein Kostenniveau erreicht werden, das den Wettbewerb aushält. Unsere Sparkassen schaffen das.“

Wehren gegen unlautere Vergleiche

Darüber hinaus gelte es, sich gegen unlautere Vergleiche zur Wehr zu setzen. Wenn Leistungsvergleiche zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistern durchgeführt würden, müssten auch die oft sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen berücksichtigt oder - als Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb - eventuell sogar vorher beseitigt werden, forderte der Rathauschef. Gerade bei den Kostenstrukturen gebe es sehr unterschiedliche Ausgangsbedingungen: Die Betriebe der Kommunen zahlten eben die höheren Tariflöhne, höhere Sozialleistungen wie z.B. die Beiträge in die Zusatzversorgungskasse, sie beschäftigten mehr ältere

habe der Straßenbau eine Erschließungsfunktion, sagte Hofbauer. Damit sei wirtschaftliches Wachstum verbunden. Aufgaben für den öffentlichen Personennahverkehr bzw. Schienenpersonennahverkehr habe das sog. Regionalisierungsgesetz auf die Bundesländer übertragen. Da sich die Bahn beispielsweise vollständig aus Ostbayern zurückgezogen habe, sei eine Förderung nur noch über Regionalisierungsmittel möglich.

Kirchturmdenken aufgeben

Wie Marlene Mortler, Vorsitzende des Tourismusausschusses des Deutschen Bundestags, bemerkte, ist die Tourismusbranche eine Querschnittsbranche und gleichzeitig „Motor für Beschäftigung und Ausbildung“. Allerdings bleibe sie nicht vom Mangel an Fachkräften verschont. Mortler zufolge stellt Bayern und Fremdenverkehr „keinen Selbstläufer“ dar: „Die Welt schläft nicht, wenn es um Marktanteile geht.“ Auch verwies sie darauf, dass durch das intensive Drängen der CSU und die enge Zusammenarbeit zwischen der Bayerischen Staatsregierung und der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag im Jahressteuergesetz 2008 eine Verringerung des Mehrwertsteuersatzes von 19 auf sieben Prozent für Bergbahnen erwirkt werden konnte. Dies solle für mehr Wettbewerbsfähigkeit. Abschließend rief Mortler dazu auf, „das Kirchturmdenken aufzugeben und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu suchen“. **DK**

Arbeitnehmer, erbrächten eine höhere Ausbildungsleistung und erhielten mehr Arbeitsplätze für Leistungsgeminderte. „Da pulst unser sozialdemokratisches Herzblut!“, so Augsburgs OB.

Faire Bedingungen

Die BayernSPD will die kommunale Wirtschaft sichern, weil sie...

- ▶ höchste Qualität und ökologische Standards gewährleistet,
- ▶ Effizienz und Wirtschaftlichkeit statt Gewinnmaximierung verkörpert,
- ▶ für stabile Preise und Gebühren sorgt,
- ▶ die demokratische Kontrolle sichert,
- ▶ Bürgerwohl statt Heuschrecken-Kapitalismus in den Vordergrund stellt,
- ▶ Verantwortung für die jeweilige Gemeinde, Stadt und Region trägt,
- ▶ größtmögliche Verantwortung für die Kommune statt größtmögliche Gewinne für Anteilseigner ermöglicht. **DK**

Führe man also Leistungsvergleiche zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistern auf einer fairen „bereinigten“ Basis durch, dann falle das Ergebnis nicht automatisch zugunsten der Privaten aus, fuhr Wengert fort. Seriöse Privatisierungsstudien belegten vielmehr, dass öffentliche Anbieter unter fairen und gleichartigen Bedingungen durchaus ebenso leistungsfähig und kostengünstig sein können wie Private. Daher sei die vor schnelle Privatisierung nicht die beste Therapie. Außerdem lohne es sich, gelegentlich einmal über die Rekommunalisierung früher privatisierter Geschäftsbereiche nachzudenken.

Der bessere Weg sei allemal, die kommunale Daseinsvorsorge immer wieder aufs Neue zu modernisieren und effizienter zu gestalten, um sie für die Bürger weiterhin zu sichern, erklärte Wengert und ergänzte: „Das sind wir ihnen schuldig und dafür sind wir - vor allem als Mandatsträger - verantwortlich. Und deshalb müssen wir sie auch gegen eine unsinnige Privatisierungseuphorie verteidigen. Billiger ist eben nicht immer besser und billiger wird es sowieso eher selten. Der einst so hoch gelobte liberalisierte Strommarkt lässt grüßen!“

Mit der Privatisierung gehe auch der Verlust des Einflusses der Kommune einher; die demokratisch legitimierte Kontrolle über die Daseinsvorsorge gehe verloren, bemerkte das Stadtoberhaupt. Je mehr der Bereich von privatwirtschaftlichen Interessen bestimmt werde, desto weniger Platz bleibe für politische Steuerung. Wengert: „Damit würden wir uns als kommunale Mandatsträger selbst ein Stück weit in Frage stellen. Die kommunale Selbstverwaltung, dieses Unrecht der Gemeinden, würde erheblich geschwächt und aufgrund des Wegfalls wichtiger Aufgaben in Frage gestellt, wenn wir die Daseinsvorsorge in fremde Hände legen würden.“ Die Kommunen würden damit nicht nur wichtige Kernkompetenzen aufgeben, sondern sich auch in nicht ungefährliche Abhängigkeiten von privaten Unternehmen begeben, „bei denen letztlich und durchaus legitim der shareholder value und der Börsenkurs die alles bestimmende Größen sind und ganz sicherlich nicht der citizen value“. Da „uns dies wiederum wirklich teuer zu stehen kommen könnte“, lautete Wengerts abschließender Appell: „Lasst uns die Kommunalwirtschaft sichern, statt sie zu privatisieren!“ **DK**

Zusätzlich 150 Mio. Euro zum Abbau des Abfinanzierungsstaus

„150 Mio. Euro staatliche Zuschüsse kommen jetzt schneller zur Auszahlung! Damit werden Kommunen, Sportvereine und Werkstätten für Behinderte und private Förderer bei der Finanzierung ihrer Bauvorhaben spürbar entlastet“, erklärte Finanzminister Erwin Huber zum Sonderprogramm zum Abbau des Abfinanzierungsstaus, das Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein für den Nachtragshaushalt 2008 angekündigt.

Das Sonderprogramm umfasst folgende Bereiche:

- ▶ Förderung des Baus privater Förderschulen 90 Mio. €
 - ▶ Förderung der Jugendarbeit 5 Mio. €
 - ▶ Förderung des Sportstättenbaus 10 Mio. €
 - ▶ Förderung des Baus von Kleinkläranlagen 10 Mio. €
 - ▶ Förderung der Dorferneuerung 12,5 Mio. €
 - ▶ Städtebauförderung 12,5 Mio. €
 - ▶ Förderung von Werkstätten für Behinderte 10 Mio. €
- Die Finanzierung erfolgt aus Steuermehreinnahmen. **DK**

VKU-Jahrestagung in Hamburg:

Verband schärft sein Profil

Das zentrale Ereignis der kommunalen Wirtschaft, die Jahrestagung des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) in Hamburg, stand in diesem Jahr unter dem Motto: „Kommunale Unternehmen - effizient und bürgernah“. Vor 1.000 Führungskräften und Entscheidungsträgern kommunaler Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen sowie nationalen und internationalen Gästen aus Politik und Wirtschaft kündigte Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des VKU, den Ausbau des Angebots für die kommunalen Unternehmen der Wasserwirtschaft und Abwasserwirtschaft im Verband an.

„Der VKU soll für alle kommunalen Unternehmen der Wasserwirtschaft eine attraktive verbandliche Heimat bilden“, sagte Reck. Hierzu werde die personelle Kapazität verstärkt. Eine Verbesserung der Landesgruppenarbeit sei notwendig zur Einbindung der Mitglieder, als Plattform für den Erfahrungsaustausch und zur Interessenvertretung auf Länderebene.

Mehrwert für Gemeinschaft

Dr. Andreas Schirmer, Vizepräsident des VKU, hob den Mehrwert kommunaler Unternehmen für die örtliche Gemeinschaft hervor. „Wasserver- und Abwasserentsorgung sind bei kommunal bestimmten Unternehmen am besten aufgehoben. Das werden wir immer wieder auch gegenüber den Verbrauchern und den Eignerkommunen deutlich machen. Sie stehen für hohe Versorgungssicherheit, exzellente Qualität und effiziente Leistungserbringung. Kommunale Unternehmen handeln nachhaltig und zukunftsorientiert zum Nutzen der Bürger.“ Der zukünftige europäische Rahmen für die Daseinsvorsorge müsse dieses erfolgreiche kommunale Modell der deutschen Wasserwirtschaft auch weiterhin ermöglichen, forderte Schirmer.

Keine Blindflüge!

Unter starkem Beifall der anwesenden Stadtwerke-Vertreter appellierte Hans-Joachim Reck zudem an Bundesregierung und Länder, die Auswirkungen der Anreizregulierung von Anfang an durch eine qualifizierte Untersuchung feststellen zu lassen. Eine Abschätzung der Gesetzesfolgen, wie man sie eigentlich hätte erwarten müssen, sei nicht vorgenommen worden. „Blindflüge können wir uns aber angesichts der existentiellen Bedeutung der Regulierung für die Stadtwerke nicht erlauben.“ Reck wandte sich damit auch gegen Äußerungen des Präsidenten der Bundesnetzagentur, Matthias Kurth, der ein Monitoring der Anreizregulierung erst nach Ende der ersten Regulierungsperiode von fünf Jahren angekündigt hatte.

Zauberwort Kooperation

Der VKU-Hauptgeschäftsführer plädierte darüber hinaus für eine Harmonisierung des Kommunalverfassungsrechts in Deutschland: „Die Zukunft der kommunalen Unternehmen liegt in der Kooperation. Die Gründung und der Ausbau von Kooperationen darf aber nicht durch die Gemeindeordnung behindert werden.“ Reck forderte die Länder als Treuhänder der Kommunen und der kommunalen Wirtschaft im föderalistischen System der Bundesrepublik Deutschland auf, mögliche ordnungspolitische Fehlentwicklungen zu korrigieren.

„Die 1.350 Mitgliedsunternehmen des VKU stellen elementare Infrastrukturleistungen für Wirtschaft und Verbraucher bereit. Mit über 70 Mrd. Euro Umsatz, 230.000 Beschäftigten und jährlichen Investitionen von 6,7 Mrd. Euro sind sie außerdem ein wichtiger Wirtschaftsfaktor mit vielfältigen positiven Effekten für Stadt und Region“, hob Stephan Weil, Präsident des Verbands

Kenntnis lokaler Bedingungen bieten ideale Voraussetzungen für die Mobilisierung von Energie- und CO₂-Einsparpotentialen. Die kommunalen Unternehmen bieten der Bundesregierung daher ihre Unterstützung bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen an“, betonte Weil.

Neue Handlungsfelder

Aus dem Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung ergäben sich eine Vielzahl von ausbaufähigen, zum Teil auch neuen Handlungsfeldern. Dies seien Zukunftschancen für die Unternehmen, die sie nutzen werden, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, zeigte sich der Präsident überzeugt. In der Energie-

erzeugung seien die kommunalen Unternehmen bei entsprechender Förderung bereit und in der Lage, in die Modernisierung und den Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen zu investieren. Sie könnten weiterhin zur Steigerung des Anteils der Erneuerbaren Energien an der Energieversorgung beitragen. Schließlich könnten sie auf ihre langen Erfahrungen in der Entwicklung und Vermarktung von Dienstleistungen zur sparsamen und rationellen Energienutzung aufbauen.

Beitrag zum Klimaschutz

Weil verwies auf den „großen und bislang wenig gewürdigten“ Beitrag der kommunalen Abfallwirtschaft und Stadtreinigung zum Klimaschutz. Die umweltgerechte Behandlung und nahezu vollständige Verwertung der Abfälle habe bereits zu einer deutlichen Reduzierung der Treibhausgasemissionen geführt. **DK**

Bayerische Wassertage 2007

Wasserversorger und Unternehmen sollten sich frühzeitig gegen eine etwaige Wasserverknappung rüsten, denn auch Bayern muss sich auf immer häufigere Trockenzeiten oder sogar Dürre einstellen. Das betonte Bayerns Umweltminister Otmar Bernhard in Augsburg bei der Eröffnung der Bayerischen Wassertage 2007.

Bernhard zufolge steigt gerade in heißen und trockenen Sommern der Wasserverbrauch, sei es für den Privatbedarf, die Bewässerung von Pflanzen oder das Kühlen von Industriemaschinen.

Größere Wasserversorger sollten daher nach den Worten Bernhards künftig auf mindestens zwei unabhängige Trinkwassergewinnungsgebiete zurückgreifen. Hier könne der Anschluss an leistungsfähige Wasserversorgungen, die Bohrung zusätzlicher Brunnen oder Verbundleitungen zu Nachbargemeinden eine Lösung sein. Zudem werden die zuständigen Genehmigungsbehörden

insbesondere bei auslaufenden Bewilligungen gemeinsam mit den Betrieben vorsorglich geeignete Alternativen der Brauchwasserversorgung prüfen. Beispielsweise kann durch Mehrfachnutzung, Kreislaufführung oder Regenwasser-Nutzung das Tiefengrundwasser weitestgehend geschont werden.

Bernhard: „Betriebe brauchen größtmögliche Planungssicherheit und Produktionskontinuität. Je früher ein Unternehmen sich auf die unvermeidbaren Folgen der Klimaerwärmung anpasst, um so eher kann der wirtschaftliche Erfolg aufrecht erhalten werden.“

„Papa spart jetzt 150 Euro beim Strom - mach' das mal nach!“



Senken Sie Ihre Stromkosten mit dem EnergieSpar-Paket von E.ON Bayern um 150 Euro.*

Das alles ist drin:

- kostenloser individueller EnergieSpar-Check
- EnergieSpar-Tipps, mit denen Sie 150 Euro* sparen
- hilfreiche Checklisten zum Beispiel zum Kauf von neuen Haushaltsgeräten

Auf der EnergieSpar-Tour in Ihrer Nähe oder im Internet:

www.eon-bayern.com/energiesparen

Mit Sicherheit
faire Preise

e-on | Bayern

*Einsparpotenzial bei einem 4-Personenhaushalt.

DWA-Landesverbandstagung 2007 in Weiden:

Gute Noten für Bayerns Kommunen

Bei der jüngsten Tagung der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA), Landesverband Bayern, in Weiden wurde eine umfangreiche Vortragsreihe zu den Themen Gewässerschutz und Wasserwirtschaft angeboten. Zusätzlich präsentierten über 80 Aussteller im Foyer in einer Fachausstellung ihre Produkte und Dienstleistungen. Fachexkursionen zur „New Town Grafenwöhr“ mit Besichtigung der Ver- und Entsorgungseinrichtungen sowie die Besichtigung der Wehranlage am Flutkanal Weiden und der Hochwasserschutzmaßnahmen im Stadtpark Weiden rundeten die zweitägige Veranstaltung ab.

Zum Auftakt der Veranstaltung sprach Umweltminister Dr. Otmar Bernhard über den Klimawandel und die daraus resultierenden Herausforderungen für die Wasserwirtschaft. Laut Bernhard ist Bayerns Struktur der Wasserver- und Abwasserentsorgung seit Jahren Garant für ein hohes Maß an Gewässerschutz und für die günstigsten Gebühren im Bundesvergleich: „Sauberes Trinkwasser, gute Gewässergüte der Flüsse und Seen, hohe Reinigungsleistung der Kläranlagen und mit die günstigsten Trinkwasser- und Abwassergebühren deutschlandweit - Bayerns Kommunen machen bei der Daseinsvorsorge eine gute Arbeit“, konstatierte der Minister. Um das Gute noch weiter zu verbessern, machten rund 160 Zweckverbände, Städte und Gemeinden zudem freiwillig an einem Benchmarking für die Abwasserentsorgung mit. Ziel sei, sich mit anderen zu vergleichen und die Stärken zum Maßstab zu machen.

Benchmarking-Projekt

Bernhard zufolge haben das „Benchmarking Abwasser Bayern“ Umweltministerium, Bayerischer Gemeindegewerkschaft, Bayerischer Städtetag und DWA im Juli initiiert. Das Projekt vergleicht Wirtschaftlichkeit, Sicherheit, Qualität, Kundenservice und Nachhaltigkeit. Die Teilnahme am Projekt wird vom Umweltministerium mit 500 Euro je Unternehmen gefördert. Anmeldungen sind noch möglich; Ergebnisse gibt es im Frühjahr 2008.

Konstante Gebühren

Öffentliche Kanäle, die zweimal um den Äquator reichen würden, leiten das Abwasser aus 2.000 bayerischen Gemeinden und Städten in etwa 2.850 Kläranlagen, fuhr der Minister fort. Die Abwassergebühren in Bayern konnten im Durchschnitt auf 1,60 Euro pro Kubikmeter gehalten werden, während andere Bundesbürger

fast die Hälfte mehr dafür zahlen. Mit staatlichen Fördermitteln von 8 Milliarden Euro wurden seit 1950 Investitionen von etwa 32 Milliarden Euro ausgelöst. Mehr als 10.000 Brunnen und Quellen sowie 2 große Trinkwasser-Talsperren versorgen im Freistaat die Bevölkerung mit Trinkwasser. Die Kommunen haben seit 1950 mehr als 9 Milliarden Euro in die Wasserversorgung investiert; rund 3,5 Milliarden hat der Staat dazu beigetragen. Die Gebühren sind mit 1,35 Euro pro Kubikmeter mit die niedrigsten in Deutschland.

Versorgungsdefizite

Einem besonders wichtigen Aspekt widmete sich Dipl.-Ing. Hans G. Huber, Vorstand der Hans Huber AG (Berching). Thema seines Vortrages waren die „Herausforderungen für die Wasserwirtschaft zur Bewältigung der Zukunftsprobleme“. Dabei machte Huber deutlich, dass Schätzungen zufolge nur 2,5 Prozent der weltweiten Wasservorkommen Süßwasser seien. Weniger als ein Prozent dieser Süßwasserreserven könnten jedoch vom Menschen nutzbar gemacht werden. Die größten Defizite bei der Versorgung bestünden in asiatischen und afrikanischen Ländern, wo 63 bzw. 28 Prozent der Bevölkerung nicht ausreichend mit frischem Trinkwasser versorgt werden können. Weltweit haben rund 1,3 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser.

Huber Technology Prize

Angesichts wachsender Bevölkerungszahlen und zunehmender Urbanisierung sei der Trinkwasserbedarf gleichwohl weiter steigend. Parallel nehme aber aufgrund des Klimawandels der Anteil der nutzbaren Süßwasserressourcen immer mehr ab, so Huber. Ursachen seien das Versiegen von Flüssen und Seen oder auch das Abschmelzen der Gletscher. Daher

werde die Aufbereitung von Abwasser zu einer der Herausforderungen für die Sicherung der zukünftigen Wasserversorgung weltweit. Vor diesem Hintergrund kündigte Huber an, dass die Huber Technology Stiftung anlässlich der IFAT 2008 erstmals den Huber Technology Prize verleihe. Prämiert werden Ideen, Konzepte und Ergebnisse von Forschungsarbeiten, mit denen ein innovativer Beitrag zur Nutzung von Energie und Wertstoffen aus Abwasser geleistet werde.

Neue Strategie

Mit den aktuellen Entwicklungen der Klärschlammbehandlung befasste sich Dipl.-Biologe Rudolf Müller vom Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg. Wie Müller betonte, hat Bayern in der Folge der BSE-Krise und der Neuorientierung der bayerischen Agrarpolitik aus Gründen des vorsorgenden Verbrauchers-, Boden- und Gewässerschutzes eine neue Strategie für eine zukunftsfähige

Überlegungen auf Grund einer EU-Initiative:

Bundesweite Wassersteuer im Gespräch

Berlin und Länder noch uneinig / Bayern unentschieden

Droht in Deutschland eine generelle Verteuerung des Trinkwassers durch eine neue Steuer? Das ist nach Angaben des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) nicht auszuschließen. Denn nach Angaben des Verbandes planen Bund und Länder, auf EU-Initiative flächendeckend eine Wassersteuer einzuführen. Dies würde den Wasserpreis deutlich erhöhen, erklärte nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung BDEW-Vizepräsident Peter Rebohle. Nach seiner Meinung könnte die Teuerung bis zu 18 Prozent betragen.

Die Hinweise auf eine Wassersteuer beruhen auf einem Eckpunktepapier für die nächste Amtschefkonferenz von Bundeskanzleramt und den Staatskanzleien der Länder. In diesem Papier kündigen die Behördenleiter eine einheitliche Wassergebühr an. Offen bleibt dabei, ob die Abgaben generell steigen oder nur vereinheitlicht werden sollen.

Nichts entschieden

Ein Sprecher des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums, das derzeit die Umweltminister-Konferenz leitet, bestätigte die Pläne für eine Wassersteuer. Noch sei aber nichts entschieden. Das Thema stehe aber

ge und nachhaltige Klärschlammbehandlung ausgearbeitet, die mittelfristig die thermische Verwertung des bisher landbaulich und landschaftsbaulich verwerteten Klärschlamm zum Ziel hat.

Ausreichende Kapazitäten

Die Ziele sind in den Abfallwirtschaftsplan und das Landesentwicklungsprogramm aufgenommen. Die Kläranlagenbetreiber und Landwirte werden durch die Ämter für Landwirtschaft und Wasserwirtschaftsbehörden kontinuierlich darauf hingewiesen, auf die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm zu verzichten. Erstere werden durch die Wasserwirtschaftsbehörden über die sachgerechte abwassertechnische Behandlung der hochbelasteten Filtrate/Zentrifugate aus der mechanischen Klärschlammbehandlung beraten. Die Klärschlamm-Mitverbrennung in Müllverbrennungsanlagen (MVA) und Kohlekraftwerken, erforderlichenfalls in Monoverbrennungsanlagen, wird ausgebaut. Ausreichende Entsorgungskapazitäten bei Müllheizkraftwerken und Kohlekraftwerken sind inzwischen vorhanden.

Konsensfindung

Die Nahrungsmittelhersteller

(Mühlen), Kirchen und Verbraucherverbände unterstützen die Ziele der Strategie, die Konsensfindung mit den kommunalen Spitzenverbänden ist im Gang. Als mittelfristige Ziele nannte Müller die thermische Behandlung/Verwertung des gesamten bisher landwirtschaft-

lich und landschaftsbaulich verwerteten Klärschlamm, die Förderung der Entwicklung innovativer alternativer Entsorgungsverfahren sowie die Förderung der Entwicklung kostengünstiger Rückgewinnungsverfahren von Phosphat aus Klärschlamm. **DK**

1. Moosburger Umwelttechnikforum:

Neue Technologien bei der Abwasserreinigung

Karbonat-Brennstoffzelle auf der Kläranlage Moosburg als einer der Höhepunkte - Schirmherr Erwin Huber

Auf großes Interesse stieß das 1. Moosburger Umwelttechnikforum, das unter dem Motto „Innovative Kläranlagentechnologie“ stand und vom Bayerischen Institut für Umwelt und Kläranlagentechnologie e.V., kurz Biukat, zusammen mit der Bayerischen Verwaltungsschule veranstaltet wurde. Mit zahlreichen Vorträgen zu den Themenbereichen Abwasserreinigung und Schlammbehandlung, Energiemanagement auf Kläranlagen und „Entsorgungszentrum Kläranlage“ sowie mit mehr als 25 Fachausstellern zeigte diese Veranstaltung viele neue interessante Entwicklungen und Anwendungen im Bereich Kläranlagen auf.

Biukat kann in Moosburg eine Referenzanlage vorweisen, die noch von sich reden machen wird. Demnächst wird eine Karbonat-Brennstoffzelle zur Energieerzeugung in der Kläranlage installiert. Somit wird dies bayernweit die erste Brennstoffzellenanlage sein, die in einer Kläranlage eingesetzt wird und bundesweit die erste, in der die Abwärme zur Trocknung des Klärschlamm genutzt wird.

Innovative Verfahren

Wie Moosburgs 1. Bürgermeisterin Anita Meinelt erläuterte, hätten steigende Energiekosten und Klärschlammbehandlungskosten dazu geführt, dass der Betreiber der Kläranlage, die Kläranlage Moosburg GmbH, eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadt Moosburg, in einem ständigen Weiterentwicklungsprozess versuche, innovative Verfahren zur Abwasserreinigung und Entsorgung der Rückstände aus der Kläranlage mit hohen Umweltstandards Schritt für Schritt auf der Kläranlage Moosburg zu installieren. Hauptziel sei es dabei, die Abwassergebühren zumindest auf dem jetzigen Level zu halten.

Hierzu zeigte Meinelt verschiedene Beispiele auf: Der Einsatz von Tensiden im Belebungsbecken führte zu erheblichen Einsparungen an Entsorgungskosten bei Klärschlamm. Die Zugabe an Enzymen im Faulturn, gekoppelt mit einer Hochfrequenzanlage, bewirkte, dass einerseits der Abbaugrad im Faulturn maßgeblich gesteigert werden konnte, die Klärgasproduktion anstieg und dadurch nochmals die Entsorgungskosten gesenkt wurden.

Einbandtrockner

Der nächste Schritt war die Anschaffung eines Einbandtrockners, um weitere Kostenreduktionen bei der Klärschlammbehandlung zu erreichen. Dies war aber auch nur deshalb möglich, weil eben gleichzeitig auch die Klärgasproduktion auf 3000 Kubikmeter/Tag gesteigert werden konnte. Voraussetzung für diese Zunahme ist laut Meinelt der Einsatz von externen Abfällen aus Lebensmittelbetrieben im Faulturn. Hierfür war ein aufwändiges Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz beim Landratsamt Freising die Voraussetzung.

Durch diesen Mehrertrag an Klärgas können ein zusätzliches Blockheizkraftwerk mit 190 Kilowatt elektrischer Leistung sowie der Einbandtrockner betrieben werden. Die gesamte Abwärme, die auf der Kläranlage zur Verfügung steht, wird im Heizungsverteiler gesammelt, um

damit den Faulturm und das Betriebsgelände zu beheizen. Außerdem wird die Abwärme in die Zuluft des Trockners eingebunden, um dadurch Klärgas zu sparen und dieses alternativ wiederum zur Stromerzeugung zu nutzen.

Bisheriger innovativer Höhepunkt ist nach Angaben der Bürgermeisterin die Anschaffung einer Karbonat-Brennstoffzelle, die es im Betriebsablauf ermöglicht, die komplette Abwärme von 380 Grad für die Trocknungsanlage zu nutzen und damit das Klärgas vollständig zur Stromerzeugung zu verwenden. Meinelt zufolge führen all diese technischen und innerbetrieblichen Neuerungen zu erheblichen finanziellen Einsparungen. Das Wissen um die Durchführung von Verbesserungen sei die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche betriebswirtschaftliche und technische Führung der Kläranlage. Noch wichtiger allerdings sei es, dieses Wissen auch in die Praxis umzusetzen.

Moderne Entsorgungsinfrastruktur

Prominentester Gast des 1. Moosburger Umwelttechnikforums war CSU-Chef und Finanzminister Erwin Huber, der auch die Schirmherrschaft übernommen hatte. Er stellte fest, dass in Bayern 95 Prozent der Einwohner an öffentliche Abwasseranlagen angeschlossen sind. In 2860 kommunalen Kläranlagen würden jährlich rund 1,6 Milliarden m³ häusliches, gewerbliches und industrielles Abwasser gereinigt. Auch die Nachrüstung der privaten Kleinkläranlagen werde vom Freistaat gefördert. Seit 2003 seien fast 30 Millionen Euro an Zuschüssen ausbezahlt worden. Eine moderne leistungsfähige Entsorgungsinfrastruktur sei heute ein unverzichtbarer Faktor für die Attraktivität von Industrie, Gewerbe und Siedlungsstandorten, betonte Huber.

Weltgrößter Exporteur

Die Produktion von potenziellen Umweltschutzgütern sei in Deutschland in den letzten zehn Jahren um ein Drittel auf 55 Milliarden Euro gesteigert worden, fuhr der Minister fort. Mit einem Welthandelsanteil von 16,4 Prozent stelle Deutschland den weltgrößten Exporteur noch vor Japan und den USA und: Mit knapp einem Viertel der Umweltschutzpatente beim Europäischen Patentamt sei man hierzulande weltweit der dominierende Innovator in der Umwelttechnologie. 11.000 Unternehmen der deutschen Umweltwirtschaft beschäftigten 1,5 Millionen Menschen. Knapp ein Fünftel der Firmen sei in Bayern zuhause. **DK**



STANDORTENTWICKLUNG
UND STÄDTEBAU

KOMMUNALE ENTWICKLUNG

WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU



Besuchen Sie unsere neue Website:
www.bls-bayern.de

Kompetente Dienstleistungen für Kommunen

Bayerische Landessiedlung®

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München

Tel. +49 (0) 89 / 23 87-0
Fax +49 (0) 89 / 23 87-99
info@bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung:

Zentrale Aufgaben kommunaler Daseinsvorsorge

Herbsttreffen des Kreisverbandes Freising des Bayerischen Gemeindetages

Der Kreisverband des Bayerischen Gemeindetages lud turnusmäßig zum Herbsttreffen der Bürgermeister des Landkreises Freising nach Neufahrn. Der Kreisvorsitzende, Bürgermeister Klaus Stallmeister aus Hallbergmoos, hatte das Treffen unter das Motto „Wasser und Abwasser - Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge“ gestellt und konnte dazu die Repräsentanten fast aller Gemeinden des Landkreises sowie Oberbürgermeister Thalhammer in den Räumen des Zweckverbands Wasserversorgungsgruppe Freising-Süd begrüßen.

Als Hausherr freute sich der Verbandsvorsitzende des Wasserzweckverbandes, Bürgermeister Schneider aus Neufahrn, dass das Thema wohl doch, gemessen an der Teilnehmerzahl, auf ein hohes Interesse gestoßen ist und damit gut gewählt war.

Virtuelle Führung

Einleitend führte der Geschäftsführer des WZV, Franz Rauch, die Gäste sozusagen virtuell durch die Anlagen des Zweckverbandes, beschrieb die Aufgaben und gab Auskunft

über die Leistungsfähigkeit der Versorgungseinrichtungen, die sich immerhin in einer Jahresmenge von ca 5,9 Mio m³/Jahr beförderten Wassers ausdrückt.

Nun könnte man meinen, alles sei in Ordnung mit dem Trinkwasser und den Wasserversorgern in Bayern. Darüber nachzudenken und sich zu informieren, war der Anlass der Veranstaltung, denn niemand der Anwesenden will sich ausruhen auf Erreichtem oder gar eine Verschlechterung dessen verantworten müssen. Bei all den vielfältigen Aufgaben und drängenden

Problemen um die sich ein Bürgermeister täglich kümmern muss, darf die Wasserversorgung nicht vergessen werden.

So schilderte Dr. Klaus Arzet, Leiter des Wasserwirtschaftsamts München, sehr anschaulich, was Wasserwirtschaft in Gemeinden bedeutet, was zu tun ist, damit das Grundwasser vor Verunreinigungen geschützt wird und welche Voraussetzungen heute verlangt werden, um eine Wasserversorgung, aber auch Abwasserentsorgung fachlich einwandfrei zu betreiben. Ein wichtiger Beitrag ist die Einrichtung von Wasserschutzgebieten, aber auch ganz grundsätzlich der schonende Umgang mit den Grundwasservorkommen.

Der finanzielle Schuh drückt

Natürlich drückt überall der finanzielle Schuh. Häufig wird die Frage nach den notwendigen Unterhalts- und Erneuerungsaufwendungen mit der Bemerkung beantwortet „Es ging ja schon immer so und immer gut“. Das darf in Zukunft nicht mehr Handlungsmaßstab sein, denn es ist streng genommen verantwortungslos. Strafrechtlich wird bei Verstoß gegen die Trinkwasserverordnung in der Regel der Bürgermeister zur Verantwortung gezogen. Eine Hilfe, sich über die Effizienz der eigenen Wasserversorgung ein objektives Bild machen zu können, bietet das Bayerische Staatsministerium für Umwelt mit dem freiwilligen Benchmarking an. Die Ergebnisse daraus geben die Möglichkeit eines anonymen Vergleichs der Versorger untereinander. Sie ermöglichen eine gute Standortbestimmung. Der Appell an alle Versorger lautet daher, bei der aktuellen Runde des Kennzahlenvergleichs mitzumachen, um langfristig die technische und personelle Kompetenz sowie die Wirtschaftlichkeit und Versorgungsqualität der Anlagen sicherstellen zu können.

Mit Berichten aus der Praxis überzeugten Dieter Höfl (ehemaliger Geschäftsleiter des Amperverbandes) und Knut Höllein (ehemaliger Leiter der Wasserversorgung München). Sehr of-

fen wurde über die Erfahrungen gesprochen, wie die Zusammenarbeit zu organisieren ist und Rückschläge zu verkraften sind, und welche Geduld aufzubringen ist, um leistungsfähige und zukunftsweisende Wasserversorgungsstrukturen aufzubauen. Es ging dabei nicht vordergründig nur um mehr Zusammenarbeit an sich, sondern um mehr Qualität in der Aufgabenerfüllung durch Zusammenarbeit. Anders kann man den gestiegenen Anforderungen an die Wasserversorgung nicht mehr gerecht werden. Vorteile und erste Ansätze für eine verbesserte Zusammenarbeit sollen insbesondere in der gemeinsamen Nutzung von Einrichtungen oder Spezialausrüstungen, oder einer gemeinsamen Organisation der Störungsannahme und -behebung erprobt werden. Werkdirektor Gerhard Schmid von den Stadtwerken Freising hat angeboten, zunächst auf Probe die Organisation der Annahme, Weiterleitung und Dokumentation von Störungsmeldungen zentral bei den Stadtwerken zu übernehmen. Nach einem Jahr wolle man über die Erfahrungen beraten und endgültige Regelungen treffen.

Chefsache Wasserwirtschaft

Die Abstimmung von Orts- und übergeordneten Planungen und eine gegenseitige Unterstützung in der Zusammenarbeit kann grundsätzlich nur bei gegenseitiger Achtung der Partner untereinander funktionieren. Wenn die Aufgaben der Wasserwirtschaft zur Chefsache erklärt werden, können auch die gesteckten Ziele erreicht werden. Eine gesunde Wasserwirtschaft ist die Grundlage für den Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge. Dieser Auffassung schloss sich Jörg Schuchardt (Geschäftsführer von aquaKomm) an. Er gab einen Überblick über die ersten Ansätze der Zusammenarbeit im Landkreis Freising im zu Ende gehenden Jahr. Dabei wurde hervorgehoben, dass Zusammenarbeit überschaubar bleiben und die gegenseitige Unterstützung keine Abkehr von Besitzstrukturen bedeuten muss. Die beteiligten Gemeinden bleiben Herr über ihre Gewinnungsanlagen und Netze, nutzen aber gemeinsam das vorhandene Fachwissen und Ressourcen.

An die Runde der Anwesenden erging der Vorschlag, sich jeweils selbst ein Bild über den Handlungsbedarf im eigenen Verantwortungsbereich durch Bestandserfassung oder -beurtei-



Wasser: Quell des Lebens.

lung der Versorgungseinrichtungen zu verschaffen. Franz Rauch wies abschließend noch einmal darauf hin, wie wichtig eine gute und vollständige Dokumentation der Anlagen ist und dass in diesen Fragen der WZV-FS-Süd seine Beratung und auch technische Unterstützung anbietet.

Der Kreisvorsitzende, Bürgermeister Klaus Stallmeister, fasste abschließend zusammen, dass diese Informationsveranstaltung

ein gelungener und notwendiger Beitrag war, die vielleicht in der Vergangenheit etwas geschwundene Aufmerksamkeit für die gemeindliche wasserwirtschaftliche Verantwortung zu schärfen. Er appellierte an seine Kolleginnen und Kollegen, die Aufforderung zu mehr Zusammenarbeit als Chance für mehr Wirtschaftlichkeit bei gleichzeitiger Qualitätssicherung zu begreifen.

J. Schuchardt / F. Rauch



Von links: Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl, die stellvertretende Landesvorsitzende der Kneipp-Vereine, Hermine Matzke, Alois Sporer, Gisela Kunze, Landrat Leo Schrell, Monsignore Walter Rau, Prälat Hans Frieß, Bernhard Schulz. Bild: -jdt-

„1. Dillinger Kneipp-Tage“:

Vielseitiges Programm im „Schwäbischen Rom“

Dillingen (jdt). Als „Wiege der Kneipp-Kur“ und auch der weltweit verbreiteten Kneipp-Bewegung präsentierte sich zwei Tage lang das „Schwäbische Rom“ während der „1. Dillinger Kneipp-Tage“. Mit einem vielseitigen Programm unter dem Motto „Topfit und gesund“ wurden weitergehende Aktivitäten zu Ehren des berühmten „Wasserdoktors“ gestartet. Gefeierte wurde in Verbindung mit dem 80. Jubiläum des Kneipp-Vereins Dillingen die Erinnerung daran, dass der von lebensbedrohlicher Schwindsucht befallene Priesterstudent in der Donau bei Dillingen Heilung fand.

Die „Rosskur im Wasser, die er heimlich ab November 1849 absolvierte, war ein „Spiel auf Leben und Tod“, das der zähe Allgäuer wöchentlich zwei- bis dreimal wiederholte. Mit verblüffendem Erfolg kam Kneipp zu neuen Kräften. Sein Geist erfrischte sich. Er konnte den Vorlesungen erneut folgen und fühlte sich, zumal der Appetit wieder kam, „wie neugeboren“.

„Geschenk des Himmels“

Zurückzuführen war Sebastian Kneipps Genesung letztlich darauf, dass er bei einem Besuch in der Münchner Hofbibliothek das Wasserkur-Büchlein des schlesischen Arztes Johann Siegmund Hahn aus Schweidnitz entdeckte. Die überzeugenden Empfehlungen Hahns, „Wasser als Arznei aus Gottes Apotheke zu nutzen“, waren für den Schwerverkranken - den sein Hausarzt in Dillingen innerhalb von zwei Jahren nicht weniger als 200 mal besuchte - nach Kneipps Bekenntnis „ein Geschenk des Himmels“.

Der Kneipp-Forscher Professor Eberhard Schomburg aus Hannover betonte im Blick auf die Wendemarke „Dillingen“ im Leben des bewundernswerten Mannes:

„Ohne Dillingen wäre Sebastian Kneipp nicht der große Wohlthäter der Menschheit geworden.“

„Sohn Dillingens“

Bei der Festveranstaltung zur Eröffnung des Kneipp-Rundweges und der auch durch Vorträge und sonstige Aktivitäten angereicherten Ausstellung stellte Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl fest, dass Dillingen ein besonderer Rang im Rahmen der Kneipp-Bewegung zustehe. Ihr komme auch im Hinblick auf die Gesundheitspolitik und die Gesundheitsvorsorge besondere Bedeutung zu, nicht zuletzt wegen der alarmierenden Kostensteigerungen.

Sebastian Kneipp, mit seinen hervorragenden Weichenstellungen für sein gesundes Leben gerade in der Donaustadt als „Sohn Dillingens“ bezeichnend, werde man, so Weigl, vor Ort für die Ideen des früheren Dillinger Schülers und Studenten mehr als bisher über die Region hinaus wirkende besondere Aktivitäten entfalten. Weigl würdigte besonders das vielfältige Programm des Kneipp-Vereins Dillingen unter Führung der ersten Vorsitzenden Erika Schweizer, zum 80. Ju-

biläum Glückwünsche übermittelnd.

Hingewiesen wurde von Oberbürgermeister Weigl auf die beiden Kneipp-Rundwege durch die Altstadt und die Donauauen, das geplante Kneipp-Gedenken im erweiterten Stadt- und Hochstiftmuseum, die vorgesehene Ausstattung des Taxisparks mit einem herausragenden Wasserretorten, Wohlfühlpfad und die neugestaltete Natur-Kneippanlage an der Stelle, wo Kneipp seine schließlich Aufsehen erregenden Selbstversuche unternahm.

Willkommene Fortschritte

Große Anerkennung sagte Landrat Leo Schrell der Stadt Dillingen und dem örtlichen Kneipp-Verein für die auch aus Sicht der Förderung von Tourismus und Naherholung sehr begrüßenswerten Belebung der „Kneipp'schen Geschichte und Dillingen“. Jetzt werde „richtig durchgestartet“, auch mit der verstärkten Zusammenarbeit von Stadt, Kneipp-Verein und „Schwäbischem Donautal“. Diese Fortschritte seien vor allem sehr willkommen im Rahmen der angestrebten Wohlfühl- und Gesundheitsregion.

Herausgestellt wurde von

Schrell die Unterstützung durch „Donautal-Aktiv“ bei Ideengebung und Projektverwirklichung. Zu den aktuellen Maßnahmen mit rund 50.000 Euro Gesamtkosten seien 18.500 Euro beigesteuert worden. Für die Gesamtwicklung der Region komme dem Eckpfeiler „Kneippstadt Dillingen“ spezieller Rang zu. Weiterhin vollen Erfolg wünschte der Landrat mit dem Hinweis auf das Wort von Thomas von Aquin: „Gesundheit ist weniger ein Zustand als eine Haltung, und sie gedeiht mit der Freude am Leben.“ Stadtpfarrer Monsignore Walter Rau hob hervor, wie wichtig Pfarrer Kneipp die heilbringende Einheit von Leib und Seele war.

Die stellvertretende Landesvorsitzende der Kneipp-Vereine, Hermine Matzke, rief die Bevölkerung zum „Mitmachen im Kneippverein“ auf, zum 80. Jubiläum der Dillinger Vereinigung herzlich gratulierend. Dillingen wurde von Hermine Matzke neben Bad Wörishofen „als zweite Kneippstadt“ eingestuft.

Zu den Höhepunkten der Veranstaltungen gehörte die kirchliche Segnung der neugestalteten Naturkneippanlage in der Nähe der Dillinger Donaustaufe durch Diakon Xaver Käser.



Das Bad von Reichenhall in neuer Dimension

Der wirtschaftliche Aufschwung scheint auch in dem Alpenstädtchen Bad Reichenhall angekommen zu sein, trotz halbierten Übernachtungszahlen und dramatischen Einbrüchen im traditionellen Kurbereich. Ein Motor dieser Entwicklung ist sicher das vor zwei Jahren eröffnete Spa & Fitnessressort Rupertustherme, das mit über 330.000 Besuchern jährlich seine Kapazitätsgrenzen erreicht. Dem 32-Millionen-Projekt soll jetzt noch ein 19 Millionen Euro schweres Sport- und Familienbad angegliedert werden. Damit erhält das Wort Bad vor Reichenhall eine neue Dimension die in Bayern ihresgleichen sucht.

Doch auch der Handel will stärker von dem Aufschwung profitieren und hatte zu seiner Jahresversammlung eingeladen. Dabei bot das Thema „Gemeinsam handeln für Bad Reichenhall“ viel Gesprächsstoff.

Fit für 21. Jahrhundert

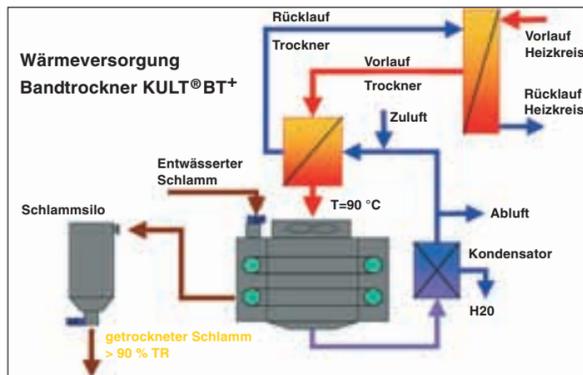
Ein weiteres Signal für die Zukunft der Stadt könnte die Predigtstuhlbahn mit Deutschlands höchstgelegenen Hotel setzen. Mit millionenschweren Investitionen will man die fast 80-jährigen Anlagen und die Infrastruktur fit für das 21. Jahrhundert machen. Ein modernes Hotelressort mit 200 Betten und eigener Kirche soll auf 1600 Höhenmetern entstehen. Professor Hans-Peter Hebensperger-Hüther von der FH Coburg skizzierte den 130 Gewerbetreibenden aus Bad Reichenhall kurz die Ideen und Entwürfe seiner Studenten zum Ausbau des Hotels und ermutigte: „Lassen Sie so viel Ideen und Vorschläge machen wie irgend möglich, auch wenn sie anfangs verrückt erscheinen. Architektur bietet heute die Chance eine interessierte Öffentlichkeit zu erreichen.“

Unkompliziert schätzt Stadtchef, Oberbürgermeister Dr. Herbert Lackner, das wirtschaftliche

Wohlergehen Bad Reichenhalls ein. Anstelle eines mit Spannung erwarteten Neukonzepts für ein besseres Stadtmarketing sprach er von den vielen Leistungsträgern der Stadt. „Ob die großen Firmen wie Südsalz und Reber oder die vielen Vereine und Initiativen. Wir müssen die Kräfte nur zusammenführen, organisieren und bündeln.“ Ein Ansinnen, das auch Kurdirektor Gabriella Squarra vertiefte, indem sie für die Online-Plattform der Kur-GmbH warb.

Behutsam warb der 1. Vorsitzende des Gewerbe- und Handelsvereins, Georg von Cichini, für die Interessen des Einzelhandels. Eine neue Weihnachtsbeleuchtung mit Energiesparlampen soll in Bad Reichenhall für Stimmung sorgen und bei den leerstehenden Geschäftsräumen der Innenstadt wolle man sich wenigstens um eine ansprechende Auslage bemühen, für die Kurdirektorin Gabriella Squarra Poster zur Verfügung stellen möchte.

Ob es mit den zwei großen Leitinvestitionen in Bad Reichenhall voran geht, ist aber noch nicht sicher. Eine Bürgerinitiative formiert sich gegen den Standort des Sport und Freizeitbades und Naturschützer machen gegen die Investitionspläne auf dem Predigtstuhl mobil. **gsp**



Wärmeversorgung Bandrockner.

Klärschlamm-trocknung:

Nutzung von Abwärme aus Biogasanlagen

Biogasanlagen produzieren neben elektrischem Strom auch Wärme. Während der Verkauf des Stroms auf 20 Jahre durch eine feste Vergütung gesichert ist, wird die Wärme nur unzureichend genutzt. Die Nutzung der Abwärme kann jedoch entscheidend zur Wirtschaftlichkeit beitragen. Alleine durch die Vergütung des KWK-Bonus können mehrere tausend Euro pro Jahr erwirtschaftet werden. Der Verkauf der Abwärme sichert weitere Erträge, eine Möglichkeit bietet die Klärschlamm-trocknung.

Dieser fällt in Kläranlagen kontinuierlich an und wird momentan teilweise in der Landwirtschaft verwertet oder entwässert und mit einem Wassergehalt von 70 - 85% entsorgt. Dies führt für Kommunen zu hohen Kosten, da der hohe Wasseranteil voll in die Berechnung der Entsorgung mit einfließt und zudem über weite Strecken transportiert werden muss. Wird der Klärschlamm getrocknet, so entsteht ein hochkalorisches Granulat das mit einem Heizwert von Braunkohle gleichzusetzen ist. Das Volumen reduziert sich auf 1/8

des entwässerten Schlammes.

Wärmeerzeugung aus Biogasanlagen

Die im Biogas enthaltene Energie wird zu ca. 30% in Strom und zu 60% in Abwärme umgesetzt. Einen Teil der Abwärme wird intern verbraucht um den Gärbehälter zu erwärmen, der Rest kann in anderen Prozessen genutzt werden. Die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) garantiert einen Bonus der mit 2 ct/kWh vergütet wird. Die Kraft-Wärme-Kopplung ist die gleichzeitige Umwandlung von eingesetzter Energie in mechanische oder elektrische Energie und Nutzwärme. Sie ist das effizienteste Prinzip zur energetischen Nutzung von Brennstoffen, gleich ob fossil oder erneuerbar. Ihre wesentlich erweiterte Anwendung ist für Klimaschutz und Ressourcenschonung unverzichtbar. In Biogasanlagen werden meist BHKW's zur Verstromung des Biogases eingesetzt. Die hierbei entstehende Wärme kann zur Trocknung von Klärschlamm dienen. Für eine Abwärmemenge von zwei MWh werden ca. 30.000 Euro pro Jahr als KWK-Bonus vergütet, hinzu kommt der Erlös die Wärme für die Klärschlamm-trocknung bereit zu stellen. Ein lukratives Geschäft für Biogasbetreiber.

Klärschlamm-trocknung

Die mechanische Entwässerung von Klärschlamm stellt die günstigste Methode zur Volumenreduzierung dar und war lange Zeit die letzte Behandlungsstufe für Schlamm aus Kläranlagen. Mit dem forcierten Ausstieg einiger Bundesländer aus der landwirtschaftlichen Verwertung und der Novellierung der Klärschlammverordnung durch die EU und die damit verbundenen strengeren Grenzwerte u. a. für Kupfer und Zink wird in Zukunft nur noch die thermische Verwertung als Entsorgungsschiene für Klärschlamm bleiben. Diese setzt für Kommunen voraus, dass dem entwässerten Klärschlamm mehr Wasser entzogen wird, um die Kosten zu minimieren.

Die Klärschlamm-trocknung mittels Bandrockner bietet hier eine optimale energetische Verwertung der Abwärme. Während konventionelle Trommel- oder Scheibentrockner mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, können Bandrockner mit Abwärme aus Biogasanlagen, welche typisch mit 80 bis 90°C anfällt, betrieben werden. Der Energiebedarf, um in einem Klärschlamm-trockner eine Tonne Wasser zu verdampfen, beträgt ca. 800-850

61. Bayerischer Heilbädertag in Bad Aibling:

Prävention - Chance für die Zukunft?

Auf dem 61. Bayerischen Heilbädertag in Bad Aibling stand das geplante Präventionsgesetz im Blickpunkt der Diskussion. Nach den Vorstellungen von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt soll die Gesundheitsvorsorge künftig mit jährlich 350 Millionen Euro aus Mitteln der Sozialversicherungen gefördert werden. Den Löwenanteil an der Finanzierung soll die gesetzliche Krankenversicherung mit 250 Mio. Euro tragen.

Die Bayerischen Heilbäder zeigen sich als innovative, zukunftsorientierte Gesundheitsoasen. Aufgrund dieser medizinisch-therapeutischen Kernkompetenz werden anerkannte Präventionsmaßnahmen im Regelfall mit bis zu 150 Euro jährlich von den Kassen bezuschusst. Ob das Präventionsgesetz überhaupt kommt und wie es konkret aussehen soll, wurde von Podiumsteilnehmern kontrovers diskutiert.

Vorschlag der SPD

Wie die SPD-Bundestagsabgeordnete Jella Teuchner darstellte, sei Prävention eine wichtige Voraussetzung dafür, in einer Gesellschaft des längeren Lebens auch unter veränderten Bedingungen bis in das hohe Alter Innovationsfähigkeit und Produktivität zu erhalten. Jeder müsse dabei für sich selbst sorgen - ergänzend dazu solle das Präventionsgesetz greifen. Nach dem von der SPD momentan vorgelegten Gesetzestext sehe das Bundesgesundheitsministerium einen fondsfinanzierten Ansatz vor.

Die Leistungen sollen Menschen in sog. bestimmten Lebenswelten wie Schulen, Kindergärten oder Altersheimen zugute kommen. Die Sorge der BHV-Delegierten, dass die bayerischen Heilbäder in diesem Ansatz keine Rolle spielen, räumte Teuchner aus. Auch für sie gehören die Leistungen und Kompetenzen der Heilbäder und Kurorte dringend in den Präventionsbereich.

Wohlvollend vernahm der Präsident des Bayerischen Heilbäderverbandes, Klaus Holetschek,

kWh. Fällt z.B. in einer Kläranlage pro Jahr 5000 m³ entwässerten Schlamm an, werden ca. drei Millionen Kilowattstunden Wärme benötigt. Die Wärme wird über Wärmetauscher mittels 80 Grad warmes Wasser für die Trocknung bereitgestellt. Luft wird über die Wärmetauscher geleitet, erwärmt und durch eine auf Bändern liegende Schicht von Klärschlamm geführt. Das im Klärschlamm befindliche Wasser verdunstet dabei und wird mit der Luft fortgeführt. Die mit Wasser beladene Luft wird kondensiert und wieder erwärmt. Die Kreislaufführung sorgt für eine wirtschaftliche Nutzung der Wärmeenergie. Die dabei entstehende Abluft wird behandelt und in die Umgebung abgegeben.

Fazit

KULT® BT+ Bandrockner wurden speziell an die Abwärme, wie sie in Biogasanlagen entstehen angepasst. Die Verwertung der Nutzwärme aus dem KWK-Prozess sichert Betreibern von Biogasanlagen über 20 Jahre eine zusätzliche Einnahmequelle. Die Abwärme wird kontinuierlich genutzt, was der Gesetzgeber voraussetzt um in den Genuss der Vergütung zu kommen. Die Volumenreduzierung durch die Trocknung des Klärschlammes reduziert die Transportkilometer auf 1/5 und trägt damit aktiv zur CO₂ Reduzierung bei. Durch die Erzeugung des Biogases aus nachwachsenden Rohstoffen und die daraus gewonnene Abwärme zur Trocknung des Klärschlammes wird ein CO₂-neutraler Brennstoff zur Energiegewinnung in Kraftwerken erzeugt.

diese Botschaft. Er warb dafür, in einem potenziellen Gesetz die Bäder in Deutschland als eine feste Säule der Prävention zu verankern. Bleibt die Frage der Finanzierung: Da das von der Bundesregierung geplante Präventionsgesetz neben Beiträgen von Rentenversicherung, Unfallversicherung und Pflegeversicherung auch Beiträge von den gesetzlichen Krankenkassen vorsieht, sprach Otto Giseke, Bereichsleiter Zentrale Gesundheitsförderung der AOK Bayern, gar von einem „Präventions-Verhinderungs-Gesetz“. Neue Pflichtabgaben aus den Beiträgen heraus würden positive Leistungen und Bezuschussungen auf Seiten der Kassen behindern. Ein gordischer Knoten, der auch in Bad Aibling nicht gelöst werden konnte.

Unnötiges Gesetz

Christian Bredl, Leiter der Erstkassenverbände in Bayern, hieb in die selbe Kerbe: „Wir brauchen kein Präventionsgesetz. Der Staat will Geld von den Krankenkassen, um es von oben herab auf die verschiedenen Stellen zu verteilen. Dies ist jedoch unnötig, weil die Kassen bereits sehr konstruktiv mit Institutionen wie den Bayerischen Heilbädern im Hinblick auf Prävention zusammenarbeiten.“ Mit einer aufgrund des Präventionsgesetzes bedingten Abgabe wäre dies Bredl zufolge im bisherigen Umfang nicht mehr möglich.

Wie Holetschek hervorhob, erwarten die bayerischen Heilbäder von der Politik, bei den kommenden Weichenstellungen entsprechend berücksichtigt zu werden: „Gerade die bayerischen Heilbäder waren und sind es, die in den letzten Jahren hohe Investitionen vorgenommen haben, um qualitativ sehr hochwertige Präventionsmaßnahmen anbieten zu können - insbesondere im Hinblick auf den dramatischen Einbruch der von Kostenträgern geförderten Kuren aufgrund der veränderten gesetzlichen Voraussetzungen.“

Neuer Meilenstein

Neben den zukunftssträchtigen politischen Themen haben die Bayerischen Heilbäder laut Holetschek mit ihrer in diesem Herbst gestarteten großen Image- und Präventionskampagne bewiesen, dass sie genau den Forderungen aller politischen Lager gerecht werden und den vorbeugenden medizinischen Ansatz für die Bevölkerung mit Leben füllen. „Alleine können wir die vorhandene Motivation in unseren Orten nicht zu den Ergebnissen führen, die wir leisten könnten. Wir brauchen die politische Unterstützung - insbesondere im Rahmen einer Berücksichtigung in einem künftigen Gesetz“, so der Verbandspräsident.

Ein neuer Meilenstein auf dem Weg nach vorne sei der komplett neue Internet-Auftritt www.gesundes-bayern.de, der in Anwesenheit der Schauspielerin Ursula Buschhorn, die die Kampagne „Rein ins gesunde Leben“ unterstützt, in Bad Aibling erstmals vorgestellt wurde. Er bietet unter anderem jedem Gast die Möglichkeit, den passenden Ort mit der richtigen Anwendung für sein persönliches Krankheitsbild zu finden. Der neue Gesundheitsfinder macht's möglich. **DK**



Wir trocknen kontrolliert!

KULT® Bandrockner

Bandrockner ermöglichen das wirtschaftliche Trocknen von Klärschlamm durch den Einsatz von Abwärme. Feuchtegehalt des Trockengutes <10% (>90% TR). Folgende Abwärmequellen können beispielsweise genutzt werden:

- Rücklauf Fern- / Nahwärme
- BHKW Abwärme (≈80°C)
- Heizkraftwerk, industrielle Abwärme

www.huber.de
info@huber.de

HUBER
TECHNOLOGY

Staatssekretärin Dagmar Wöhrl bei der Emter-GmbH in Altenstadt:

Umwelt bleibt unbelastet

„Die Bevölkerung darf stolz darauf sein, dass in Ihrer Region eine solch innovative Anlage errichtet worden ist“, erklärte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Dagmar Wöhrl, bei der offiziellen Inbetriebnahme der neuen Klärschlammverbrennungsanlage der Emter GmbH in Altenstadt im Landkreis Weilheim-Schongau. Landrat Luitpold Braun, Unternehmer Johann Emter und die ganze Belegschaft des Entsorgungs- und Energieparks freuten sich gemeinsam über das Lob der renommierten Bundespolitikerin.

„Damit wird die jahrelange Arbeit unseres Unternehmens im Dienst des Umweltschutzes gewürdigt“, Johann Emter, Geschäftsführer der Emter GmbH, der inzwischen für rund 400 Kommunen die umweltgerechte Klärschlammverbrennung sicherstellt. Das Konzept überzeuge, so die Staatssekretärin, weil aus dem nachhaltigen Entsorgungsprozess zusätzlich Phosphor als Dünger für die Landwirtschaft

zurückgewonnen werde. Frau Wöhrl lobte Emter und seinen unternehmerischen Einsatz. 1985 begann er als „Selfmademan“, 1992 gründete er die heutige GmbH; nunmehr beschäftigt er 51 Mitarbeiter.

Innovative Verfahrenstechnologie

In der neuen Halle verberge sich eine der innovativsten Ver-

fahrenstechnologien zur thermischen Verwertung von Klärschlamm. Bund, Land und Kommunen veranlassten diffizile rechtliche Vorgaben zum Schutz von Mensch und Natur. Diese könnten nur mit Innovationen bewältigt werden - insbesondere im Energie- und Umweltbereich. Zudem müsse Deutschland im globalen Wettbewerb fit sein für die Herausforderungen des technisch-ökologischen Wandels.

Privater Dienstleister

Nach der aktuellen Statistik wurden im Jahr 2006 von dem Klärschlamm aufkommen von über zwei Millionen Tonnen immer noch rund 30 Prozent in der Landwirtschaft eingesetzt. Dank der Emter-Anlage und vergleichbarer Technologien hofft Dagmar Wöhrl dass dieser Zustand bald ein Ende findet. Besonders erfreut zeigte sich die Staatssekretärin darüber, dass in Altenstadt ein privater Dienstleister



Bürgermeister Albert Hadersbeck, Landrat Luitpold Braun, Staatssekretärin Dagmar Wöhrl, MdB und Unternehmer Johann Emter freuten sich über die Inbetriebnahme der neuen Komponenten des Entsorgungsparks in Altenstadt bei Schongau.

die Initiative ergriffen hat und es ihm gelungen ist, diese wichtige Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge zu übernehmen.

Der Argumentation der Staatssekretärin schloss sich Landrat Luitpold Braun gerne an. Der Kommunalpolitiker ist froh darüber, dass er in Emter einen zuverlässigen Partner fand, der die technische Seite des Entsorgungsproblems so zuverlässig und preisgünstig übernommen hat. Braun lobte die gute Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Unternehmen und versicherte: „Sie können sich darauf verlassen, wenn Sie uns brauchen, kommen wir und helfen, wo immer wir können.“

Bürgermeister Albert Hadersbeck lobte die innovative Firma, die eine beispielgebende Entwicklung in der Region genommen habe. Es seien vor allem die mittelständischen Betriebe, die die Wirtschaftskraft einer Kommune sicherstellen. Zudem freute er sich über den sorgsamen Umgang der Firma mit ihren Nachbarn und der Umwelt.

Sichere Entsorgung

Begonnen hatte alles mit ersten Überlegungen zur Erweiterung der Firma im Jahre 2005. Baubeginn der neuen Halle war 2006, die Montage der technischen Komponenten begann Anfang 2007. Nach nur rund neun Monaten Bauzeit steht die Emter GmbH jetzt am Anfang eines erfolgversprechenden Weges. „Unser Ziel ist es, den Kommunen eine sichere Entsorgung ih-

res Klärschlamm anzubieten“, betonte der Unternehmer. Die Emter GmbH habe mit fachkundigen Partnern ein zukunftsweisendes Konzept für die regionale und umweltfreundliche Entsorgung von Klärschlämmen entwickelt und hochmoderne thermische Verwertungskapazitäten geschaffen.

„Mit dieser neuen Anlage können wir kostengünstig ca. 120.000 Tonnen Klärschlamm pro Jahr entsorgen“, so Emter. Zwei Verbrennungsstränge garantieren hohe betriebliche Verfügbarkeit. Die Trocknung des Klärschlammes erfolgt durch eine vorgeschaltete Trocknungsanlage. Die Abgase werden in zwei

wirkungsvollen Stufen gereinigt und verbrannt. Ein eigenes Klärwerk stellt sicher, dass nur unbelastetes Abwasser in die Kanalisation gelangt. Emter: „Damit bleibt die Umwelt unbelastet!“

Transportabwicklung

Zum Entsorgungskonzept aus einer Hand gehört auch die komplette Transportabwicklung. Emter gewährleistet Entsorgungssicherheit durch umweltfreundliche und energieeffiziente Neutralisierung des Wertstoffes. Kostenmindernd wirkt sich auch aus, dass dem Verbrennungsprozess keine fossilen Brennstoffe zugeführt werden müssen.

Der technische Ablauf

Der ankommende Klärschlamm wird nach HU-Wert (Brennwert) untersucht und im Vorratslager abgekippt. Je nach Brennwert wird er mit dem Kran (computergesteuert) in vier verschiedene Felder abgeworfen, damit ein optimales Mischungsverhältnis erreicht wird.

Anschließend wird der Klärschlamm getrocknet, bis er den Heizwert hochwertiger Braunkohle entspricht. Dann gelangt das getrocknete Material direkt zu den beiden Feuerboxen und wird thermisch verwertet. Die Abwärme wird im Kreislaufsystem weiter genutzt.

Selbstverständlich sind auch modernste Rauchgasreinigung, Abluftbehandlung und Wasserschutzvorrichtungen im System integriert. Was übrig bleibt, sind zwischen 5 und 10 Prozent unbedenkliche Restasche, die entweder in Zementwerken als Füllstoff verwertet, oder deponiert werden können.

In einem weiteren Schritt soll zukünftig Phosphor aus der Asche wiedergewonnen werden.

Emter: „Ich bin überzeugt, dass unsere Klärschlamm-Verbrennungsanlage in der Entsorgungswirtschaft als Vorbild von sich reden machen wird. Nicht nur im Pfaffenwinkel, im Werdenfelser Land und im Allgäu, sondern darüber hinaus.“

www.der-flexible-Raum.de

Container · Raummodule · Hallensysteme

Innovative Komponenten der Anlage

Von der Trocknung bis zur Abluft - Zukünftig wird Phosphor produziert

Die neue Trocknungsanlage der Emter GmbH ist in Modulbauweise konzipiert und arbeitet nach dem Prinzip der Kontakttrocknung. Der maschinell entwässerte Klärschlamm wird mittels beheizter Schnecken durch ebenfalls beheizte Tröge transportiert. Das Wärmemedium ist ein ca. 300 °C heißes Thermalöl.

Das Trockenmodul besteht aus Schneckenröhrchen, welche auf einem Grundrahmen in vier Ebenen kaskadenförmig angeordnet sind. Die Abluft wird mit den Brüden* zusammen aus dem Trockner abgesaugt und mittels eines Wäschers abgekühlt. Dabei werden die Brüden kondensiert und der Kläranlage zugeführt. Die im Abluftwäscher vorgereinigte Luft wird als Sekundärbrennluft im geschlossenen System genutzt, wodurch erst gar keine Geruchsbelastung entsteht.

Vom Reststoff zur wertvollen Energie

Die thermische Klärschlammverbrennungsanlage der Emter GmbH kombiniert die Kostenvorteile der Vorschubrostfeuerung mit den technischen Vorteilen der Wirbelschichtfeuerung. Kennzeichen des Verfahrens ist die Schleuderradbeschickung mit nachfolgender Rostverbrennung. Um eine hohe Anlagenverfügbarkeit von mehr als 8.000 Stunden pro Jahr (h/a) zu gewährleisten, wird der Brennstoff entsprechend vorzerkleinert und wird mittels eines Schleuderrades über das Glutbett eingeworfen. Durch die unterschiedlichen Größen und die Turbulenz im Brennraum kommt es zu einer sehr gleichmäßigen Verteilung des Materials. Ausgasung und Verschmelzung des Brennstoffes sorgen für ein gleichmäßig brennendes Glutbett. Es sind also keine kalten Zonen vorhanden, in denen der Brennstoff extra aufgeheizt werden müsste, bevor er zündet. Die patentierte OXY-Sonde ermöglicht erstmals eine nahezu CO-freie Verbrennung. Stickstoff (NOX) und Schlackenbildung werden durch ein relativ kühles Glutbett vermieden.

Hochflexible Abwassertechnik

Durch die Abwassertechnik wird das Prozesswasser aus der Klärschlammverbrennung einschließlich der gelösten Anteile behandelt. Besonderes Merkmal ist die Kombination einer herkömmlichen, durchflossenen Hochlastbiologie zur Spitzenab-

* Brüden ist mit Wasserdampf gesättigte Luft, die beim Trocknen von Feststoffen entsteht.

deckung als erste biologische Stufe mit den beiden nachfolgenden wechselweise betriebenen SBR-Reaktoren. Mit diesen wird der finale Abbau der hauptsächlich Abwasserinhaltsstoffe unter strömungsfreien Bedingungen erreicht. Mit der Reinsauerstoffbelegung werden die im Abwasser enthaltenen Stoffe gezielt abgebaut; sie sind geruchsfrei.

Hohe Anforderungen

Das bedeutet im Klartext, dass der chemische Sauerstoffbedarf (CSB) kleiner als 800 mg/l, der biologische Sauerstoffbedarf (BSB5) geringer als 400 mg/l, der Ammoniumstickstoff (NH4-N) weniger als 40 mg/l, der Gesamtstickstoff (Nges) unter 40 mg/l und der Gesamtstickstoff (Pges) geringer als 10 mg/l sein wird. Um diese hohen Anforderungen an die Reinigungsleistung des Abwassers ständig zu dokumentieren, ist die Kläranlage mit zahlreichen messtechnischen Sensoren ausgestattet, so dass die Ablaufkonzentrationen ständig nachprüfbar dokumentiert werden.

Effiziente Rauchgasreinigung

Die Rauchgasreinigungsanlage besteht aus einer Kombination hocheffizienter Abscheidemechanismen. Ein in die Anlage integrierter Sprühtrockner sorgt für die Verdampfung der im Prozess anfallenden Abwässer. Damit ist auch der abwasserfreie Betrieb der Anlage gewährleistet. Die aus der Verdampfung kommenden Rauchgase werden über einen Gewebefilter geleitet. Dabei werden Feinstäube abgeschieden, sowie Dioxine, Furane und Schwermetalle mittels Eindosierung eines Gemisches aus Kalkhydrat und Aktivkohle in den Rauchgasstrom sicher ausgesondert.

Das im Filter behandelte Gas wird über einen Wärmetauscher geführt und abgekühlt. Als Kühlmedium steht kaltes Reingas aus der Anlage zur Verfügung. Dieses wird im Gegenzug auf ca. 110 °C erwärmt. Eine sichtbare Wasserdampffahne gibt es am Kamin also nicht.

Nach dem Filter werden die Rauchgase einer zweistufigen Wäscheranlage zugeführt. In der ersten Stufe werden die sauren

Schadstoffe wie Chlor- und Fluorwasserstoff gelöst. In der zweiten Waschstufe erfolgt die Abscheidung von u.a. Schwefeldioxid deutlich unter die erforderlichen Grenzwerte.

Phosphor-Rückgewinnung

Die anfallende Asche soll zur Gewinnung von Phosphor genutzt werden. Trockener Klärschlamm enthält zum überwiegenden Teil Nährstoffe, insbesondere das lebensnotwendige und für den Nahrungskreislauf unersetzliche Element Phosphor. Dieser Nährstoff ist begrenzt. Experten sagen das absehbare Ende der mit geringem Aufwand abbaubaren Vorkommen voraus.

Mit einem thermo-chemischen Verfahren sollen Schwermetalle fast vollständig aus den Aschen eliminiert und der Phosphor als Nährstoff pflanzenverfügbar gemacht werden. Die Asche wird mit Additiven vermischt und in einem Drehrohrofen bei rund 1.000 °C behandelt. Der so produzierte Phosphat-Dünger erfüllt alle gesetzlichen Voraussetzungen und versorgt Böden und Pflanzen nachhaltig mit Phosphor und Spurenelementen.

Der sichere Weg zur Doppik führt über die DATEV.

Unsere Einstellung zur Umstellung lässt sich so beschreiben: partnerschaftliche, sichere Wegbegleitung mit kommunalem Know-how und mit unseren bewährten Doppik-Programmen. Gemeinsam mit ihrem steuerlichen Berater bieten wir Städten und Gemeinden ein maßgeschneidertes Paket aus Dienstleistung, Fachwissen und flexibler Software, auf Wunsch mit einem leistungsstarken Rechenzentrum. Das ermöglicht ausgefeilte Detaillösungen für die speziellen Anforderungen Ihrer Kommune oder des Eigenbetriebs. Und genau das schätzen Kämmerer. Denn im scheinbar Kleinen liegen die größten Herausforderungen bei der Doppik-Umstellung. Sie sehen, der Weg zur Doppik lässt sich gemeinsam meistern. Es kommt nur auf die richtige Umstellung an.

Wir denken schon mal vor.



DATEV

www.datev.de/kommunal, Telefon 0800 0114348

Zukunft gestalten. Gemeinsam.

Fünfte Novelle der Verpackungsverordnung:

Chancengleichheit und fairer Wettbewerb

bvse fordert Bundesrat zu Verbesserungen auf

„Wir sind nicht zufrieden damit, dass die Ergebnisse der Anhörung zur Verpackungsverordnung keinen Eingang in die vom Bundestag beschlossene 5. Novelle gefunden hat,“ erklärte der Präsident des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V., Burkhard Landers, und machte deutlich, dass nach Ansicht der mittelständischen Recycling- und Entsorgungsbranche die Novelle „so nicht zustimmungsfähig“ sei.

Landers kritisierte, dass vor allem die Forderung des bvse nach einer neutralen Ausschreibungsstelle nicht aufgegriffen worden sei. Die Novelle müsse ausschließen, dass große Konzerne, die über eigene Duale Systeme verfügen, entweder gänzlich ohne Wettbewerb die Dienstleistungen erbringen oder über die Ausschreibungsunterlagen Einblicke in die wirtschaftlichen Strukturen und Preiskalkulationen ihrer mittelständischen Wettbewerber erhielten. „Wir brauchen klare und konkrete Kriterien, die Marktverwerfungen auf Grund der zunehmenden vertikalen Integration der Systembetreiber verhindern und eine Auftragsvergabe im Wettbewerb sicherstellen.“

In die gleiche Richtung - Wettbewerb und Transparenz - zielt die bvse-Forderung, in der vorgesehenen „Gemeinsamen Stelle“ der mittelständischen Recycling- und Entsorgungswirtschaft Sitz und Stimme zu geben. Bisher sitzen in der „Gemeinsamen Stelle“ alle Großkonzerne an einem Tisch und der Mittelstand bleibt außen vor. „Das kann und darf so nicht bleiben“, forderte der bvse-Präsident, der sich von den weiteren Beratungen erhofft, dass der Bundesrat die vorliegende Novelle nicht einfach „durchwinkt“, sondern eine gründliche und im Ergebnis tragfähige Lösung erarbeitet.

Trittbrettfahrerei

Die Novelle will zwar die Trittbrettfahrerei ausmerzen, aber nach Ansicht des bvse liegen Anspruch und Wirklichkeit „zu weit auseinander“. Um systeminterne Falschdeklarierungen von Verpackungen ausmachen zu können, muss nach Ansicht des bvse, die Zahl der absolut in Verkehr gebrachten Verkauf-, Transport- und Umverpackungen bekannt sein. Nach dem Wortlaut der 5. Novelle soll sich die Vollständigkeitserklärung jedoch nur auf Verkaufsverpackungen beziehen. Das sei zu wenig, erklärte Burkhard Landers, denn diese Beschränkung entwertet die Vollständigkeitserklärung: „Nur wenn eine verlässliche Beurteilungsbasis (100%-Menge) verfügbar ist, kann die Trittbrettfahrerei wirksam unterbunden werden“.

Um hier für den Vollzug Erleichterungen zu schaffen, sollten nach Ansicht des bvse die Vollständigkeitserklärungen zudem nicht nur die für die Überwachung der abfallwirtschaftlichen Vorschriften zuständigen Behörden einsehbar sein, sondern bei den örtlich zuständigen Industrie- und Handelskammern hinterlegten Erklärungen sollten auch für andere Interessierte allgemein und unproblematisch zugänglich sein. So könne eine wirksame Selbstkontrolle der Wirtschaft gewährleistet werden, erläuterte Landers die bvse-Vorschläge.

Falsch deklarierte Abfälle:

Italienische Shredderwirtschaft lahmgelegt

Nach Informationen des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. haben fast alle italienischen Shredder derzeit ihre Produktion eingestellt.

Im Oktober beschlagnahmten die Behörden zwei Shredder in Norditalien, weil sie die Betreiber verdächtigen, die anfallenden Rückstände mit falschen Abfallschlüsselnummern versehen und abgelagert zu haben. Der Geschäftsführer des von den Shredderbetreibern beauftragten Analysebüros geriet ebenfalls unter Verdacht.

Außerdem wurde bekannt, dass falsch klassifizierte Shredderrückstände von Neapel auf Deponien nach Norditalien gelangte. Behördlich eingeleitete Untersuchungen haben auch hier zu Stillständen bei Shreddern geführt. Aus Handlungskreisen verlautete, dass die Branche sehr vorsichtig geworden sei und abwartete, wie sich die Dinge entwickeln, zumal im Moment für Rückstände keine Absatzmöglichkeiten bestünden. In Italien werden pro Monat rund 100.000 Tonnen Shredderschrott erzeugt.

BDI-Klima-Studie:

Stoffliche Abfallverwertung ist aktiver Klimaschutz

Der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. begrüßt nach den Worten von bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock die Studie des BDI „Kosten und Potentiale der Vermeidung von Treibhausgasemissionen in Deutschland“. Zu Recht werde in der Studie betont, dass in der Entsorgungswirtschaft aufgrund der Umsetzung der TASI Technische Anleitung Siedlungsabfall, ein signifikanter Rückgang von 15 Mt CO₂-Äquivalente (Basisjahr) auf 3 Mt CO₂-Äquivalente (2020/2030) erzielt werden könne.

Rehbock: „Dieser Effekt aus dem erwarteten Rückgang der deponiebedingten Emissionen wird aber nur erreicht, wenn die Abfälle stofflich verwertet werden. Damit ist die stoffliche Verwertung von Abfällen der entscheidende Faktor zur Reduzierung von Treibhausgasen.“ Wenn die Abfälle verbrannt werden, werde dabei letztendlich doch wieder klimaschädliches CO₂ freigesetzt. Eine thermische Verwertung sei daher erst sinnvoll, wenn qualitativ hochwertige Ersatzbrennstoffe in modernen Anlagen eine hohe Energieeffizienz sicherstellten. Nur dann könne ehrlicherweise von einer Substitution von fossilen Energieträgern gesprochen werden.

„Die stoffliche Verwertung ist der Schlüssel zum Erfolg,“ erklärte Eric Rehbock, der betonte, dass dabei die getrennte Erfassung der Abfälle, gerade unter Qualitätsgesichtspunkten, eine ganz entscheidende Rolle spiele. Nur so könnten die Klimazielwerte für den Bereich der Entsorgungswirtschaft erreicht und zukünftig sogar übertroffen werden.

Umweltstaatssekretär Marcel Huber:

Papier-Resteverwertung spart Ressourcen

Bis zu 90% weniger Entsorgungskosten

Bis zu 90 Prozent Kosteneinsparung lassen sich durch eine optimierte Verwertung von Reststoffen der Papierherstellung erzielen. Zu diesem Ergebnis kam eine Ökoeffizienzanalyse, die Umweltstaatssekretär Marcel Huber in Schonung vorstellte.

Huber: „Bei der Papierherstellung fallen Rinde und Holzreste an, bei der Altpapieraufbereitung Sortierrückstände, bei der thermischen Verwertung Aschen - in Bayern jährlich rund 1,4 Millionen Tonnen. Die Abfälle verwendet die bayerische Papierindustrie nahezu vollständig, beispielsweise als umweltverträglichen Ersatzbrennstoff in der Zementindustrie oder als Zuschlagstoff für Ziegel. Das schont Ressourcen und ist zudem wirtschaftlich.“

Optimierung

Dennoch, so der Staatssekretär, zeigte die Analyse erhebliche Optimierungsmöglichkeiten auf. Wenn sich die Unternehmen vernetzen, die anfallenden Reste unternehmensübergreifend bündeln und an wenigen Standorten in großen Anlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung verwerten würden statt wie bisher in vielen Kleinanlagen, könnten zweistellige Millionenbeträge jährlich weiter eingespart werden. Huber: „Ökologisch effiziente Betriebe

schonen nicht nur Ressourcen und damit die Umwelt, sondern auch ihren Geldbeutel.“

Ökoeffizienzanalyse

Die Ökoeffizienzanalyse ist erster Teil eines Projektes im Rahmen des Umweltpaktes Bayern, das der Freistaat gemeinsam mit dem Verband der Bayerischen Papierfabriken durchführt und fördert. Huber zufolge soll die gesamte Papierkette vom Baum bis zur Resteentsorgung unter die Umweltlupe genommen und nachhaltig weiter entwickelt werden. Dieser umfassende Ansatz, als integrierte Produktpolitik (IPP) bezeichnet, liefert messbare, harte Planungsgrundlagen für die Wirtschaft. Huber: „Gerade die Symbiose aus Ökologie und Ökonomie ist ein Erfolgsmodell, das beim Manager und Umweltschützer gleichermaßen auf offene Ohren stößt.“ Der Bericht über das vom bifa Umweltinstitut geleitete Projekt ist unter <http://www.bifa.de/>, eine Zusammenfassung der Ergebnisse in Kürze unter <http://www.ipp-bayern.de/> erhältlich. Weitere Informationen: <http://www.umweltpakt.bayern.de/>.

Kunststoffrecycling schlägt Müllverbrennung

Recycling mit deutlichen Kostenvorteilen

Die Qualität des Recyclings von Kunststoffverpackungen mit dem Grünen Punkt ist in den letzten Jahren massiv gestiegen, während die Kosten dafür drastisch gesunken sind: Sie liegen heute bei durchschnittlich 100 Euro pro Tonne. Müllverbrennung und thermische Verwertung sind dagegen erheblich teurer. So kostete die Beseitigung einer Tonne Müll in der Müllverbrennungsanlage (MVA) Ende 2006 je nach Bundesland bis zu 217,50 Euro. Experten der Berliner Prognos AG errechneten einen Durchschnittspreis von 174 Euro je Tonne Abfall.

„Unter diesen Umständen Kapazitäten in Zukunft nicht mehr auslasten. So erwartet das Forschungsinstitut Prognos mittelfristig erhebliche Überkapazitäten in MVA und Kraftwerken, die Abfälle verbrennen. „Diese Löcher sollen nun mit Verpackungen gestopft werden“, so Schreiter. „Das ist unwirtschaftlich und umweltschädlich äußerst fragwürdig.“

Als Hintergrund dieser Diskussion sieht Schreiter die Sorge, die teuren MVA könnten ihre

Neuausrichtung der DSD abgeschlossen

Handel und Industrie geben DSD-Mandate ab

Der Verwaltungsrat der Duales System Deutschland GmbH (DSD) wird nach dem erfolgreichen Abschluss der Restrukturierungsmaßnahmen aufgelöst. Die aus Handel und Industrie kommenden Mitglieder des Gremiums unter Vorsitz von Professor Dr. h. c. mult. Erich Greipl haben ihre Mandate niedergelegt. „Die DSD hat sich unter unserer fachlichen Begleitung von einer ehemaligen Selbstverwaltungseinrichtung der Wirtschaft zu einem im freien Markt stehenden Unternehmen gewandelt“, bilanziert Professor Greipl. „So hatten wir es 2004 mit dem Bundeskartellamt vereinbart. DSD ist heute gut ausgestattet, um sich im Wettbewerb als Markt- und Kompetenzführer bei der Verpackungsentsorgung zu behaupten.“

Durch konsequentes Kostenmanagement, intelligente Leistungsvergabe und technische Innovationen hat DSD den Preis der Verpackungsentsorgung innerhalb von drei Jahren bereits um ein Fünftel gesenkt. Mit der 5. Novelle der Verpackungsverordnung wird sich die haushaltsnahe Wertstoffsammlung, die durch Trittbrettfahrer in ihrem Bestand gefährdet ist, wieder stabilisieren. Es wird zu einem fairen Leistungswettbewerb kommen.

Fundament für Recycling-Dienstleister

Johannes Huth, verantwortlich für das Europa-Geschäft von DSD-Eigentümer Kohlberg Kravis Roberts (KKR), dankte den scheidenden Verwaltungsratsmitgliedern dafür, dass sie in einer schwierigen Übergangszeit ihren Sachverstand eingebracht und somit maßgeblich dazu beigetragen haben, das Fundament für einen Recycling-Dienstleister von europäischem Format zu legen. Neben Professor Greipl, Mitglied der Geschäftsleitung der Metro Vermögensverwaltung GmbH &

Co., haben Jürgen Seidler, früheres Mitglied des Direktoriums der Henkel KGaA, Diether Buchmann, Berater und ehemaliges Vorstandsmitglied der DSD, Todd Fisher und Johannes P. Huth von KKR, Rolf Richter, früherer Managing Director der Basell Polyolefine GmbH, Gustav Stabernack, Geschäftsführer der Fulda Holding Stabernack jun. Partner GmbH, Stephan Tomat, ehemaliger Vorstandssprecher der Nordmilch eG, und Peter Zühlsdorff, geschäftsführender Gesellschafter der Deutsche Industrie Holding GmbH, ihre Mandate niedergelegt.

Neuer Beirat

Die Aufgaben des Verwaltungsrates übernimmt zukünftig ein Beirat unter Vorsitz von Reinhard Gorenflous, Partner von KKR. Der 46 Jahre alte Volkswirt ist unter anderem Vorsitzender des Aufsichtsrates der börsennotierten Demag Cranes AG und Aufsichtsratsmitglied der A.T.U. Auto-Teile Unger Holding GmbH, FL Selenia SpA, Pages Jaunes SA und der Blue Waste BV.

Neues Leitbild in Karlsruhe beschlossen

bvse positioniert sich als starker Branchendachverband

Karlsruhe. Der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung hat in Karlsruhe im Rahmen seiner Jahrestagung ein Leitbild und ein weiterentwickeltes Corporate Design beschlossen. Damit will sich der Verband nach den Worten von bvse-Präsident Burkhard Landers „nicht neu erfinden“, sondern für Mitglieder, aber auch für andere Verbände, für die Politik und für die Öffentlichkeit deutlich machen, „wo die bvse-Wurzeln liegen, was wir sind, wofür wir stehen und welche Ziele wir verfolgen“.

Der bvse ist der Bundesverband in der Recycling- und Entsorgungswirtschaft, der unabhängig von Interessenlagen einzelner Konzerne wirksamen Einfluss auf die Entscheidungsprozesse in umwelt- und abfallrechtlichen Belangen auf europäischer wie auch auf Bundes- und Landesebene nimmt. „Mittelständische Unternehmen haben sich immer dann gut

behaupten können, wenn sie ihre Stärken einsetzen konnten und die politischen Rahmenbedingungen einen fairen Wettbewerb ermöglichten.“ erklärte Landers auf der Verbandskonferenz. „Deshalb wenden wir uns gegen Monopol- und Oligopol-tendenzen, aber auch gegen die zunehmend spürbaren Rekon-munalisierungsbestrebungen.“

Offene Verbandsstrukturen

Als große Stärke des bvse bezeichnete Landers die offenen Verbandsstrukturen. Dies spiegelte sich in den verschiedenen Fachvereinigungen und Gremien des bvse wider und versetzte den Verband in die Lage, gemeinsame Interessen mit großer Durchschlagskraft zu vertreten.

Inhaltliche Autonomie

Genauso wichtig sei es dem bvse jedoch, dass die inhaltliche Autonomie der verschiedenen Fachvereinigungen und -verbände gewahrt bleibe. Landers: „Damit stellen wir sicher, dass der bvse als starker und erfolgreicher Branchendachverband über alle Rohstoff- und Abfallströme sowie Dienstleistungsbereiche der Recycling- und Entsorgungswirtschaft hinweg auftreten kann.“

Soeben in zweiter Auflage erschienen!

Kostenfrei zu bestellen unter www.hss.de/publikationen.shtml
Fax 0 89/12 58-363

Seminare der Hanns-Seidel-Stiftung zur Kommunalpolitik finden Sie unter www.hss.de/seminare.shtml

Hanns Seidel Stiftung

Die Jahresschrift

POLITISCHE STUDIEN

Themenheft 2/2007

Zukunftsorientierte Kommunalpolitik

Kommunale Selbstverwaltung

Mit Beiträgen von: Siegfried Balkus, Holger Bloch, Udo Brand, Roland Gumpert, Rainer Grottel, Gregor Heine, Hans-Jürgen, Joachim Herrmann, Jürgen Ick, Stefan Jochims, Jochen Kopp, Rainer Kopp, Michael Meißner, Martin Müller, Josef Schmid, Peter Stein, Hans-Jürgen

Hanns Seidel Stiftung

Mercedes-Benz Center München:

Adventskalender 2007 - „Träume und Visionen“

Hinter den diesjährigen Fenstern verbergen sich 24 einzigartige Forschungs- und Entwicklungsfahrzeuge

Wie jedes Jahr seit der Eröffnung des Mercedes-Benz Centers München wird die Ansicht des Schaufensters hin zur Donnersberger Brücke zum größten Adventskalender Münchens umgestaltet. Dieser Weihnachtssgruß an alle Münchnerinnen und Münchner hat sich mit den Jahren bis über die Grenzen Bayerns hinaus herum gesprochen. „Dieses Jahr ist es uns gelungen, 24 Prototypen und Showcars aus Design, Forschung und Entwicklung nach München zu holen“, so Ulrich Kowalewski, Direktor von Mercedes-Benz München. „Diese sind erstmalig in dieser Konstellation und Anzahl an einem Ort zu sehen.“

Dieser Meinung schließt sich auch Peter Lehmann, Leiter Engineering & Realisierung Gesamtfahrzeug im Bereich Konzernforschung und Vorentwick-

lung in Stuttgart, an: „Das gab es noch nie - alle Forschungsfahrzeuge und Showcars auf „einer Ausstellung“ und als Highlight der Star der diesjährigen IAA in

Frankfurt - der F700.“ Seit 1. Dezember öffnet sich wieder jeden Tag ein Fenster im 145 Meter langen, mehrgeschossigen „Schaufenster“ im Mercedes-Benz Center an der Donnersberger Brücke. Mit 24 original Forschungs- und Entwicklungsfahrzeugen sind die Stars der internationalen Autoshow exklusiv nach München gekommen.

Kraft und Eleganz

International wird es auch für die Gewinner des diesjährigen Gewinnspiels. Bei regelmäßiger Beobachtung der tagesaktuellen Fenster wartet auf die drei Gewinner des wöchentlichen Buchstabenrätsels der Gewinn einer Reise zum Autosalon 2008 nach Peking. Im ersten Fenster wird ein C111 zu sehen sein - die futuristische Studie, die Mercedes-Benz im September 1969 auf der IAA in Frankfurt erstmals zeigte.

Der kompakte Keil in leuchtendem Orange, intern „Weißherbst“ genannt, verspricht Kraft, Eleganz und Schnelligkeit. Begeisterte Besucher und Liebhaber sahen in ihm bereits einen würdigen Nachfolger des berühmten 300 SL Flügelkäfers. Doch eine Serienfertigung des neuen „Gullwing“ war nicht geplant, Verkaufsräume wird der C 111 nicht sehen. Denn mag das Coupé auch wie eine konsequente Weiterentwicklung der „Sport Leicht“-Modelle der 1950er Jahre wirken - die Studie ist kein Konzept für einen neuen SL, sondern ein Experimentalfahrzeug. So schöne Labormaschinen wie dieser Mercedes-Benz, mit dem unter anderem der Einsatz von Karosserien aus glasfaserverstärktem Kunststoff erprobt wurde, sind allerdings selten.

Fahrkultur neu definiert

Stellvertretend für viele weitere faszinierende Forschungsfahrzeuge des diesjährigen Adventskalenders seien an dieser Stelle noch zwei absolute Highlights aus den Neuvorstellungen des aktuellen Jahres genannt: Mit dem aktuellsten Forschungsfahrzeug, dem so genannten F700 - zu sehen auf der diesjährigen IAA in Frankfurt - definiert Mercedes-Benz souveräne Fahrkul-

tur neu: Dieses Konzept einer künftigen luxuriösen Reiselimousine zeigt, wie sich überragender Fahrkomfort mit hoher Umweltfreundlichkeit und gute Fahrleistungen mit ungewöhnlich niedrigem Verbrauch verbinden lassen. So ermöglicht der 5,17 Meter lange F 700 durch sein innovatives und sehr großzügiges Interieurkonzept eine ganz neue und höchst komfortable Form des Reisens. Als weltweit erstes Auto kann der F 700 den Straßenzustand vorausschauend erkennen und Unebenheiten mit seinem aktiven PRE-SCAN-Fahrwerk nivellieren. Der im F 700 vorgestellte zukunftsweisende DIESOTTO-Antrieb, ein Vierzylinder mit nur 1,8 Litern Hubraum, verbindet die Stärken des emissionsarmen Ottomotors und den Verbrauchervorteil des Dieselantriebs.

Concept Ocean Drive

Auf der diesjährigen Motorshow in Detroit wurde das komfortabelste und eleganteste Cabriolet unserer Zeit vorgestellt - Concept Ocean Drive. Mit diesem Design-Showcar belebt Mercedes-Benz die Tradition der großen Luxus-Cabriolets in einem speziell gefertigten Einzelstück wieder neu. Ohne die Zwänge von Lastenheft oder Produktionsvorgaben entwarfen die Designer das komfortabelste und eleganteste Cabriolet der Welt. Concept Ocean Drive ist ein faszinierendes Juwel. Als viertüriges Cabriolet gehört die Design-Studie einer Gattung von luxuriösen Automobilen an, die fast von unseren Straßen verschwunden ist. Wie die Luxus-Cabriolets vergangener Tage vereint das Schaustück aus Stuttgart Eleganz, Lebensart und Exklusivität auf höchstem Niveau - mit anderen Worten: Automobilkultur in ihrer schönsten und begehrtesten Form. Alle tagesaktuellen Motive der Fenster und die Hintergründe zu den Fahrzeugen können unter www.muenchen.mercedes-benz.de abgerufen werden.

Sonderführung am 19. 1.

Als zusätzliches Weihnachtsgeschenk sind am 19. Januar 2008 alle Münchnerinnen und Münchner beim „Tag des offenen Schaufensters“ zu Sonderführungen durch den Adventskalender eingeladen und haben somit die einmalige Möglichkeit, die Unikate hautnah zu erleben.

Eine Beleuchtung in Form eines Weihnachtsbaumes wird zudem den 65 Meter hohen Turm an der Landshuter Allee schmücken und sich über eine Höhe von 40 Metern erstrecken.



Der Adventskalender lässt „automobile“ Träume wahr werden.

Bandablauf des ersten Mercedes-Benz Unimog U 20

Geräteträger vor allem für kommunale Bauhöfe sowie Garten- und Landschaftsbaubetriebe

Das erste Fahrzeug der neuen kompakten Unimog-Baureihe U 20 ist im Oktober im Mercedes-Benz Werk Wörth vom Band gelaufen. Mit der neuen Baureihe, die das bestehende Unimog-Produktangebot nach unten hin ergänzt, verfügt Mercedes-Benz nunmehr über das ideale Trägerfahrzeug für kleine, mittlere Kommunen sowie Garten- und Landschaftsbaubetriebe, so unter anderem als effiziente Arbeitseinheit für den bevorstehenden Winterdienst.

Martin Daum, Leiter des Werks Wörth, hob in seinen Dankesworten die Kollektivleistung des zuständigen Projektteams hervor: „In nicht einmal zwei Jahren wurde ein neues Produkt auf die Beine gestellt. Insbesondere die Zusammenarbeit mit den Kollegen in unserem brasilianischen Werk Sao Bernardo do Campo, woher wir die Kabine beziehen, war und ist vorbildlich.“

Der neue kompakte Geräteträger wird mit zulässigen Gesamtgewichten von 7,5 t und 8,5 t angeboten und bietet die bewährte Technik des Unimog, jedoch bei einem niedrigeren Fahrzeuggewicht und ausgeprägter Wendigkeit - zu einem günstigen Preis. So nutzt der Unimog U 20 Fahrgestell und Antriebstechnik des klassischen Unimog, jedoch mit einem auf 2700 mm verkürzten Radstand. Den Antrieb übernimmt der Vierzylinder-Turbodiesel Mercedes-Benz OM 904 LA mit einer Leistung von 110 kW (150 PS) aus 4,25 l Hubraum.

Die „Blue-Tec“-Maschine entspricht der EU-Abgasrichtlinie Euro-4. Die Kraftübertragung erfolgt mittels Achtgang-Schaltgetriebe UG 100/8, das um acht Arbeitsgänge erweitert werden kann. Im Unterschied zum U 300 verfügt der neue Unimog U 20 über ein Frontlenker-Ganzstahl-Fahrerhaus, das durch weit geöffnete Türen gut zugänglich ist und Raum für drei Personen bietet.

Folgende technische Eckdaten weist der neue Unimog U 20 auf: Der Wendekreis beträgt 12,8 m, die Höhe nur rund 2700 mm.

Das Leergewicht beläuft sich auf rund 5,1 t einschließlich einer 2,20 m langen Kipp-Pritsche. Bei einem maximal zulässigen Gesamtgewicht von 8,5 t verbleiben an Nutzlast für Anbaugeräte und/oder Ladung 3,4 t.

Trotz seiner Kompaktheit verfügt der U 20 über eine ausgeprägte Leistungsfähigkeit. Dank der zulässigen Achslasten von jeweils 4,8 t vorne und hinten kann der Unimog je nach Ausstattung im Winterdienst einen drei Meter breiten Schneepflug in Verbindung mit einem Streuautomaten für bis zu zwei Kubikmeter Streustoff tragen oder unterschiedlichste Frontanbaugeräte wie zum Beispiel ein Böschungsmähergerät mit bis zu 1 Tonne Gewicht. Die mechanische Frontzapfwelle kann Geräte wie Holzhäcksler antreiben und bis zur vollen Motorleistung (110 kW/150 PS) belastet werden. Die ab Werk integrierte 2-Kreis-Hydraulik ist für das Heben/Senken bzw. Schwenken von Schneepflügen und den Antrieb von Streuautomaten konzipiert. Daraus resultiert die Möglichkeit des wirtschaftlichen Ganzjahres-Einsatzes.

Im Winter 2008 steht der Unimog U 20 vor seiner ersten großen Bewährungsprobe im Rahmen der „U 20 Winterdienst-Tournee“. Von Mitte Januar bis Anfang März wird er an insgesamt 14 Stationen in ganz Deutschland mit verschiedenen Arbeitskombinationen zu sehen sein. Ab Ende des ersten Quartals 2008 werden dann die ersten Kundenfahrzeuge ausgeliefert.



Stadtbuss mit neuer Dieselttechnologie: Mercedes-Benz Citaro.

Mercedes-Benz:

„Blauer Engel“ für Citaro mit Blue-Tec-Technologie

Seit 1. November können die Mercedes-Benz Citaro-Stadtbusse mit der neuen Dieselttechnologie Blue-Tec 5 das Gütesiegel „Blauer Engel“ erhalten.

Technische Voraussetzungen für die Verleihung des Umweltzeichens durch den RAL e.V. und das Umweltbundesamt sind die Erfüllung bestimmter Kriterien wie Motorabgaswerte nach Euro 5 oder EEV (Enhanced Environmentally friendly Vehicles), niedrige Geräuschemission innen und außen, keine Verwendung von ozonschädigenden Stoffen, geringes Treibhauspotenzial bei Kältemitteln, Lackierung frei von Schwermetallen und weniger als 130 Gramm Lösemittel pro Quadratmeter. Dies ist bei Mercedes-Benz Bussen mit einfarbiger Lackierung sichergestellt, die zusätzlich noch mit Folien gestaltet werden kann.

Der Erwerb der Zeichennutzung „Blauer Engel“ ist mit meh-

rerer Bedingungen verbunden: Zum einen muss der Hersteller den Zeichenbenutzungsvertrag beim Zeichengeber (RAL e.V., Umweltbundesamt, Bundesland der Produktionsstätte) beantragen. Zum anderen muss der Kunde die vorgegebenen Anforderungen an das Fahrzeug für die Dauer der Benutzung einhalten.

Der Blaue Engel ist ein seit 1978 vergebenes Prüfsiegel/Gütesiegel für besonders umweltschonende Produkte und Dienstleistungen. Es soll dort, wo herkömmliche Produkte die Umwelt belasten, umweltfreundliche Alternativen erkennbar machen. Das Umweltzeichen wird an die Hersteller verliehen und diese können auf freiwilliger Basis ihre Produkte damit kennzeichnen.



Nah dran. Ihre Unimog-Partner in Bayern.

► Der Mercedes-Benz Unimog zeigt immer und überall viel Einsatzfreude. Genau wie die Fachberater Ihrer bayerischen Unimog-Partner - ganz in Ihrer Nähe.

► Profitieren Sie von praxisgerechten Lösungen aus einer Hand. Mit individuellen Fahrzeug- und

Gerätekombinationen, vielen maßgeschneiderten Finanzdienstleistungen und professionellem Mercedes-Benz Service.

► Ihr Unimog-Fachberater freut sich auf Sie. Mehr Informationen auch unter www.mercedes-benz.de/unimog Mehr bewegen. Unimog.



Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 0 94 53/99 11-10, Fax: 0 94 53/99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Carl Beuthauser GmbH & Co. KG
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach
Tel.: 0 92 21/5 07-0, Fax: 0 92 21/8 44 81
E-Mail: info-ugv@beuthauser.de
Internet: www.beuthauser.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 0 89/12 06-61 00, Fax: 0 89/12 06-61 27
E-Mail: henne-unimog.hst@mercedes-benz.de
Internet: www.henne-unimog.de

KLMV GmbH
Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau
Tel.: 0 92 86/95 11-0, Fax: 0 92 86/95 11-10
E-Mail: verkauf@klmv.de
Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 07 31/97 56-2 14, Fax: 07 31/97 56-4 10
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com

AGCO/Fendt-Pressekonferenz:

Stürmischer Aufwärtstrend

In Deutschland Marktführer bei Kommunalfahrzeugen

Nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in Kommunalreisen ist der Allgäuer Traktoren- und Landmaschinenhersteller Fendt ein Begriff. Das Unternehmen mit Produktionsstätten in Marktoberdorf und Bäumenheim, das die Familie Fendt 1997 an den US-Landmaschinenhersteller AGCO verkauft hat, ist eine Perle der bayerischen Industrie. Die Allgäuer sind mit ihren Kommunalfahrzeugen nach eigener Darstellung Marktführer in Deutschland. Und für die Fendt-Schwesstermarken wie Valtra und Massey Ferguson unter dem Agco-Dach, an die wichtige Fendt-Komponenten geliefert werden, gilt diese Aussage auch, zum Beispiel in Ländern wie Schweden, Finnland und Großbritannien.

Fendt ist nach Darstellung von AGCO-Präsident Martin Richenhagen nicht nur weltweit Technologieführer und Trendsetter in der Branche, sondern auch die wichtigste Beteiligungsgesellschaft im Agco-Portfolio. Die Allgäuer tragen umsatzmäßig etwa ein Fünftel zum AGCO-Geschäft bei und liegen ertragsmäßig erheblich über dem Agco-Durchschnitt.

Beste Aussichten

Fendt selbst profitiert von den steigenden Rohstoffpreisen in der Landwirtschaft, hervorgerufen durch die wachsende Weltbevölkerung mit deren zunehmenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln, und der Tatsache, dass pflanzliche Rohstoffe immer mehr Bedeutung gewinnen für die Erzeugung von Bioenergie, sei es in der Form von Rapsöl, Ethanol oder Biogas, aber auch von der wieder gewonnenen Investitionskraft der Gemeinden. Und diese Entwicklung, davon geht Hermann Merschroth, Sprecher der Fendt-Geschäftsführung,

aus, dürfte in den nächsten Jahren anhalten. So ergeben sich auch für Fendt beste Zukunftsaussichten, zumal weltweit die Zahl der Kleinstbetriebe in der Landwirtschaft (unter 0,4 Hektar) rapide abnimmt und die Zahl der Großbetriebe mit viel besseren Investitionsmöglichkeiten weiter steigt. „Die Lage in der Landwirtschaft ist so gut wie seit 30 Jahren nicht mehr“, stellte Merschroth fest.

Lieferengpässe

Fendt, das inzwischen etwa 20 Prozent seines Geschäftes der Erzeugung und dem Transport von Biomasse durch die Bauern verdankt, spürt diese starke Aufwärtsbewegung schon jetzt, denn die Allgäuer arbeiten an der Kapazitätsgrenze und mussten Lieferengpässe hinnehmen, weil einige Zulieferer nicht mehr Schritt halten konnten. Die Investitionen sollen denn auch vor allem der Steigerung der Effizienz und der Produktivität dienen.

Im Berichtsjahr 2006 stieg der Umsatz um 8,5 Prozent auf

884 Millionen Euro, wovon 8 bis 10 Prozent auf das Kommunalgeschäft entfallen. Dieser Erfolg beruhe unter anderem darauf, so Vertriebsgeschäftsführer Peter J. Paffen, dass immer mehr Lohnunternehmer zur Marke Fendt wechseln, „weil sie nicht nur auf die Anschaffungskosten der Geräte schauen, sondern auch auf die Betriebskosten.“

„greentec-Traktor“

Fendt wird in diesen Tagen als erster Traktorenhersteller ab Werk einen mit Rapsöl betriebenen Schlepper vorstellen. Mit diesem „greentec-Traktor“ lassen sich nach Werksangaben die Betriebskosten deutlich senken. Für Lohnunternehmen wie für Kommunalbetriebe ist die Möglichkeit von großem Interesse, die Arbeitsleistung elektronisch zu dokumentieren für betriebswirtschaftliche Analysen und Entscheidungen.

In diesem Jahr dürfte beim Umsatz die Milliarden-Marke erreicht werden. Zum Ergebnis wird zwar traditionell nichts

BayWa-Konzern weiter auf Plankurs

Agrarhandel floriert / Erhöhung der Mitarbeiterzahl

Die BayWa AG München, Europas größter Agrarhandelskonzern, befindet sich nach den Worten ihres Vorstandsvorsitzenden trotz erheblich unterschiedlicher Marktverläufe und saisonaler Schwankungen weiterhin auf Plankurs. Auf der Pressekonferenz in München sprach Wolfgang Deml die Hoffnung aus, heuer einen Vorsteuergewinn von über 75 Millionen Euro zu erreichen.

Weil die BayWa erheblich von Witterungsverhältnissen abhängig ist, kann sich beispielsweise das Geschäft mit Heizöl bis zum Jahresende noch wesentlich verbessern. Im bisherigen Jahresverlauf erlitt das Unternehmen in diesem Segment wegen der außerordentlich milden Temperaturen des letzten Winters Umsatzeinbußen um knapp 19 Prozent auf 1,3 Milliarden Euro. Viele Verbraucher würden derzeit, so Deml, in der Hoffnung auf sinkende Kosten nur kleinere Mengen kaufen. „Doch die Spekulation auf niedrigere Preise im Winter kann nicht aufgehen“.

Gestiegener Umsatz

Insgesamt steigerte der Konzern seinen operativen Gewinn von Januar bis September um 14 Prozent auf 67,8 Millionen Euro. Der Umsatz wuchs bereinigt um 1,4 Prozent auf 5,3 Milliarden Euro. Vor allem im Agrargeschäft erwirtschaftete die BayWa deutliche Zuwächse. Verantwortlich für diesen Anstieg war der florierende Handel mit landwirtschaftlichen Produkten wie Getreide, Futtermittel und Betriebsmittel. In diesem Segment wurde der Umsatz um gut 15 Prozent auf 2,4 Milliarden Euro gesteigert.

Schwach entwickelte sich dagegen das Segment Bau. Vor allem machte sich im zweiten und dritten Quartal 2007 der Einbruch im Wohnungsbau bemerkbar. Trotz dieser erwarteten negativen Einflüsse konnte der Konzern operativ fast die Vorjahreszahlen wieder erreichen. Der Umsatz von 1,3 Milliarden Euro wies zwar ein Minus von 8,3 Prozent aus, ohne Berücksichtigung einer geänderten Verbuchung im österreichischen Baustoffhandel lägen die Erlöse aber auf Vorjahreshöhe.

Die Sparte Bau- und Gartenmarkt steigerte die Erlöse um 11 Prozent auf 354 Millionen Euro.

Konkretes gesagt, doch Zwischentönen auf der internationalen Pressekonferenz im neuen Fendt-Forum in Marktoberdorf war zu entnehmen, dass die Gewinnsituation sehr gut ist und die Investitionen von heuer 43 Millionen Euro aus dem Cash flow finanziert werden können. 2006 wurden 12.157 Traktoren (+ 6,7 Prozent) abgesetzt, davon knapp 500 in Deutschland. Außer Traktoren tragen Mährescher, Ballenpressen, Komponenten fürs US-Geschäft und demnächst auch selbst fahrende Feldhäcksler zum Geschäft bei.

Mehr Mitarbeiter

Für das laufende Jahr wurde der geplante Absatz bereits im Frühjahr von 12.400 auf 13.400 Traktoren erhöht. Merschroth ist sicher, dieses Ziel zu erreichen. Entsprechend dieser rasanten Entwicklung ist die Zahl der Mitarbeiter 2006 um 100 auf 2790 gestiegen. Heuer Ende Juli betrug sie bereits 2884. Ein weiterer Personalzuwachs dürfte folgen. Ein Mangel herrscht an Fachkräften und Ingenieuren. Um expandieren zu können, wirbt Fendt um Nachwuchskräfte an Schulen und Universitäten und stellt 150 Azubis ein. Für die Mitarbeiter soll es demnächst eine erfolgsabhängige Ergebnisbeteiligung geben.

Hatte es 2006 bei den Kennzahlen rundum Bestwerte gegeben, dürfte es heuer und in den Folgejahren noch weiter aufwärts gehen. Das Jahr 2007 verlaufe „bisher stabil auf hohem Niveau“, stapelte Merschroth etwas tief, denn der Auftragseingang hat um 10 Prozent zugelegt.

Konkurrenzkampf

Der Auftragsbestand liegt „weit über Vorjahr“. Zurzeit kämpft Fendt, das in Deutschland einen Marktanteil von 25 Prozent hat, mit dem noch ein wenig vorne liegenden Konkurrenten John Deere um die Marktführerschaft hierzulande, die

Fendt früher jahrelang innehatte.

Überlebensfähige Marke

Fendt wird im AGCO-Konzern neben Challenger, Valtra und Massey Ferguson eine der vier Marken sein, die von ursprünglich 21 überleben werden, sagte Richenhagen, der übrigens der einzige deutsche Unternehmenschef in einem großen US-Unternehmen ist. AGCO, das im Durchschnitt auf eine Umsatzrendite von 8 bis 10 Prozent kommt, werde weiter wachsen und in diesem Jahr 6,5 (Vorjahr: 5,4) Milliarden Dollar umsetzen und damit weltweit die Nummer 3 sein. **dhg.**

Mobiworx:

Vielseitige Bordeinheit

Mobiworx Telematik GmbH, Raubling, hat die Bordeinheit Mobidat Smart weiter entwickelt. Die wesentlichen Bausteine der Telematiklösung Mobidat sind ein robuster, vielseitiger Bordrechner, ein handliches Bedienungspult für das Cockpit, gesicherte Datenübertragung und ein Server im Internet. Es handelt sich durchweg um eigene Entwicklungen von Mobiworx, die auf dem lizenzfrei verfügbaren Betriebssystem Linux basieren.

Der Bordrechner zeichnet sich durch das breite Spektrum der Schnittstellen aus, die besonders gegen Korrosion, Feuchtigkeit und elektromagnetische Störungen geschützt sind. Er hat serielle, analoge, digitale Schnittstellen, Anschlüsse für Fahrzeugsysteme (CAN-Bus), lokale Datennetze (Ethernet, USB), Mobilfunk (GSM/GPRS) und Satellitenantenne (GPS-Ortung). Das Gerät kann permanent mit dem von Mobiworx bereitgestellten Internetserver Daten austauschen und dient als Kommunikationsschnittstelle zwischen Einsatzzentrale und Fahrer bzw. Fahrzeug.

Eine Besonderheit: Mobiworx kann sich von außen in das Gerät einwählen und zum Beispiel das Betriebssystem aktualisieren oder neu starten oder Fehler analysieren. Die vollautomatische Erfassung von Fahrzeug- und Einsatzdaten ist eines der Prinzipien von Mobidat. Anbaugeräte aller Hersteller werden automatisch erkannt.

Für das Bedienteil hat Mobiworx die Form eines großen Handheld-Gerätes gewählt. Ein vierzeiliges LCD-Display sowie eine Folientastatur mit Zahlenblock und wenigen Funktionstasten genügen, um die für den Bediener wichtigen Schritte auszuführen oder zusätzliche Informationen einzugeben.

Um Software muss sich der Kunde bei dieser Telematiklösung nicht kümmern. Er muss nur festlegen, welche Daten er in welcher Form auf dem Server im Internet sehen, auswerten und für Planung, Controlling, Berichte oder Abrechnung weiter verwenden will. Mobiworx richtet auf der Internetplattform alles individuell ein.

Als ein Pionier der Internet gestützten Informationsverarbeitung im Straßen- und Winterdienst setzt Mobiworx auf die Philosophie des eigenständigen Systemanbieters. Betriebswirtschaft, Rationalisierung, Kosteneinsparung und ein hoher Grad an Automatisierung und Integration sowie ein kontinuierlicher Support durch den Anbieter sind zentrale Aspekte der Entwicklung.

Landkreis Schweinfurt:

Neuer Gerätewagen für den Katastrophenschutz

Über 2000 Stunden ehrenamtlicher Einsatz

Im Rahmen des Tags der offenen Tür im Landratsamt Schweinfurt wurde auch ein neuer Gerätewagen (Information und Kommunikation) seiner Bestimmung übergeben. Das gebrauchte Fahrzeug, das in über 2000 ehrenamtlichen Stunden und mit Hilfe einiger Sponsoren ausgebaut wurde, dient künftig im Katastrophenfall bzw. bei größeren Einsätzen der Unterstützungsgruppe Örtliche Einsatzleitung (UG-ÖEL).

Im Landkreis Schweinfurt ist diese Unterstützungsgruppe eine selbständige Einheit mit derzeit 16 Mitgliedern aus den verschiedensten Fachdiensten. Diese Einheit ist direkt der Kreisbrandinspektion unterstellt.

Fahrzeugumbau

Um dieser UGÖ-EL das notwendige Equipment zur Hand zu geben, wurde im Jahre 2003 ein Einsatzleitfahrzeug vom Landkreis beschafft. Die Beschaffungskosten für den Mercedes-Sprinter Kastenwagen lagen bei 100.000 Euro. Bei Einsätzen und Übungen wurde allerdings festgestellt, dass die notwendige Transportkapazität für Mannschaft und Gerät fehlte, um eine Befehlsstelle rasch aufbauen zu können. Im Dezember 2006 wurde deshalb ein ausgedientes bundeseigenes Arzttruppfahrzeug (Daimler Benz Kastenwagen) vom Landkreis

Schweinfurt zum Preis von 3200 Euro erworben; ohne Zögern hat sich die Mannschaft der UGÖ-EL bereiterklärt, dieses Fahrzeug entsprechend den Belangen umzubauen. Diese Maßnahme hat einmal mehr gezeigt, dass durch ehrenamtlichen Einsatz Ergebnisse geschaffen werden können, die sonst nicht bezahlbar wären. Lediglich 2500 Euro mussten noch aufgebracht werden.

Geringer Kostenaufwand

Der geringe Kostenaufwand ist ein Verdienst der insgesamt 16 Helfer der Unterstützungsgruppe, betonte Landrat Harald Leitherer bei der Übergabe. Das für den Umbau erforderliche Material wurde zu einem Großteil von vier Firmen (Kanal-Türpe, Gochsheim; Fa. Anton Full, Herlheim; Fa. Danes, Sennfeld; Fa. Eberhard Küfner, Schweinfurt) gestellt oder finanziert.

Landkreis Regensburg:

„Frauen am Zug“

Empfang der Feuerwehrdamen anlässlich der Jahresaktion Deutscher Feuerwehren

Die Frauen in den Freiwilligen Feuerwehren des Landkreises Regensburg sind bereit, im Ernstfall ihren Mann zu stehen. „Mit 15,66 Prozent Frauenanteil in den Feuerwehren nimmt der Landkreis Regensburg einen Spitzenplatz ein“, bemerkte Landrat Herbert Mirbeth anlässlich eines Empfangs der Feuerwehrdamen im Schloss Laufenthal (Hemau). Zum Vergleich: Bundesweit beträgt der Frauenanteil 6,84 Prozent, in Bayern 6,58 Prozent, in der Oberpfalz liegt er bei etwa zwölf Prozent. Besonders erfreulich: In den Reihen der Feuerwehrjugend des Landkreises befinden sich schon gut ein Drittel (33,61 Prozent) Mädchen (Bundesdurchschnitt: 23,85 Prozent).

Der Empfang anlässlich der Jahresaktion der Deutschen Feuerwehren „Frauen am Zug“ war an Feuerwehrdamen des Landkreises gerichtet, die 2007 besondere Leistungen für die Wehren wie z. B. Leistungsabzeichen oder Lehrgänge erbracht haben. Hintergrund dieser Aktion ist ein bundesweites verstärktes Werben um mehr Frauen in der Feuerwehr, um letztlich den auch demographisch bedingten, stetigen Rückgang der aktiven Feuerwehrleute aufzufangen und die Leistungsfähigkeit des Brand- und Katastrophenschutzes weiter zu sichern.

Landrat Mirbeth verwies auf die große Leistungsbereitschaft und das Engagement der Feuerwehrdamen im Landkreis, was sich auch in Schulungen und Weiterbildungen ausdrückte. Er lobte zudem den Weitblick von Kreisbrandrat Waldemar Knott, der schon bei seinem Amtsantritt 1994 den Posten einer Frauenbeauftragten bei den Feuerwehrführungskräften im Landkreis Regensburg eingeführt habe. **DK**

Erfassung Übermittlung Auswertung



Merkmale von MOBIDAT:

- ✓ Störungsfreier Dauerbetrieb
- ✓ Einfachste Anwendung
- ✓ Kundenspezifische Auswertungen
- ✓ Weiterverarbeitung der Daten
- ✓ Erfassung sämtlicher Anbaugeräte
- ✓ Günstige drahtlose Datenübertragung
- ✓ Patentgeschütztes System

Starten Sie durch, mit effizienter Betriebsdatenerfassung.

Profitieren Sie von der nutzenbringenden Auswertungssoftware. Erstellen Sie verständliche Analysen und Tourenverfolgungen auf Knopfdruck.

Tel. 0 80 35/9 64 63-0 · www.mobiworx.de



Jetzt testen!

MOBIWORX

VBS-Jahrestagung in Bamberg:

„Gelobt und geschöpft - Mittelstand in Bayern“

Schwerpunkt der diesjährigen Jahreshauptversammlung des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunternehmen war das Thema Mittelstand in Bayern. Mit über 300 Teilnehmern war die Jahrestagung erfreulich gut besucht. Neben den Mitgliedern nahmen zahlreiche geladene Gäste aus Politik, Verwaltung, befreundeten Verbänden und weiterer Institutionen teil und unterstrichen damit die große Bedeutung des VBS als Interessensvertretung der bayerischen Entsorgungsunternehmen.

Die rund 180 Mitgliedsunternehmen des VBS beschäftigen sich mit Konzeptionen zur Abfallvermeidung, -verwertung und -beseitigung. Die fast ausschließlich mittelständischen Familienunternehmen planen und errichten modernste Aufbereitungsanlagen für eine Vielzahl von Materialien, um diese als Sekundärrohstoffe oder als Energieträger wieder dem Wirtschaftskreislauf zuzuführen. So werden heute über 71% des bayerischen Abfallaufkommens recycelt oder als Ersatz für primäre Energieträger genutzt - ein absoluter Spitzenwert im nationalen wie internationalen Vergleich.

Mit seinem ersten öffentlichen Auftritt im neuen Amt

unterstrich Wirtschaftsstaatssekretär Markus Sackmann seine Wertschätzung für den VBS. In seiner Rede hob er die besonderen Vorteile mittelständischer Strukturen hervor und erläuterte die Wirtschaftspolitik der neuen Bayerischen Staatsregierung.

Deutliche Entlastung

Bayern, so Sackmann, sei heute das wirtschaftlich erfolgreichste Land in Deutschland. Dort seien in den vergangenen zehn Jahren mehr Arbeitsplätze entstanden als in jedem anderen Land. Die Förderung derer, die Arbeit schaffen, die etwas unternehmen - Existenzgründer, Selbstständige, Mittelstand und

Handwerk - habe daher auch in der neuen Regierung höchste Priorität. Deswegen wurde auch in der Koalition dieser Tage eine Erbschaftssteuerreform durchgesetzt, die den Mittelstand deutlich entlastet. Das Vererben eines Unternehmens bleibt zu 85 % steuerfrei, wenn der Betrieb mindestens 15 Jahre lang fortgeführt wird.

Eine wichtige Weichenstellung für künftige wirtschaftliche Stärke und Dynamik stelle das Zukunftsprogramm „Bayern 2020 - Kinder, Bildung, Arbeit“ dar, fuhr Sackmann fort. Die neue Staatsregierung werde auf dieser Grundlage in den nächsten vier Jahren insgesamt 1,5 Mrd. Euro investieren. Auch werde die gute Einnahmensituation dafür genutzt, die Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung erheblich aufzustocken, so der Staatssekretär. Damit soll gerade in den strukturschwächeren Regionen Arbeit geschaffen werden. Keine Investition dürfe mangels Fördermöglichkeiten an andere Standorte abwandern. Zudem soll die finanzielle Ausstattung des Mittelstandskreditprogramms angehoben werden.

Freistaat sucht den Dialog

Zusätzliche Anstrengungen seien besonders bei der Weiterbildung älterer Arbeitnehmer erforderlich. Die Staatsregierung suche deshalb den Dialog zur Erarbeitung gemeinsamer Lösungen, die den Arbeitnehmern in Bayern nützen.

Rund ein Jahr vor der Landtagswahl in Bayern wurden in einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion zum Thema „Gelobt und geschöpft - Mittelstand in Bayern“ Antworten auf Fragen gegeben werden, die für die mittelständische Entsorgungswirtschaft von Interesse sind. Dazu gehörten die Themen Erbschaftssteuerreform, Mindestlohn, Rekommunalisierungstendenzen und Qualitätsstandards bei öffentlichen Ausschreibungen. Wie die die Landtagsabgeordneten Franz Pschierer (CSU), Ludwig Wörner (SPD) sowie Dr. Thomas Gamble (Bündnis 90/Die Grünen) sowie VBS-Präsident Otto Heinz in der Gesprächsrunde darstellten, liegen die Vorteile mittelständischer Entsorgungs-

strukturen auf der Hand: Ein wesentlicher Pluspunkt seien flexible, direkt auf die Kundenwünsche ausgerichtete Entsorgungsdienstleistungsangebote. Die unmittelbar verantwortlichen Ansprechpartner säßen in Kundennähe und nicht in fernen Konzernzentralen.

Garant für Innovation

Die kleinen und mittleren Entsorgungsunternehmen in Bayern sind sich ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bewusst: Sie bilden aus und schaffen Arbeitsplätze. Gleichzeitig sind sie Garant für Innovation in der Entsorgungslogistik. Mit Sorge betrachtet der VBS jedoch eine für den Mittelstand gefährliche Tendenz, wie Otto Heinz betonte: Teilweise gingen auch in Bayern Landkreise dazu über, ihre Entsorgungsleistungen zu bündeln, um dadurch vermeintliche Synergieeffekte im Kostenbereich zu erzielen. Diese Großstrukturen verstärkten Tendenzen zur Konzentration und schwächen kleine und mittlere Unternehmen.

Aus diesem Grund plädiert der VBS schon seit Jahren für kleinere Losgrößen, für die Schaffung mittelstandsgerechter Einheiten. Darüber hinaus forderte der Präsident eine zügige Verabschiedung der Erbschaftssteuerreform ohne Mehrbelastung: „Eine aktuelle Umfrage belegt, dass jede 5. Unternehmensnachfolge an der Erbschaftsteuer zu scheitern droht. Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Ich fordere die Politik daher auf, endlich eine mittelstandsfreundliche Lösung des Problems zu verabschieden!“

Zufriedene Kunden

Im Gegensatz zu vereinzelt Rekommunalisierungstendenzen in manchen Kommunen geht der VBS davon aus, dass die wachsenden Aufgaben im Entsorgungsbereich mittel- und langfristig nur durch ein noch größeres Engagement privater Entsorgungsunternehmen zu bewältigen sind. Eine aktuelle Studie von Ernst & Young, der eine repräsentative Befragung von 300 deutschen Städten zugrunde liegt, legt dar, dass 73 Prozent der deutschen Städte das wachsende Engagement privater Anbieter in Bereichen, die bislang der Öffentlichen Hand vorbehalten waren, überwiegend positiv beurteilen. Die Untersuchung belege darüber hinaus die große Zufriedenheit der Kunden mit den Leistungen privater Entsorger, so Otto Heinz abschließend. **DK**

Erdgasautos schalten den Turbo ein

Sie bringen noch mehr Fahrspaß und schonen gleichzeitig die Umwelt: Erdgasfahrzeuge mit Turboantrieb. Die Ingenieure verschiedener Automobilhersteller arbeiten mit Hochdruck an der Entwicklung der nächsten Motorgeneration bei Erdgasfahrzeugen. Einen Einblick gaben die Entwicklungsingenieure von Volkswagen und Audi anlässlich der 2007, der gasfachlichen Aussprachetagung der deutschen Gaswirtschaft in Karlsruhe. Sie präsentierten dem Fachpublikum die Prototypen des VW Passat TSI EcoFuel und des Audi A5 2.0 T-CNG.

Erdgas-Turbomotoren haben bei verbesserter Leistungscharakteristik einen noch geringeren Schadstoffausstoß als die ohnehin schon umweltschonende erste Motorgeneration. Der 1,4 Liter große TSI-Motor des VW Passat setzt sowohl einen Kompressor als auch einen Abgasturbolader zur Aufladung ein.

Extrem durchzugsstark

Dieses Downsizing-Konzept macht ihn extrem durchzugsstark und effizient. Mit seinem 150 PS starken Aggregat verbraucht der Passat TSI EcoFuel nur 5,2 Kilogramm Erdgas je 100 Kilometer, Audi wird mit dem 163-PS-Motor des A5 einen ähnlichen niedrigen Kraftstoffverbrauch erreichen. Ein Verbrauch von fünf Kilogramm Erdgas entspricht einem CO₂-Ausstoß von zirka 140 Gramm

je Kilometer, das sind im Durchschnitt etwa 20 bis 30 Prozent weniger als bei einem vergleichbar motorisierten Benzin-

Ausbau des Tankstellennetzes

Parallel zur Motorenentwicklung durch die Autoindustrie forciert die deutsche Gaswirtschaft den Ausbau des Tankstellennetzes, das derzeit bundesweit 757 Zapfsäulen umfasst. Ein besonderer Schwerpunkt soll künftig der Ausbau des Tankstellennetzes an den Autobahnen sein. Die dynamischere Motorisierung und die höhere Reichweite der Fahrzeuge von über 400 Kilometern im Gasbetrieb sowie der Tankstellenausbau machen Erdgasautos auch für Fahrzeugflotten, die überwiegend im Vertrieb und Außendienst unterwegs sind, zu einer wirtschaftlichen und umweltschonenden Alternative.

Ingolstädter Kommunalbetriebe:

Reges Interesse am „Tag der offenen Tür“

Insgesamt 450 Besucher interessierten sich am Tag der offenen Tür für die Einblicke in die kommunale Ver- und Entsorgung der Ingolstädter Kommunalbetriebe.

Auf dem Firmengelände sah der Besucher erstmalig, wie Ablagerungen im Kanal anhand eines durchsichtigen Plexiglasrohr entfernt werden. Viele Besucher waren überrascht von dem Arbeitsaufwand, den der Kanalunterhalt verursacht. Bei der Mitfahrt in der Kehrmaschine war der Andrang groß. Zeitweise wurde sogar eine zweite Kehrmaschine eingesetzt. Aber auch die Kanalkamera selbst zu steuern, war für die Kinder ein Muss.

Bei dem Mülltonnenwettrennen erkannten viele, wie schwer es ist, eine Mülltonne schnell zu bewegen. Auch die Computerspiele wurden rege genutzt. Bei der Führung in der Problemüllsammelstelle wurden viele Fragen hinsichtlich der Sammlung und Entsorgung von Problemüll geklärt. **DK**

Von der Qualität des Ingolstädter Trinkwassers konnten sich die Besucher im Trinkwasserlabor überzeugen. Bei einem Test mit drei anderen Wässern erkannte die Mehrzahl der Besucher das Ingolstädter Trinkwasser am Geschmack. Der Andrang im Wasserwerk zeigte das große Interesse am Lebensmittel Nummer 1.

Bei der Besichtigung des Abwasserpumpwerkes erfuhren die Besucher, wie Regen- und Schmutzwasser unter der Donau abgeleitet wird. Tägliches Handwerkszeug, sonst nur im Verborgen im Einsatz, wurde am Tag der offenen Tür für den Besucher ans Tageslicht geholt. Viele Besucher nutzten dies, um eine Rundtour zu den Themen und Stationen der Ver- und Entsorgung zu machen. **DK**

Die Feuerwehr soll flexibler werden

Interkommunale Zusammenarbeit neu geregelt
Altersgrenze auf 63 Jahre hinaufgesetzt

Um den veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen, aber auch dem technischen Fortschritt Rechnung zu tragen, wird das bayerische Feuerwehrgesetz nach 25 Jahren geändert. Die Freiwilligen Feuerwehren werden zwar als gemeindliche Organisation erhalten, sie können jedoch freiwillig interkommunal zusammenarbeiten. Dem entsprechend können die Feuerwehrmänner und -frauen in Doppelmemberschaft auch am auswärtigen Beschäftigungsort Dienst tun. Die Altersgrenze wird von 60 auf 63 Jahre hinaufgesetzt.

Die Zusammenarbeit mit Berufs- und Werksfeuerwehren wird in Einzelbestimmungen neu geordnet. Grundanliegen ist, flexiblere Einsätze zu ermöglichen und den Verwaltungsaufwand zu verringern.

Im federführenden Kommunalausschuss des Landtags begrüßten alle drei Fraktionen die Neuordnung grundsätzlich. Nur in Einzelpunkten gab es Meinungsverschiedenheiten. Berichterstatter Herbert Ettengruber (CSU) bezog sich auf die Verbandsanhörung, speziell mit dem Landes- und Jugendfeuerwehverband. Es habe weitgehende Übereinstimmung gegeben. Er nannte die erweiterte Altersgrenze, die Möglichkeit, auch am Beschäftigungsort Feuerwehrdienst zu leisten, die Freistellung dazu auch für Studenten und Schüler zu öffnen sowie die Möglichkeit der freiwilligen überörtlichen Zusammenarbeit.

Doch die im Regierungsentwurf vorgesehene Bildung von Feuerwehrzweckverbänden lehnte die CSU-Fraktion ab. Die Opposition zeigte sich davon überrascht, zumal diese Entscheidung erst kurz vor der Ausschussberatung gefallen war.

Mitberichterstatter Stefan Schuster (SPD) erinnerte daran, dass der frühere Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und Innenstaatssekretär Georg Schmid - jetzt CSU-Fraktionsvorsitzender - sich bei der Ersten Lesung des neuen Feuerwehrgesetzes noch positiv zu Zweckverbänden geäußert haben. Die SPD sehe solche Zusammenarbeit als durchaus gut. Christine Kamm (Grüne) verwies darauf, dass Kooperationen von freiwilligen Wehren vielfältig vorhanden seien. Auch die Hinaufsetzung der Altersgrenze wurde von der Opposition nur mit Skepsis genehmigt.

Übereinstimmung bestand zwischen allen drei Fraktionen,

die Hilfsfrist von zehn Minuten zwischen Alarm und Eintreffen der Feuerwehr am Einsatzort aus der Regierungsvorlage zu streichen und für Personen- wie Tierrettung bei Verkehrsunfällen keinen Kostenersatz zu verlangen. Frau Kamm meinte, das könne durch kommunale Satzungen geregelt werden, stimmte aber dem Verzicht zu. Über die Anerkennung von Werksfeuerwehren künftig durch die Bezirksregierungen gab es Einvernehmen. Ebenso darüber, dass die Einsatzleitung zwar zunächst bei der örtlichen, freiwilligen Feuerwehr liegt, jedoch bei Hinzuziehung von Berufswehren auf diese übergeht.

Wichtige Weichenstellung

Ihre Bedeutung machte Schuster an den Zahlen deutlich. Es gebe in Bayern rund 330.000 freiwillige Feuerwehrmänner und -frauen sowie 2500 Berufsfeuerwehrleute, die aber fast 90 % der Einsätze leisteten. Der von der CSU in Sachen Zweckverbände und in einigen anderen Punkten geänderte Regierungsentwurf wurde nach Ablehnung der oppositionellen Änderungsanträge einhellig angenommen. Ausschussvorsitzender Dr. Jakob Kreidl (CSU) sprach von wichtigen Weichenstellungen. Die freiwillige Feuerwehr werde nicht nur im Brandschutz, sondern auch als Faktor gesellschaftlichen Zusammenhalts vor Ort gestärkt.

Unabhängig vom Gesetz forderte der Ausschuss die Staatsregierung aufgrund eines Grünen-Antrages auf, sämtliche Feuerwehren darauf hinzuweisen, dass ab Ende Juni nächsten Jahres laut EU-Richtlinie keine Feuerlöschschäume mehr verwendet werden dürfen, die mehr als 0,005% der giftigen Perfluoroktansäure (PFOS) enthalten. **rm**

Mit Erdgas von der ESB:
Für kommunale Aufgaben umweltschonend mobil.



Sorgen Sie mit Erdgas für Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit im öffentlichen und kommunalen Nahverkehr. Ob in Linienbussen oder Betriebsfahrzeugen, bei der Abfallentsorgung oder Straßenreinigung - für Erdgas als Antriebsenergie sprechen viele Argumente. Wirtschaftlichkeit durch günstigen Kraftstoffpreis, Umweltschutz durch geringe Schadstoffemissionen und Energieeffizienz durch sparsamen Verbrauch. Vor allem im öffentlichen Personen-Nahverkehr

ist Erdgas stark gefragt. So sind in Bayern bereits 250 Erdgasbusse auf Linienstrecken unterwegs - das ist die größte Erdgas-Busflotte in Deutschland. Die ESB unterstützt diese Entwicklung - durch Investitionen in Tankstellen und Beratung bei der Planung. Nutzen Sie die Möglichkeiten!

Mehr Infos und Beratung
in Ihrem ESB-ServiceCenter vor Ort.

ESB
Erdgas Südbayern

Metropolkonferenz 2007 in Augsburg:

„EMM führt uns in die Champions League“

Bei der Metropolkonferenz 2007 im Goldenen Saal des Augsburger Rathauses stellten Hauptakteure der Initiative Europäische Metropolregion München (EMM) wie die Oberbürgermeister Münchens und Augsburgs, Christian Ude und Dr. Paul Wengert, der AUDI-Vorstand Dr. Werner Widuckel und Münchens Landrat Heiner Janik Ziele, Arbeitsschwerpunkte und erste Projekte der neuen überregionalen Kooperationsplattform vor. Die Initiative EMM, die auch weiteren Akteuren aus dem südbayerischen Raum zur Mitarbeit offen steht, will die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wie Globalisierung, Klimawandel und demographischer Wandel gemeinsam und partnerschaftlich meistern.

OB Christian Ude hob zum Auftakt der Konferenz Zukunftsstrategien für eine erfolgreiche Metropolregion München hervor: „Angesichts eines sich verschärfenden globalen Wettbewerbs und der vielfältigen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts muss in einem großräumigeren Maßstab gedacht werden. Deshalb vereint die EMM maßgebliche Akteure Südbayerns zu einem breiten, dynamisch wachsenden Bündnis. Oberstes Ziel der Initiative ist, bei Wahrung der kommunalen Planungshoheit aller Mitgliedsgemeinden die gute Lebensqualität in allen Teilen der Metropolregion zu erhalten und weiter zu verbessern, sowie die Stellung des erfolgreichen Wirtschaftsraum München auch im internationalen Vergleich auszubauen.“

Chancen und Erfordernisse

der partnerschaftlichen überregionalen Kooperation aus Sicht von Unternehmen und Landkreisen erläuterten AUDI-Vorstand Dr. Werner Widuckel und der Münchner Landrat Heiner Janik.

Keine Megacity

Wie Widuckel erläuterte, birgt die EMM Chancen für alle Menschen in der Region. „Dies verstehen wir nicht nur im Sinne sozialer Verantwortung, sondern auch als unternehmerische Perspektive.“ Laut Heiner Janik findet die Arbeit der Initiative Europäische Metropolregion München in konkreten Projekten in den Bereichen Wissen, Wirtschaft, Umwelt und Gesundheit sowie Mobilität statt. Sowohl Janik als auch Ude wandten sich gegen Befürchtungen, der ländliche Raum könne in der Metro-

polregion untergebuttert werden. „Niemand hat die Absicht, eine Megacity zwischen Altmühltal und Zugspitze entstehen zu lassen“, versicherte der Landkreischef.

Eine Expertenrunde, an der u. a. Augsburgs OB Dr. Paul Wengert und die IHK-Präsidentin von Schwaben, Hannelore Leimer, teilnahmen, stellte bestehende Projekte vor und lud interessierte Akteure ein, sich in den Arbeitsgruppen aktiv zu beteiligen. Im Handlungsfeld Wirtschaft ist beispielsweise ein gemeinsames Standortmarketing auf globaler Ebene vorgesehen, im Bereich Umwelt und Gesundheit soll u. a. die integrative Vernetzung der Gesundheitswirtschaft in der Metropolregion vorangetrieben werden. Neben der Entwicklung eines kundenfreundlichen EMM-Tickets im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs hat sich die Arbeitsgruppe Mobilität die gemeinsame Lobby-Arbeit für den verstärkten Ausbau der europaweiten Bahnverbindungen der Metropolregion München und ihrer Teilräume auf ihre Fahnen geschrieben.

Schlüsselprojekt

„Für die Metropolregion München ist ein gut funktionierendes Verkehrsnetz mit einer sinnvollen Einbeziehung aller Verkehrsträger von enormer Wichtigkeit“, stellte Hannelore Leimer, Präsidentin der IHK Schwaben, heraus. „Ein von der Initiative angestrebtes Metropolticket ist

hierbei eines der Schlüsselpunkte, da dies auch für jeden Einwohner die Metropolregion begreifbar macht.“

Rathauschef Wengert zog folgendes Fazit: „Die Initiative Europäische Metropolregion München führt uns in die Champions League der europäischen Regionen. Auf Basis der bisherigen Netzwerke und Kooperationen werden genau die Handlungsfelder bearbeitet, die uns im Wettbewerb voranbringen. Jeder Teilnehmer und Akteur kann dazu seine Stärken und Talente einbringen. Im Sinne einer funktionalen Arbeitsteilung müssen Potenziale dort verstärkt werden, wo die Voraussetzungen und das Umfeld passen.“

Start am 8. Mai

Die EMM startete am 8. Mai 2007. Zu den Hauptakteuren der Initiative auf Seiten der Kommunen gehören derzeit neben den Oberbürgermeistern der Städte München, Augsburg, Ingolstadt, Kaufbeuren und Landshut, der Oberbürgermeisterin Rosenheims die Landräte von Augsburg, Aichach-Friedberg, Bad Tölz-Wolfratshausen, Dachau, Donau-Ries, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg, Landshut, Mühldorf, München, Ostallgäu, Rosenheim, Rottal-Inn, Starnberg und Traunstein. Auf der Seite der Wirtschaft sind u. a. die Wirtschaftskammern Südbayerns, global agierende Unternehmen wie AUDI, die Kathrein-Werke, MAN-Roland und die DB sowie Standortmarketingvereine wie der Wirtschaftsraum Südbayern. Greater Munich Area (GMA) aktiv. Unterstützt wird die Initiative zudem von der Bayerischen Staatsregierung, den Bezirksregierungen und Bezirktagspräsidenten, den Planungsverbänden Südbayerns, dem DGB und dem ADAC. **DK**

Stadt Alzenau:

Willkommen in der neuen „guten Stube“!

Großzügig bemessene Gehwege, neu geschaffene Plätze und eine prägnante Oberflächengestaltung der verschiedenen Bereiche - so einladend präsentiert sich die umgestaltete Alzenauer Stadtmitte seit dem 21. November - rechtzeitig zur Adventszeit.

Bereits vor einigen Monaten war die Hanauer Straße im Abschnitt zwischen der Burgstraße und dem so genannten Dreieck wieder freigegeben worden. In den letzten Monaten standen der Bau des neuen Busbahnhofs Stadtmitte sowie die Umgestaltung der Hanauer Straße / Kaiser-Ruprecht-Straße und die Sanierung der Kaiser-Ruprecht-Brücke auf dem Programm. Dank der zügigen Arbeit der beteiligten Bauunternehmen ist es gelungen, im Zeitplan zu bleiben. Nicht nur die sichtbaren, sprich oberirdischen, Baumaßnahmen waren zu leisten, auch umfangreiche tiefbautechnische Maßnahmen galt es durchzuführen: Sämtliche Ver- und Entsorgungsleitungen wurden über die gesamte Länge des Planungsbereichs ausgetauscht bzw. erneuert.

Attraktiver Treffpunkt

Erklärtes Ziel der Umgestaltung ist es, durch eine städtebauliche Aufwertung des Areals die Aufenthaltsattraktivität im Herzen der Stadt zu erhöhen, sie zu einem echten Treffpunkt für die Bürgerinnen und Bürger sowie für Gäste zu machen, und die Hanauer Straße als Einkaufsstraße zu stärken. Die Alzenauer Bürgerinnen und Bürger verfügen über eine weit überdurchschnittliche Kaufkraft, die höchste vergleichbarer Kommunen in der Region. Neue Zahlen der Gesellschaft für Konsumforschung bescheinigen Alzenau erstmals seit Beginn der Untersuchungen einen ausgeglichenen Kaufkraftzu- und -abfluss. Diese positive Entwicklung der so genannten Einzelhandelszentralität bringt die bereits gewonnene Attraktivität im Bereich des Einzelhandels auf den Punkt.

„Die neue Stadtachse bietet eine neue Aufenthaltsqualität“ ist Bürgermeister Walter Scharweis überzeugt. Und die Zukunft hält dank der Neugestaltung weitere Perspektiven und Potenziale bereit. Schon jetzt trägt der örtliche Einzelhandel in vielen Bereichen dem überdurchschnittlichen Kaufkraftniveau Alzenaus Rechnung. Besonders schätzt die Kundschaft die individuelle Ansprache. In zahlreichen Geschäften beraten die Inhaber noch selbst ihre Kunden, die oftmals schon über viele Jahre die Treue halten. Auf diese Stammkunden konnten sich die Läden auch in der Umbauphase verlassen. Umso größer ist die Freude bei den ansässigen Händlern, dass sie ihren Kunden in Zukunft zusätzlich zur kompetenten Beratung ein attraktives Umfeld bieten können.

Es entstand deutlich mehr Platz für Fußgänger in einem verkehrsberuhigten Geschäftsbereich (Tempo 20). Die optische Trennung von Gehweg und Fahrbahn erfolgt beidseitig über eine gepflasterte Rinne. Es gibt jetzt großzügige Seitenbereiche, die auch in der Oberflächengestaltung deutlich von der Fahrbahn abweichen, dazu platzartig aufgewertete Einmündungssituationen sowie eine Straßenraumbegrünung durch zahlreiche Bäume.

Nicht wenige Kunden aus dem Umland hat die Stadt Alzenau der Tatsache zu verdanken, dass Ärzte fast aller Fachrichtungen hier niedergelassen sind und die Patienten ihren Arztbesuch gern mit einem Einkauf in Alzenau verbinden. Die gute Erreichbarkeit der Innenstadt mit PKW, City-Bus und Kahlgrundbahn sowie die

zentralen Parkmöglichkeiten sind Punkte, die alle Kunden in der Einkaufsstadt Alzenau schätzen. Deshalb war den Planern klar: Zur Stärkung der Innenstadt in ihrer Funktion als Einkaufs- und Geschäftsbereich ist es unerlässlich, stadtkernnahe Parkmöglichkeiten zu erhalten bzw. zusätzlich zu schaffen. Aus diesem Grund blieben zahlreiche Stellplätze parallel zur Fahrbahn erhalten und wurden gestalterisch eingebunden. Zusätzlich entstanden im unmittelbaren Umfeld der Hanauer Straße neue Parkmöglichkeiten.

Die offizielle Einweihung der neuen städtebaulichen Mitte erfolgt im nächsten Jahr nach der Begrünung, dem Abschluss der noch ausstehenden Maßnahmen am Busbahnhof und der Fertigstellung des Parkplatzes hinter dem EVA-Gebäude mit einem großen Straßenfest.

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalspolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Peter Müller

Florian Hahn (KPv)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 41 vom 01.01.2007

Anzeigenschlußtermin:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Sport ist international

Sportprojekt mit Jugendlichen aus Pfeffenhausen und dem polnischen Jaworzyna Slaska

„Im Verein ist Sport am schönsten“ - unter diesem Motto führte der Freundeskreis Pfeffenhausen-Jaworzyna Slaska in diesem Jahr ein zweiteiliges Sportprojekt mit Jugendlichen aus den beiden Kommunen durch. Im August fand die erste Begegnung in der polnischen Partnergemeinde statt und am ersten Ferienwochenende der Herbstferien konnten die Pfeffenhausener die polnischen Jugendlichen unter Leitung von Ela Krazek bei sich begrüßen.

Viel Vorbereitungszeit hatten die beiden Partnerschaftsbeauftragten der Gemeinde Pfeffenhausen, Helmut Dietmeier und Ruth Müller zusammen mit dem Freundeskreis Pfeffenhausen - Jaworzyna Slaska in die Vorbereitungen eines bayerisch-polnischen Sportprojekts gesteckt. Förderanträge an verschiedene Institutionen in Polen und Bayern wurden gestellt, Sponsoren gesucht, und vor allem Jugendliche, die sich auf das Abenteuer einer Sportbegegnung mit der polnischen Partnergemeinde einlassen wollten. Ende August war es dann soweit: Elf Jugendliche und sieben Erwachsene machten sich auf den 630 Kilometer langen Weg in die Partnerstadt in Niederschlesien. Der dortige Verein hatte das polnische Sportwochenende organisiert.

Jazztanz und Folklore

Eine Besichtigung des Schlosses Fürstenstein stand ebenso auf dem Programm wie sportliche Begegnungen. Bei Wettkämpfen im Fußball und Volleyball traten die Jugendlichen in gemischten bayerisch-polnischen Mannschaften an. Die Mädchen des Pfeffenhausener Turnvereins führten einen Jazztanz vor und das Gegenstück - polnische Folklore - bot die Tanzgruppe „Krag“.

„Frieden ist sichtbar“ lautete das Motto eines weiteren Programmschwerpunkts. Bei einer Fahrt nach Kreisau und der Führung zur Bergkappelle erfuhren die Teilnehmer viel über die Familie von Moltke und den Kreisauer Kreis, eine Widerstandsgruppe im Dritten Reich. Bei einem Kunstprojekt fertigten die Gruppen Werke zum Thema Versöhnung und Freundschaft. Besichtigungen in Schweidnitz

und Empfänge durch Bürgermeister, Pfarrer und dem Vorstand des Schweidnitzer Kreises rundeten den Besuch in Polen ab.

Die Kontakte vom Sommer wurden wenige Monate später bei einem zünftigen bayerischen Abendessen in Pfeffenhausen wieder aufgefrischt. 18 Gäste aus Polen, davon 11 Jugendliche, waren in den Freistaat gereist. Neben einem Fußball-Freundschaftsspiel mit der B-Jugend des SSV Pfeffenhausen stand ein Besuch der niederbayerischen Regierungshauptstadt Landshut auf dem Programm. Hierbei wurde den Gästen die Besonderheit der bayerisch-polnischen Beziehungen durch die Landshuter Hochzeit im Jahr 1475 nahe gebracht.

Neben einem Schießabend und diversen Turn- und Tanzvorführungen war ein gemeinsamer Kirchenzug mit den Jungschützen sowie die Beteiligung am Gottesdienst ein besonderes Erlebnis für die Gäste aus Polen. Ein bayerisches Buffet sorgte für den kulinarischen Abschluss.

Verständnis vermitteln

Bei der Verabschiedung dankte Bürgermeister Arno Wolf den Organisatoren des Projekts für die erneute Durchführung einer Jugendbegegnung. „Kommunale Partnerschaften leben von der Beteiligung möglichst vieler Bürger und Bürgerinnen, die Politik muss dabei außen vor bleiben“, betonte der Rathauschef. Ziel sei es, die Jugend in die Begegnungen einzubinden und ihnen ein Verständnis von Geschichte und Zukunft im europäischen Haus zu vermitteln. **DK**

Bezirk Unterfranken:

Partnerschaftspreis 2007 an sechs Kommunen

Gleich sechs unterfränkische Gemeinden konnten sich heuer über den insgesamt 10.000 Euro dotierten Partnerschaftspreis 2007 des Bezirks Unterfranken freuen. In Anspiegelung an das Erich Kästner-Zitat „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ meinte Bezirkspräsident Erwin Dotzel bei der Verleihung in Würzburg: „Es gibt keine Partnerschaft, außer man lebt sie.“

Der Hauptpreis des seit 2002 vom Bezirk Unterfranken ausgelobten Wettbewerbs ging an Hettstadt, das seit genau 20 Jahren mit dem französischen Argences verbunden ist. Den zweiten Preis sprach die Jury den drei Gemeinden Gerbrun, Gaukönigshofen und Rottendorf zu. Den dritten Preis teilten sich Elsenfeld und Hausen bei Würzburg.

Lebendige Beziehung

Diese sechs Gemeinden leben ihre Partnerschaften - und das mit großem Erfolg und zumeist seit vielen Jahren“, lobte Dotzel das Engagement der Kommunen. Partnerschaften fielen niemandem in den Schoß - so sei es nicht nur in der zwischenmenschlichen Beziehung, sondern auch bei Partnerschaften zwischen Kommunen. „Der Partnerschaftspreis des Bezirks Unterfranken zeigt uns, wie lebendig die Beziehungen zwischen Deutschen und Franzosen heute sind“, so der Bezirkspräsident.

Spiegelbild europäischer Integration

Die kommunalen und regionalen Partnerschaften, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gewachsen sind, wertete Dotzel in seiner Laudatio als ein Spiegelbild der europäischen Integration. „Dies sollte uns alle zuversichtlich für die Zukunft unseres Kontinents stimmen“,

betonte er. Mit ihren Ideen und ihrem Engagement hätten sich die sechs Gewinner des Gemeindeparschaftspreises um die deutsch-französische Partnerschaft verdient gemacht.

Aktive Region

Dotzel ging in seiner Rede auch ausführlich auf die Partnerschaft des Bezirks Unterfranken mit dem französischen Département Calvados ein, deren 20-jähriges Jubiläum Anfang Oktober in Würzburg gefeiert worden war. Unter dem Dach dieser Regionalpartnerschaft seien mittlerweile 38 Städte oder Gemeinden miteinander „verschwistert“, führte Dotzel aus. Mehr als 50 weitere unterfränkische Kommunen hätten in anderen Teilen Frankreichs ihre Partner gefunden. „Damit ist Unterfranken eine der aktivsten und erfolgreichsten Regionen in Sachen Völkerverständigung.“

10.000 Euro Preisgeld

Der vom Bezirk Unterfranken ausgelobte Partnerschaftspreis würdigt bei jährlich wechselnden Zielgruppen jeweils die besonderen Verdienste um die deutsch-französische Partnerschaft auf Bezirks- und Gemeindeebene. In diesem Jahr wandte sich der Partnerschaftspreis des Bezirks Unterfranken an die Kommunen. Mit 10.000 Euro ist der Preis nur alle fünf Jahre dotiert. **DK**

„Gipfelkonferenz“:

Starker Einsatz für Klimaschutz

Treffen der schwäbischen Landräte und Repräsentanten der Handwerkskammer in Dillingen

Bayernweit bisher einmalig ist die enge Zusammenarbeit zwischen dem vom Augsburger Landrat Dr. Karl Voegelé geführten Bezirksverband Schwaben des Bayerischen Landkreistages und der Handwerkskammer für Schwaben mit Präsident Manfred Rudel an der Spitze. Die Bedeutung der engen Kooperation für die Zukunftsplanungen wurde auch bei der jüngsten „Gipfelkonferenz“ der Landräte und der Repräsentanten der Handwerkskammer in Dillingen hervorgehoben.

Augsburgs Landrat Karl Voegelé verwies auf die hervorgehobene Stellung des schwäbischen Handwerks als stabile und zuverlässige Kraft, von der „Großartiges“ geleistet werde, auch im so bedeutungsvollen Ausbildungssektor. Bei den neu abge-

teilung der vorrangigen gesamtwirtschaftlichen Aufgabe des Klimaschutzes. Hier kam der spezielle Rang der „Bayerischen Klima-Allianz“ zur Sprache, mit den gemeinsamen Leitlinien der Bayerischen Staatsregierung und des Bayerischen Landkreistages.

Herausforderungen meistern? Die Handwerksbetriebe verfügen über das Know-how und die Qualifikation, technische Innovationen auf diesem Sektor marktgerecht umzusetzen. Deshalb braucht es das moderne und bestens ausgebildete Handwerk an der Spitze der Entwicklung, wenn es um die Umsetzung von Klimaschutz geht. „Diesen vorrangigen Bereich im Blick, habe die Handwerkskammer für Schwaben das Thema „Klimaschutz und Handwerk“ zum Leitmotiv für das Jahr 2008 gewählt.

Vizepräsident Schmid setzte sich für die Ausweitung der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen ein, gerade auch zur Förderung von positiven Impulsen für das Bau- und Ausbauhandwerk. Hiermit könne mit der Schaffung zusätzlicher regulärer Beschäftigungsverhältnisse der Schwarzarbeit entgegen gewirkt werden. Sorgen bereiten die steigenden Energiepreise.

Warnung vor Rußland

Einstimmigkeit herrschte unter den Landräten im Blick auf die dringende Notwendigkeit der Nutzung heimischer regenerativer Energien und von Energiesparmaßnahmen. Landrat Schrell verwies hier auf vielseitige Aktivitäten im Landkreis Dillingen; als Beispiel nannte er ein umfassendes Gebäudesanierungsprogramm. Warnen müsse man doch vor zu großer Abhängigkeit aus dem Ausland, nicht zuletzt aus Rußland.

Landrat Voegelé machte auf die mit zahlreichen sozialen und caritativen hervorragenden Einrichtungen gesegnete Ausstattung Schwabens aufmerksam, im Vergleich mit den anderen Regionen Bayerns. Hier müsse ein Ausgleich geschaffen werden.

„2 + 4-Modell“

Besondere Aufmerksamkeit fand der Dillinger Landrat Schell mit seiner Information über den an der Berufsschule Lauingen gestarteten Modellversuch „Nord-schwaben packt es an“. Mit ihm sollen sozial benachteiligte Jugendliche eine zweite Chance zur Erlangung eines qualifizierten Bildungsabschlusses mit anschließender Berufsausbildung erhalten.

Dem Projekt liegt eine gemeinsame Initiative der beiden Landräte Stefan Rößle (Donau-Ries) und Leo Schrell (Dillingen) sowie von Reinhold Demel von der Agentur für Arbeit am Beginn des Jahres 2007 zugrunde. An der Lauinger Berufsschule wurde zum Start eine Klasse mit 20 Schülern gebildet. Geplant ist dieses „2 + 4-Modell“ („Nord-schwaben packt es an“) zunächst für ein Jahr mit der Absicht der Dauereinrichtung. Als Kostenträger engagiert sich die Agentur für Arbeit. Die Lehrkräfte werden vom Freistaat Bayern finanziert. Zielgruppe sind Jugendliche im Alter von 16 bis 25 Jahren aus den zwei Landkreisen Donau-Ries und Dillingen.

der Wirtschaft wird es künftig wohl etwas zu tun geben für den Schwabacher OB - wobei sich Reimann natürlich eine SPD-Frau für seine Nachfolge wünscht. Doch selbst, wenn dieser Wunsch in Erfüllung geht, wird für Hartwig Reimann das künftige Dasein nicht ganz einfach; das ist deutlich zu spüren: „Wenn ich wenigstens ein bisschen krank wäre, fiel es mir leichter, aufzuhören...“

Heinz Wraneschtz



Regierungspräsident Ludwig Schmid, Vorsitzender Landrat Dr. Karl Voegelé und der gastgebende Landrat Leo Schrell, Dillingen (von links). Dahinter Johannes Reile vom Bayerischen Landkreistag und Oberregierungsrätin Marion Koppe (Landratsamt Augsburg). Text und Bild: -jdt-

schlossenen Ausbildungsverträgen liege die schwäbische Kammer mit 11,5 Prozent Zuwachs um 5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der bayerischen Handwerkskammern.

Übereinstimmung herrschte zwischen den Landräten, Regierungspräsident Schmid und Vizepräsident Jürgen Schmid sowie Hauptgeschäftsführer Ulrich Wagner von der Handwerkskammer Schwaben in der Beur-

Ulrich Wagner betonte das starke Engagement des Handwerks in diesem Sektor.

Know-how und Qualifikation

Der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Schwaben stellte fest: „Klimaschutz und Handwerk hängen unmittelbar zusammen.... Wer sonst, wenn nicht das Handwerk, soll diese

Schwabachs OB Hartwig Reimann:

Ein wahrer Kommunal-Fuchs muss aufhören

Schwabachs Oberbürgermeister Hartwig Reimann ist Deutschlands dienstältester, gewählter OB: Zum Abschied kann er 38-jähriges Dienstjubiläum feiern. Und am letzten Freitag wurde Reimann zum „Kommunalfuchs“ ernannt: Die kommunalpolitische Monatszeitung DEMO verlieh ihm diese Auszeichnung für sein „kommunalpolitisches Lebenswerk.“

1970: Das Jahr, in dem sich Willi Brand als erster Bundeskanzler der BRD in Erfurt, DDR, mit dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik traf; der hieß damals Willi Stoph. 1970: Das ist auch das Jahr, in dem Hartwig Reimann in Schwabach, Freistaat Bayern, im Alter von 31 Jahren zum Oberbürgermeister gewählt wurde.

Willi Brandt musste bekanntlich bereits zwei Jahre später zurücktreten, weil einer der engsten Mitarbeiter ein Spion genau dieser DDR war: Günter Guillaume, der SPD-Referent für Parteiangelegenheiten war vom Verfassungsschutz enttarnt worden. Hartwig Reimann dagegen wird erst im Frühjahr 2008 seinen Sessel räumen, nach der Kommunalwahl. Aber nicht, weil er aus dem Amt gejagt wurde: Er hat die Altersgrenze überschritten und darf sich laut bayerischem Landeswahlgesetz nicht mehr zur Wiederwahl stellen.

Hartwig Reimann wird dann 38 Jahre ohne Unterbrechung von den Bürgern gewählter Oberbürgermeister der „Gold-schlagerstadt“ Schwabach gewesen sein: Eine Epoche geht zu Ende. Wenn es nach der SPD geht, soll die 50-jährige Landtagsabgeordnete Helga Schmitt-

Bussinger seine Nachfolgerin werden.

In den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten gab es für Hartwig Reimann „sechs Wahlsiege mit zwei Drittel bis drei Viertel Zustimmung; nur bei der letzten Wahl mit fünf Gegenkandidaten fiel das Votum etwas weniger deutlich aus.“ Vielleicht lag es ja daran, dass „die Wirtschaft äußerlich gesehen etwas zurückgeblieben ist. Metall wird oft als Altindustrie gesehen“ - und Schwabach hat viele Hersteller von Schrauben, Federn - und Blattgold. Doch die Metallfirmen waren und sind stabiler als die IT-Branche, die Anfang dieses Jahrtausends, zu Zeiten der letzten Kommunalwahl ihre Hoch-Zeit erlebte: „In der Arbeitslosenstatistik haben wir uns Jahrzehnte lang mit München abgewechselt - bis das Ende von Foto-Porst kam.“ Inzwischen hat sich auch diese Delle wieder etwas ausgebeult.

Mit etwas Stolz in der Stimme behauptet OB Reimann deshalb: „Ich geh mit ganz gutem Gewissen aus dem Amt.“ Dennoch hinterlässt er „eine Jahrhundertaufgabe: Die Altstadt.“ Und auch beim Städtischen Krankenhaus, den „überproportional vielen kommunalen Schulen“ oder bei



Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Alle Jahre wieder. Kaum haben die Leute ihr Weihnachtsgeld auf dem Konto, werden die Werbebeilagen in den Zeitungen dicker als die redaktionellen Seiten.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ist nicht etwa zum Kulturpessimisten mutiert, der gegen Konsumterror und Reizüberflutung durch Reklame wettern würde. Aber interessant ist es schon, wie heuer alle Welt ein Fest des teuren Schenkens und der großen Umsätze heraufbeschwören will – alles im Dienste des Aufschwungs.

Schon am Wochenende vor der Öffnung der großen Christkindl- und Weihnachtsmärkte las man in den Zeitungen und hörte im Rundfunk, dass es ja wohl jetzt höchste Zeit würde, die Weihnachtsgeschenke zu besorgen. Ein paar Tage zuvor waren die Blicke – vom Wirtschaftsredakteur bis zum Hobby-Trader – in die Kauf-

Im Dienste des Aufschwungs

häuser der USA gerichtet, ob die Verbraucher nach Thanksgiving auch das tun, was sie gefälligst zu tun haben: Einkufen bis zum Abwinken.

Geiz ist mittlerweile ein Lusttöter, saubillig kauft einem niemand mehr ab – auch die Werbestrategen haben es nachvollzogen: Das Umdrehen des Euro vor der Kaufentscheidung ist uncool. Sparsamkeit muss auch als unpatriotisch gelten, denn sinkende Arbeitslosenzahlen und steigende Steuereinnahmen müssen schließlich bezahlt werden. Warum nicht vom Konsumenten?

Völlerei, Unmäßigkeit und Maßlosigkeit gelten traditionell als Todsünden. Stützen und Garantien unseres Wohlstandes. Holla, Holla, eine Bußpredigt, die besser zu Ostern passen würde, so nahe an Weihnachten? Dem Fest, das uns und unseren Lieben Freude bereiten soll. Und schlussendlich hat es sich der Mensch seit alters her in dieser Jahreszeit so gut gehen lassen, wie es irgend ging, um sich ein Pösterchen zu schaffen für den kommenden Winter.

Nein, niemand soll der Spaß verdorben werden, niemand der Genuss vermiest und niemand

soll in traurige Kinderaugen sehen müssen, weil der Wunschzettel nicht exakt abgearbeitet wurde. Aber dennoch erstaunt die unkritische Bereitschaft, sich pro-zyklisch zu verhalten. Und das auf allen Ebenen.

Als es uns schlecht ging und uns der Abschwung in das Tief „Jammer-Deutschland“ zog, waren wir voll dabei. Wir Verbraucher übten uns in Konsumverweigerung. Die öffentlichen Haushalte oszillierten von Sparsamkeit zu Austerität. Reserven wurden nicht angegriffen oder waren schlicht nicht vorhanden, um Geld in den Wirtschaftskreislauf zu geben.

Nunmehr lässt der Aufschwung alles wachsen, vor allem die Hoffnung, dass es recht lang so weitergeht. Die Stimmung steigt fast noch schneller als der Benzinpreis und nur wenige mahnen Vorsorge für schwierigere und kargere Zeiten an.

Wo bleibt der Ruf nach Steuersenkungen, damit die privaten Haushalte wieder Rücklagen, Ersparnisse und Reserven bilden können? Wer rechnet im Bundeshaushalt nach, dass die üppig sprudelnden Steuermehreinnahmen nur zu einem Teil in die Senkung des Haushaltsdefizits gehen. Sparen im Aufschwung, damit man Luft im Abschwung hat? Nie gehört an der Berliner Wilhelmstraße.

Mein Chef, der Bürgermeister, stimmt mir zu, dass es ein „Wir sind wir und wir können uns was leisten“ nicht geben kann. Klar muss man finanzielle Spielräume nutzen: Für den Ausbau der Kinderbetreuung, für die Sanierung des Kanalnetzes, für den Straßenausbau. Aber auch das Prinzip Eichhörnchen bei der Rücklagenbildung ist zu praktizieren: Gut verstecken, aber so, dass wir es in schlechten Zeiten auch sicher wiederfinden. Damit er seinen Vorsatz nicht vergisst, lege ich ihm das heutige Kalenderblatt mit einem Satz des britischen Politikers Sir Anthony Eden auf den Entwurf des Haushaltsplans: „Jeder ist immer für allgemeine Sparsamkeit und besondere Ausgaben.“

the Sabriul

„High-Tech und Lebensqualität“

Region Passau rührte Werbetrommel in der Bayerischen Vertretung in Berlin – Top-Standort im Herzen Europas

„High-Tech und Lebensqualität. Die Drei-Länder-Region Passau zwischen Bits & Bytes, Gastlichkeit und niederbayerischer Lebensart“: Unter diesem Motto lud der Bayerische Bundesrats- und Europaminister Dr. Markus Söder zu der Präsentation der Region Passau in der Bayerischen Vertretung in Berlin. Es war das erste Mal, dass dort eine Region in einer Gemeinschaftsaktion auftrat.

Wie der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultur, Bernd Sibling, eingangs erläuterte, habe die Region den Rückenwind der Grenzöffnung genutzt und sei nun „auf Augenhöhe mit den Metropolen“. Dennoch habe das Passauer Land nicht vergessen, sich Heimat und Tradition zu bewahren. MdB Andreas Scheuer, der den „Drei-Länder-Tag“ in Berlin eingefädelt hatte, meinte, „dass wir uns und unsere Heimat sehr stolz und sehr selbstbewusst präsentieren haben“.

Beinahe Vollbeschäftigung

Die Drei-Länder-Region Deutschland, Österreich, Tschechien im Südosten des Freistaats Bayern ist seit der Osterweiterung Europas zu einem attraktiven Magneten für neue wirtschaftliche Aktivitäten vieler Unternehmen geworden. Diese Entwicklung lässt sich auch auf dem Arbeitsmarkt ablesen. In der Region Passau herrscht beinahe Vollbeschäftigung, die Arbeitslosenquote liegt bei 4,8 %. Stadt und Landkreis Passau sind das beste Beispiel für die positiven Auswirkungen des zusammenwachsenden Europas.

Neue Dynamik

Neue Dynamik in die Drei-Flüsse-Stadt hat die Universität gebracht. Mit den Studenten kommen neue Ideen, Kreativität und neue Unternehmen nach Passau.

Hohe Attraktivität

Die Attraktivität der Region Passau zeigt sich nicht nur in den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft, sondern auch in der Kultur, dem Tourismus, dem Wohnen und Arbeiten und nicht zuletzt in der Lebensqualität. Im Mittelpunkt steht dabei insbesondere die Entwicklung zu einem weiteren bayerischen High-Tech- und IT-Standort ersten Ranges.

High-Tech-Bereich im Visier

Passaus Oberbürgermeister Albert Zankl und Landrat Hanns Dorfner, die den 350 Gästen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur die Drei-Länder-Region vorstellten, verwiesen auf „eine mittlerweile niedrigere Arbeitslosenquote als Oberbayern und sogar einen Fachkräftemangel.“ Benötigt würden hochkarätige Arbeitskräfte im High-

Tech-Bereich; im Gegenzug sei das Passauer Land ein attraktiver Standort für Unternehmen.

Arbeiten, wo andere Urlaub machen

Dies sei zum einen für die Bürger interessant, weil sie „dort leben und arbeiten können, wo andere Urlaub machen“, betonte Landrat Dorfner. Hinzu komme, dass die Lebenshaltungskosten um bis zu 30 Prozent günstiger als in den Großstädten sind. Für Unternehmer seien die Zahlen sogar noch verlockender. „Voll erschlossene Gewerbegebiete sind bis zu 90 Prozent billiger als in Ballungsräumen.“ OB Zankl bemerkte, dass sich Stadt und Landkreis als ein Wirtschaftsraum Vorzüge erarbeitet hätten, die im Hinblick auf die Globalisierung und die aufstrebenden Märkte in Osteuropa immer bedeutsamer werden.

Imagefilme

Zwei Imagefilme der Stadt sowie des Landkreises führten die Gäste auf eine kurzweilige Reise in den Südosten Bayerns. An Informationsständen von IT-Firmen, der EUREGIO (Oberösterreich, Tschechien, Bayerischer Wald), der Universität Passau, der Stadt sowie des Landkreises Passau (Go Passau) und des Tourismusverbandes informierten sich die Gäste schließlich in anregenden Gesprächen. DK

Wettbewerb Innovative Verwaltung 2007:

Dreifache Freude

Buttenwiesen, Kempten und Büchenbach unter den Preisträgern

Unter dem Motto „Im Dienste der Bürgerinnen und Bürger“ stand heuer der Wettbewerb Innovative Verwaltung, der die Bereiche Klima- und Umweltschutz, Zukunft und Arbeitsplätze, Sicherheit sowie Kinder und Familien umfasst. Wie Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein bei der Preisverleihung in der Staatskanzlei betonte, sei einmal mehr bewiesen worden, „dass die Ärmelschoner in unserer modernen öffentlichen Verwaltung längst ausgedient haben“. Die Mitarbeiter verließen ausgetretene Pfade und erprobten mit viel Kreativität neue Wege. Deswegen werde auf Eigenverantwortung gesetzt. Der Wettbewerb Innovative Verwaltung fand in diesem Jahr zum fünften Mal statt. Ziel ist es, die Nachhaltigkeit der Modernisierungsanstrengungen in der gesamten Verwaltung zu unterstreichen.

Im Themenbereich „Im Dienst für Bayerns Umwelt“ gab es zwei Preisträger: die Gemeinde Buttenwiesen für das Projekt „Energieautarke Zukunftsgemeinde Buttenwiesen“ und das Wasserwirtschaftsamt Traunstein für das Projekt „Das Flussbiotop Almau für die Schüler im Achenal“.

Energieautarkie als Ziel

Die Gemeinde Buttenwiesen (Landkreis Dillingen an der Donau) will innerhalb von wenigen Jahren energieautark werden. Ihr Projekt umfasst Daseinsvorsorge, Umweltschutz, Kostenreduzierung, Bürgerorientierung, Nachhaltigkeit und Stärkung des Wirtschaftsstandorts. Beispiele für die Maßnahmen sind ein Zuschussprogramm für den Bau von Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung, die Unterstützung von privaten Unternehmen für den Bau von Solarparks und Bio-

gasanlagen, die Möglichkeit für Landwirte, durch Biogasanlagen zur klimafreundlichen Energiegewinnung beizutragen und zugleich ihre Energieträger gewinnbringend zu veräußern, oder die Gründung der „Energiewerke Buttenwiesen“, die bei der Strom- und Wärmelieferung die Daseinsvorsorge der Bürgerinnen und Bürger durch erneuerbare Energien garantieren.

„Flussaue aus zweiter Hand“

An der Tiroler Ache wiederum wird eine „Flussaue aus zweiter Hand“ als interaktives Schulungsprojekt geschaffen, um Defizite im ökologischen Gleichgewicht zu beseitigen. Dies erfolgt in Zusammenarbeit mit einer Schule in Übersee am Chiemsee und zwei Schulen aus dem benachbarten Österreich. Das langfristig angelegte Projekt motiviert Schülerinnen und Schüler,

sich für die Belange des Umweltschutzes einzusetzen und schärft frühzeitig das Umweltbewusstsein junger Menschen.

Unterstützung von Hauptschulabgängern

Beim Themenbereich „Im Dienst für Bayerns Zukunft und Arbeitsplätze“ ging die Stadt Kempten für das Projekt „Zukunft bringt's - lernen, wachsen, Chancen ergreifen - ein innovatives Projekt für Jugend, Schule und Beruf“ als Sieger hervor. Das Projekt fördert Hauptschulabgänger mit schlechten Berufsaussichten durch ein umfassendes Netzwerk aus Verwaltung, Schule, Jugendhilfe, der Agentur für Arbeit, Industrie und Handwerk sowie der Fachhochschule.

Förderung sozialer Kompetenzen

Wichtige Bestandteile sind unter anderem die Projekte „Basiskompetenzen“ mit vorschulischer und schulischer Förderung von Kindern durch engagierte Eltern, „FLEX-Klasse“ mit einer gemeinsamen sonderpädagogischen Projektklasse für Kinder aus der Grundschule mit schulischem und sozialem Förderbedarf, „AKTIV“ mit einer pädagogischen Fachstelle am Berufsschulzentrum Kempten, die jährlich rund 6.000 Jugendliche bei der Berufsausbildung unterstützt und begleitet, oder das Projekt „Patentmodell“ zur Vermittlung von ehrenamtlichen Patenschaften lebens- und berufserfahrener Menschen für Jugendliche, um ihnen bei der Berufswahl zu helfen und ihre sozialen Kompetenzen zu fördern.

Das Wasserwirtschaftsamt Rosenheim wiederum wurde im Themenbereich „Im Dienst für

Bayerns Sicherheit“ für das Projekt „Deichbruchmodell Mangfalltal“ ausgezeichnet. Mit diesem Programm lassen sich innerhalb von 30 Minuten die Auswirkungen eines Hochwassers infolge Deichbruchs simulieren. Ziel ist ein ergänzender Schutz der rund 42.000 Bürgerinnen und Bürger, die im Gefahrengelände leben, und die Vermeidung von volkswirtschaftlichen Schäden bei einem Schadenspotential von etwa 1 Milliarde Euro.

Herausragende Kinderbetreuung

Last but not least konnte sich das Projekt „Kinder- und Familienparadies, Betreuungsgarantie“ der Gemeinde Büchenbach im Landkreis Roth im Themenbereich „Im Dienst für Bayerns Kinder und Familien“ als Sieger behaupten. Die Kommune bietet ein qualitativ und quantitativ hervorragendes, nachfrageorientiertes Kinderbetreuungsangebot. Jungen Paaren, die bereits in der Gemeinde wohnen oder die nach Büchenbach umziehen wollen, wird ein Betreuungsplatz garantiert nach dem Motto: „Wer nach Büchenbach zieht, bekommt ab der 8. Woche garantiert einen Kinderbetreuungsplatz.“

100 Prozent Bedarfsdeckung

Weitere Maßnahmen sind der Ausbau und Neubau von Spiel- und Bolzplätzen, die offene Jugendarbeit durch die Gemeinde, eine ehrenamtliche Babysitterbörse, die laufende Fortbildung und Qualifizierung des Betreuungspersonals oder die konstruktive Zusammenarbeit mit den Trägern der Kindertagesstätten. Mit 100 Prozent Bedarfsdeckung bei Kinderkrippe, Kindertagesstätte, Kinderhort und Mittagsbetreuung seit dem Schuljahr 2005/2006 hat die Kommune ein bayernweit vorbildliches Betreuungsangebot geschaffen. **DK**

Lokale Bündnisse für Familien im Landkreis Aschaffenburg:

„Erfüllender Einsatz“

Im Pfarrheim in Alzenau-Hörstein fand kürzlich das Regionaltreffen der Lokalen Bündnisse für Familie im Landkreis Aschaffenburg statt. Einmal im Jahr lädt Verena Knecht, die Fachkraft für Familienbildung im Landratsamt Aschaffenburg, die Bündnisse aus den Landkreismunicipalitäten zu einem Gedanken- und Erfahrungsaustausch ein.

So berichtete die Initiative „Goldbacher Familien“, dass der von ihr angeregte Familientag inzwischen fester Bestandteil des Goldbacher Terminkalenders sei. Außerdem unterstützt das Bündnis die Arbeit des Partnerschaftskomitees und will im nächsten Jahr eine Familienfreizeit unter dem Motto „Familien besuchen Familien“ nach Courseulles sur Mer organisieren, um auch der nachwachsenden Generation die Attraktivität der Partnerschaft zu vermitteln.

Beispiel Geiselbach

In Geiselbach läuft seit Jahren ein reger Austausch im Bereich der Partnergemeinden, den die Jugendlichen mit großer Begeisterung annehmen. Ein Handlungsfeld des dortigen Bündnisses, das den Namen Mosaik e.V. trägt, sind Vorlesestunden in beiden örtlichen Kindergärten, die einmal im Monat mit großer Begeisterung von den Kindern und Erzieherinnen angenommen werden. Momentan trägt Mosaik e.V. dazu bei, das Projekt „Nottinsel“ in Geiselbach gemeinsam mit der Gemeinde umzusetzen und plant in nächster Zeit die Elternarbeit in der Schule voranzutreiben.

Das Bündnis aus der Kernstadt Alzenau berichtete von der erfolgreichen Umsetzung der Aktion Spielplatzpatenschaften, die sich guter Resonanz erfreuen. Zusammen mit dem Lokalen Bündnis aus den Alzenauer Ortsteilen Hörstein und Wasserlos wird kommendes Jahr auch wieder ein Familientag in Alzenau stattfinden.

Einen Schwerpunkt hat sich der Familientisch Hörstein-Wasserlos mit der Thematik Werteerziehung, Grenzen setzen und Elternbildung gesetzt. Neben der Vernetzung der Schulen konnte ein regelmäßiges Treffen der Elternbeiräte aller Alzenauer Schulen unterstützt werden. Im nächsten Schuljahr soll in einem Pilotprojekt klassenelternbegleitende Elternbildung unter dem Motto „Eltern als Lernbegleiter“ angeregt werden.

Familienbildungsfreizeit

Ferner ist mit Unterstützung der Familienbildung des Kreisjugendamtes für die Pflingstferien 2008 eine Familienbildungsfreizeit für Multiplikatoren in der Elternarbeit in Brebbia/Italien geplant. Dort soll das Elterntraining „FamilienTeam“ auf seine Praxistauglichkeit und Wirksamkeit für Eltern getestet werden. Weiterhin blickt das Bündnis erfolgreich auf die Initiierung von zwei Wochen Ganztagsbetreuung in den Sommerferien für Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen zurück.

„Sich für die Familien vor Ort einzusetzen macht Spaß und ist erfüllend“ so das Ergebnis in der Runde. Die Wünsche für die weitere Arbeit sind aber unterschiedlich: Während sich die einen weitere Mitstreiter wünschen, hätten andere gerne mehr Ideengeber in der Bündnisarbeit - auch um diese nicht einseitig werden zu lassen. In einem waren sich aber alle einig: Es sollte möglichst in jeder Gemeinde ein lokales Bündnis geben.

Vorschau auf GZ 24
 In unserer nächsten Ausgabe Nr. 24, die am 20. Dezember erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:
 Organisation, Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
 Kommunalfinanzen
 Kommunale Baupolitik
 Kommunale Repräsentation

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

<p>Absperrrpfosten</p> <p>Knödler Hugo Knödler GmbH Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT Telefon 07151-995160 Telefax 07151-995166 e-Mail info@hugo-knoedler.de Internet: www.hugo-knoedler.de</p>	<p>Fahnenmasten/Fahnen</p> <p>Fahnen Koch COBURG WWW.FAHNEN-KOCH.DE</p> <p>Fahnen Koch GmbH Querstraße 8 - Abteilung GZ 96406 COBURG Tel. 09561/55270 - Fax 552723 eMail info@fahnen-koch.de</p>	<p>Schacht-Ausrüstungen</p> <p>Hailo Schachtdeckungen, Schachtleitern Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme</p> <p>Hailo-Werk - Schacht-Ausrüstungstechnik Postfach 1262 - D-35702 Heiger Fax: [02773]82218 - Telefon: [02773]82256 + 82224</p>	<p>Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst</p> <p>Gmeiner Winterdienst-Technik ist unsere Stärke!</p> <p>Gmeiner GmbH Bgm.-Knoll-Str. 26 D - 92245 Kümmerbruck Telefon: +49 (0) 96 21 / 76 85-0 Internet: www.gmeiner-online.de E-Mail: info@gmeiner-online.de</p>
<p>LANGER s. Fahrradabstellanlagen</p> <p>Abzeichen</p>	<p>Knödler Hugo Knödler GmbH Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT Telefon 07151-995160 Telefax 07151-995166 e-Mail info@hugo-knoedler.de Internet: www.hugo-knoedler.de</p>	<p>Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen</p>	<p>Wartehallen/Außenmöblierungen</p> <p>LANGER s. Fahrradabstellanlagen</p> <p>siehe Fahrradabstellanlagen ORION www.orion-bausysteme.de</p>
<p>FAHNEN KOCH COBURG</p> <p>Fahnen Koch GmbH Querstraße 8 - Abteilung GZ 96406 COBURG Tel. 09561/55270 - Fax 552723 eMail info@fahnen-koch.de</p>	<p>Fahrradabstellanlagen</p> <p>LANGER 09561-55270-80</p> <p>Wartehallen www.langer.de Ein Gesellschafter der ELANCIA-AG</p>	<p>KOMPAN! Playful Living</p> <p>KOMPAN GmbH Raiffeisenstraße 11 - 24941 Flensburg Tel.: 0461-77306-0 - Fax: 0461-77306-35 E-Mail: KOMPAN.gmbh@KOMPAN.com www.KOMPAN.com</p>	<p>Weihnachtsbeleuchtung</p> <p>weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen telefon: 09 11 / 69 39 65 telefax: 09 11 / 69 59 63 deko-jochum@t-online.de www.deko-jochum.de</p>
<p>Ankauf / Briefmarken</p> <p>Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache Briefmarkenauktionshaus Schulz Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870</p>	<p>ORION 2 • 04051 Telefon: 0911/693965 Telefax: 0911/695963 www.orion-bausysteme.de</p>	<p>Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen</p> <p>eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199 E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net Entdecke die Welt des Spielens!</p>	<p>ihre partner für LICHT postfach 1141 90519 oberasbach Verleger: Jolitto Star</p>
<p>Inserieren bringt Erfolg! www.bayerische-gemeindezeitung.de</p>	<p>Kindergarteneinrichtungen</p> <p>eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199 E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net Entdecke die Welt des Spielens!</p>	<p>Sportgeräte</p> <p>BENZ® Grüninger Straße 1-3 - 71364 Winnenden Tel. 07195/69 05-0 - Fax 07195/69 05 77 - info@benz-sport.de www.benz-sport.de</p>	<p>Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung: Telefon (089) 749 949 74</p>
<p>BECK • Abfallbehälter • Absperrrpfosten • Fahrradständer • Sitzbänke u.a.</p> <p>Möblierung für Aussen Max-Eyth-Straße 31/1 • 71364 WINNENDEN Telefon 0 71 95 / 69 33 00 - Fax 0 71 95 / 69 33 33 www.beck-aussenmoeblierung.de</p>	<p>Kindergarteneinrichtungen</p> <p>eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199 E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net Entdecke die Welt des Spielens!</p>	<p>Sportgeräte</p> <p>BENZ® Grüninger Straße 1-3 - 71364 Winnenden Tel. 07195/69 05-0 - Fax 07195/69 05 77 - info@benz-sport.de www.benz-sport.de</p>	<p>Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung: Telefon (089) 749 949 74</p>